

BI Tauhardt –Erfolg

Liebe Unterstützer,

gestern konnte unsere kleine BI Tauhardt endlich einen Erfolg verbuchen, das Verwaltungsgerichtsverfahren in Halle gegen die Genehmigung der hiesigen Mastanlage wurde gewonnen. Wir befürchten zwar, dass das Unternehmen gegen die vom Gericht festgelegte Nichtzulassung der Berufung vorgehen wird und der Rechtsstreit beim OVG Sachsen-Anhalt seine Fortsetzung findet. Aber jetzt dürfen sich erst einmal die noch nicht eingestellten 120.000 Hähnchen (130.000 leben schon im "Dorf") und die 200 Einwohner des Ortes und alle, die uns unterstützt haben, freuen!

Gerichtsentscheid zur Hähnchenmastanlage Tauhardt

Gestern, am 30. Juni 2014 wurde von der 4. Kammer des Verwaltungsgerichtes Halle eine Entscheidung in der Streitsache Hähnchenmastanlage Tauhardt (AZ: 4A 224/11 HAL) getroffen. Die Genehmigung für die Anlage wurde aufgehoben, wobei keine Berufung gegen das Urteil zugelassen wird. Durch diese Entscheidung hat die Bürgerinitiative im mehrjährigen Rechtsstreit die Klage gegen die Landesbehörde und das Unternehmen gewonnen. Sie dankt den zahlreichen Unterstützern für ihr Engagement!

Hintergrund

Im Juli 2011 wurde vom Landesverwaltungsamt Halle die Hähnchenmastanlage der Kahlwinkler Agrar KG in Tauhardt (Gemeinde Finne, Burgenlandkreis, Sachsen-Anhalt) mit 250.000 Masthähnchen genehmigt. Die Bürgerinitiative Tauhardt hatte schon 2008 im Genehmigungsverfahren mit Unterstützung zahlreicher Bürger aus der Gemeinde Finne (über 400 Einwender), des Naturschutzbundes Sachsen-Anhalt und des Deutschen Tierschutzbundes gegen das Vorhaben mobil gemacht, so dass der Antragsteller 2010 einen Neuantrag auf Genehmigung mit 250.000 statt der ursprünglich geplanten 350.000 Hähnchen gestellt hat. Laut Berechnungen der Kahlwinkler Agrar KG sowie Bescheid des Landesverwaltungsamtes sollten aus der Anlage nur 6% der Jahresstunden Gerüche im Ort wahrnehmbar sein. Wie die Bürgerinitiative mit Hilfe ihres Anwaltes Ulrich Werner und ihres Gutachters Knut Haverkamp im Verfahren nachweisen konnte, waren die Immissionsberechnungen so fehlerhaft, dass das Gericht einen Drittgutachter beauftragen musste. Trotz nochmaliger Reduzierung der Anlagenkapazität von Seiten Herrn Braunes, des Geschäftsführers der inzwischen umbenannten Geflügelhof Finne KG, kam der vom Gericht bestellte Gutachter auf fast das Doppelte der ursprünglich berechneten Immissionsbelastungen und erläuterte, das auch die eingebaute Filteranlage zu keiner wahrnehmbaren Reduzierung der Gerüche mehr führen würde.

Darüber hinaus kritisierte die Bürgerinitiative die aus der Anlage entweichenden Keime, Biotoxine und Bioaerosole, auf Grund der Nähe zum Dorf (die nächsten Wohnhäuser befinden sich keine 100 Meter, die Dorfmitte liegt keine 250 Meter entfernt) sind gesundheitlichen Beeinträchtigungen wie z.B. Schleimhautentzündungen und Antibiotikaresistenzen nicht ausgeschlossen. Auch der fehlende Tier- und Naturschutz wurde kritisiert. So wurde bekannt, dass bei einer Stichprobe des Thüringer Lebensmittelüberwachungsamtes im Verarbeitungsbetrieb Astenhof Hainspitz 80 Prozent der Tauhardter Hähnchen krankhafte Fußveränderungen aufwiesen. Dies ist u.U. eine Folge der hohen Besatzdichte, da bis zu 23 ausgewachsene Hühner sich den Platz eines Quadratmeters im Stall teilen müssen. Zudem wurde gerügt, dass Abwässer aus der Anlage hiesige Gewässer im Naturpark Saale-Unstrut-Triasland und LSG

Unstrut-Triasland verunreinigen und das ein in der Nähe sich befindliches FFH-Schutzgebiet durch zusätzliche Stickstoff- und Ammoniaketrägungen beeinträchtigt wird.

Die Urteilsbegründung wird in den nächsten Tagen erwartet.

Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung und verbleibe

Mit besten Grüßen
Andreas Ilse

Bürgerinitiative Tauhardt
Sprecher: Norbert Kaminski und Andreas Ilse
c/o Kirchstraße 12
06647 Finne OT Tauhardt
Email: ailse@privatbaz.bund.de
Tel: 036377-83636

PROPLANTA

6.7.2014

Baustopp für Hähnchenmastanlage verhängt

Wittstock - Eine in der Nähe von Wittstock (Kreis Ostprignitz-Ruppin) geplante Hähnchenmastanlage darf zunächst nicht weitergebaut werden.

(c) chris74 - fotolia.com

Das hat das Verwaltungsgericht Potsdam am Freitag in einem Eilverfahren entschieden, teilte ein Sprecher mit.

Er bestätigte damit Angaben des Naturschutzbundes in Brandenburg (Nabu). Die Potsdamer Richter äußerten Zweifel daran, dass die ursprüngliche Genehmigung für die Hähnchenmastanlage mit 380.000 Tierplätzen noch Bestand hat. Hintergrund ist, dass die im November 2012 erteilte Genehmigung abgelaufen ist und der Nabu gegen die im April 2014 erteilte Verlängerung geklagt hat.

Die Entscheidung des Gerichts hat nur aufschiebende Wirkung. Gegen den Beschluss des Verwaltungsgerichts können das Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Brandenburg sowie das Unternehmen Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg einlegen. Darüber hinaus gibt es weitere Rechtsstreitigkeiten um die Mastanlage. (dpa/bb)

Märkische OnlineZeitung

06.07.2014 20:19 Uhr

Mastanlage vorerst gestoppt

Groß Haßlow (RA) Der Bau einer Hähnchenmastanlage in Groß Haßlow bei Wittstock ist vorerst gestoppt. Das Verwaltungsgericht Potsdam hat den Bau in einem Eilbeschluss vorläufig untersagt und damit einem Antrag des Naturschutzbundes (Nabu) stattgegeben.

380000 Tiere sollen in der Mastanlage zum Schlachten gezüchtet werden. Dagegen hatte sich in der Umgebung reger Protest entwickelt. Kaum waren die Pläne bekannt, gründete sich die Bürgerinitiative (BI) "Wittstock contra Industriehuhn". Nun haben die Gegner der Mastanlage einen Etappensieg errungen.

Der Potsdamer Gerichtsbeschluss begründet sich auf Zweifel an der Gültigkeit der Genehmigung. Das brandenburgische Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (LUGV) hatte die Mastanlage im November 2012 genehmigt - allerdings mit der Auflage, dass die Bauarbeiten binnen eines Jahres beginnen müssen. Andernfalls erlischt die Genehmigung. Der Betreiber der Anlage hatte jedoch noch Änderungen beantragt. Weil die Genehmigung der Änderungen nach Ablauf der Frist noch nicht erteilt worden war, hatte der Investor eine Verlängerung der Genehmigung angestrebt. Zwar verlängerte das LUGV die Genehmigung - jedoch erst fünf Monate nach Antragstellung. Der Nabu klagte gegen die Verlängerung, weil er diese für rechtswidrig hielt. Das Potsdamer Gericht teilte diese Auffassung. Allerdings ist die Entscheidung des Potsdamer Gerichts nicht abschließend.

Das LUGV und der Investor können noch Widerspruch beim Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin-Brandenburg einlegen. Allerdings hofft der Nabu, dass sich der Bau der Anlage dadurch noch weiter verzögert. "Ein derartiges Hauptsachenverfahren dauert in der Regel, wenn es durch zwei Instanzen geführt wird, drei Jahre", teilte der Naturschutzbund mit. Teilt das OVG die Meinung der Potsdamer Richter, dürfte der Bau der Mastanlage endgültig gescheitert sein. Denn seit 2013 dürfen solche Anlagen nur gebaut werden, wenn die Kommune einen Bebauungsplan aufstellt.

MDR

3.000 Demonstranten in Dresden Massenprotest gegen Massentierhaltung

Bio-Bauern, Imker und Verbraucher sind am Sonnabend lautstark mit einer Traktorenkolonne durch Dresden gezogen. Sie fordern ein Ende der Massentierhaltung und mehr Vielfalt in der Landwirtschaft. Ein Sprecher des Landwirtschaftsministeriums hielt dem entgegen, dass größere Anlagen nicht prinzipiell zu verurteilen seien. Es komme in jedem Fall darauf an, dass die Tierschutzbestimmungen eingehalten werden.



Rund 3.000 Menschen haben am Sonnabend in der Dresdner Innenstadt für eine alternative Landwirtschaft demonstriert. Mit Traktorenlärm, Trommeln und Trillerpfeifen zogen sie bis zur Schlusskundgebung an der Frauenkirche. Unter dem Motto "Wir haben Agrarindustrie satt" forderten die Teilnehmer eine schonendere Bewirtschaftung der Böden und ein Ende der Massentierhaltung. Unter ihnen waren viele Bio-Bauern und Imker.

Kritik an Massentierhaltung



Am Ende der Kolonne fuhren rund 20 Traktoren.

Zu der Demonstration hatte das neu gegründete Agrar- und Verbraucherbündnis "Meine Landwirtschaft Sachsen" aufgerufen, das sich für einen Wandel in der sächsischen Agrarpolitik einsetzt. Der Landesvorsitzende des BUND, Felix Ekardt, sagte, der Schutz des Klimas, der Natur und des Bodens ständen in der konventionellen Landwirtschaft Sachsen am Rand. Die Grünen untermauern den Vorwurf der Massentierhaltung mit Zahlen: Danach gibt es in Sachsen 96 Großanlagen, in denen rund 485.000 Schweine gehalten werden. Bei Geflügel seien es rund 8,1 Millionen Tiere in 77 Anlagen.



MDR SACHSENSPIEGEL

"Wir haben es satt"-Demo gegen Agrarindustrie

In Dresden haben u.a. Umweltschützer eine andere Landwirtschaftspolitik gefordert. Mit Traktorenlärm, Trommeln und Trillerpfeifen demonstrierten Tausende in der Landeshauptstadt.

05.07.2014, 19:00 Uhr | 01:50 min

Ministerium: Sachsen ist nicht der "Maststall der Nation"

Ein Sprecher des Landwirtschaftsministeriums hielt dem entgegen, dass größere Anlagen nicht prinzipiell zu verurteilen seien. Es komme in jedem Fall darauf an, dass die Tierschutzbestimmungen eingehalten werden. Außerdem werde nur ein Drittel des in Sachsen verzehrten Schweinefleisches auch hier erzeugt. Auf 100 Hektar landwirtschaftliche Fläche kommen rund 54 sogenannte Großvieheinheiten, rechnet das Ministerium vor. Vergleiche man diese Zahlen mit denen aus Nordrhein-Westfalen, wo auf einen Hektar 125 Großvieheinheiten kommen, sei Sachsen weit davon entfernt, sich als "Maststall der Nation" profilieren zu wollen.

"Dass was die Demonstranten an Themen haben ist richtig und wichtig. Nur der Ort, also Sachsen, ist falsch, weil das kein Thema in Sachsen ist."

Frank Kupfer, Landwirtschaftsminister Sachsen

Hintergrund [Fakten zur Massentierhaltung in Deutschland](#)

Massentierhaltung steht immer wieder in der Kritik. Aber wie sieht die Realität in diesen Betrieben aus? Einige Fakten zur Massentierhaltung in Deutschland haben wir hier für Sie zusammengestellt. [[mehr](#)]

Zuletzt aktualisiert: 05. Juli 2014, 21:26 Uhr

Weiterführende Links

- 29. März 2014 [Schweine-Keime in Sachsen auf dem Vormarsch -Grüne kritisieren Landesregierung](#)

MDR

Tier- und Umweltschutz-Demo "Wir haben die Agrarindustrie satt"

Traktoren sind in der Großstadt eher ein seltener Anblick. Heute bekommen die Dresdner aber einige zu sehen: Öko-Landbauern, Natur- und Tierschutzvereine demonstrieren. Wir haben mit den Initiatoren über ihre Forderungen gesprochen.

von Ine Dippmann, MDR INFO

Wer Bio anbauen will, muss über Hürden springen

In Sachsen hat sich ein neues Bündnis geformt, das ein Gegengewicht zum etablierten Bauernverband bilden will. Unter dem Motto "Meine Landwirtschaft Sachsen" haben sich ökologische Anbauverbände, Tierschutz-, Natur- und Umweltschutzverbände sowie Bürgerinitiativen gegen Massentierhaltung in Sachsen zusammengeschlossen. David Greve vom BUND Sachsen nennt die Ziele: "Wir möchten, dass es in Zukunft eine Landwirtschaft gibt, die nachhaltig ausgerichtet ist und die eine gute Ernährung für alle Menschen hier und weltweit sichert."

Auch die Verbrauchergemeinschaft "Bio-Märkte Dresden" hat sich dem Bündnis angeschlossen. Man sei schließlich darauf angewiesen, dass Biobauern und Verarbeiter zu guten Konditionen produzieren können, sagt Jonathan Kirchner: "Es ist nach wie vor schwierig, Böden umzustellen. Man hat eine zweijährige Frist, innerhalb derer man die Produkte noch nicht als Bio verkaufen kann. Hier fordern wir stärkere Unterstützung durch die Politik - sprich: Fördermöglichkeiten, sodass mehr Flächen zu Bioflächen umgewandelt werden können."

Die Politik fährt zweigleisig



MDR INFO

Dieser Artikel zum Hören

05.07.2014, 05:00 Uhr | 02:24 min

Auf landespolitischer Ebene könne hier viel getan werden, ist sich Claudia Clemens vom Bündnis "Ökolandbau Sachsen" sicher - zum Beispiel bei der Neuplanung von Ställen: "Als Landwirt hat man die Möglichkeit, Förderung auf Landesebene in Anspruch zu nehmen. Aus unserer Sicht sollten die Landwirte den Vorzug erhalten, die das Futter selbst auf ihren Höfen mit anbauen oder eine artgerechtere Haltung im Vergleich zu anderen Konzepten - also eine flächengebundene Tierhaltung - vorweisen können."

Christoph Müller, Biobauer aus Kreischa, unterstützt die Forderungen des Bündnisses. Ihn ärgert aber besonders, wenn die Politik Maßnahmen auf dem Land fördert, die sich widersprechen: "Beispielsweise fördert man im ländlichen Raum Diversifizierung in der Landwirtschaft und auf der anderen Seite Agrarfabriken." Mehr als 600.000 Schweine und über acht Millionen Hühner werden heute in Sachsen gehalten - in über 150 Großmastbetrieben. "Auf der einen Seite will man den ländlichen Raum attraktiv machen, auf der anderen Seite stellt man den Leuten Dinge vor die Nase, die sie gar nicht attraktiv finden. Dort wird an zwei Stellen Geld ausgegeben, die miteinander konkurrieren." Vertreter einer Bürgerinitiative aus Kriebstein werden bei der Demo dabei sein und von ihrem Protest gegen eine neue Ferkelzuchtanlage in ihrer Gemeinde berichten.

LVZ

Mitteldeutschland

Umweltschützer protestieren in Dresden gegen Agrarindustrie und fordern mehr Bio-Anbau

dpa



Rund 3000 Menschen haben am Samstag in Dresden gegen Agrar-Großbetriebe demonstriert.

Dresden. Mit Traktorenlärm, Trommeln und Trillerpfeifen haben mehrere tausend Demonstranten in Dresden ihrem Unmut über die industrielle Landwirtschaft Luft gemacht. Unter dem Motto „Wir haben Agrarindustrie satt“ zogen am Samstag nach Angaben der Polizei rund 3000 Menschen, unter ihnen viele Bio-Bauern und Imker, Richtung Innenstadt bis zur Frauenkirche. Am Ende der Kolonne fuhren rund 20 Traktoren.

Zu der Demonstration hatte das neu gegründete Agrar- und Verbraucherbündnis „Meine Landwirtschaft Sachsen“ aufgerufen, das sich für einen Wandel in der sächsischen Agrarpolitik einsetzt. „Naturschutz, Klima- und Bodenschutz stehen in der konventionellen Landwirtschaft am Rand“, kritisierte der Vorsitzende des BUND Sachsen, Felix Ekardt, am Samstag. Die Umweltorganisation BUND fordert unter anderem eine stärkere Förderung des Ökolandbaus, eine Abkehr von Massentierhaltung und Monokulturen sowie eine Neuordnung der Agrarsubventionen.

FOTOSTRECKEN



[Tausende demonstrierten gegen Massentierhaltung und für bessere Bedingungen in der Landwirtschaft](#)



Tausende demonstrierten gegen Massentierhaltung und für bessere Bedingungen in der Landwirtschaft



Tausende demonstrierten gegen Massentierhaltung und für bessere Bedingungen in der Landwirtschaft

Nach Angaben der Grünen gibt es in Sachsen 96 Großanlagen, in denen rund 485.000 Schweine gehalten werden. Bei Geflügel sind es rund 8,1 Millionen Tiere in 77 Anlagen. Laut Landwirtschaftsministerium wird nur ein reichliches Drittel des Schweinefleisches, das in Sachsen verbraucht wird, auch im Freistaat erzeugt.

FOTOSTRECKEN



Rund 3000 Menschen haben am Samstag in Dresden gegen landwirtschaftliche Großbetriebe demonstriert. Das Verbraucherbündnis 'Meine Landwirtschaft Sachsen' hatte zu dem Proetst aufgerufen.



Rund 3000 Menschen haben am Samstag in Dresden gegen landwirtschaftliche Großbetriebe demonstriert. Das Verbraucherbündnis 'Meine Landwirtschaft Sachsen' hatte zu dem Proetst aufgerufen.



[Rund 3000 Menschen haben am Samstag in Dresden gegen landwirtschaftliche Großbetriebe demonstriert. Das Verbraucherbündnis 'Meine Landwirtschaft Sachsen' hatte zu dem Proetest aufgerufen.](#)

Auf 100 Hektar landwirtschaftliche Fläche kommen demnach rund 54 sogenannte Großvieheinheiten. Als Großvieheinheit zählen eine Kuh oder drei Sauen. Spitzenreiter ist Nordrhein-Westfalen mit 125 Großvieheinheiten pro Hektar. Damit sei Sachsen weit davon entfernt, sich als „Maststall der Nation“ profilieren zu wollen, hieß es.

Zudem dürften größere Anlagen nicht prinzipiell verurteilt werden. „Es kommt in großen wie in kleinen Ställen darauf an, dass die Tierschutzbestimmungen eingehalten werden“, erklärte ein Ministeriumssprecher.

© LVZ-Online, 05.07.2014, 17:22 Uhr

TAGESTHEMEN ARD

Neue Methode beim Betäuben "Sanfter" schlachten mit Helium

Stand: 03.07.2014 00:33 Uhr

Millionen Tiere leiden beim Schlachten fürchterlich. Die bei Schweinen übliche Betäubung mit Kohlendioxid führt zu Schmerzen und Erstickungsangst. Forscher haben nun eine sanftere Methode entwickelt. Mit Helium müssen die Tiere weniger leiden.

Von Patrick Hünerfeld, SWR

Sanfter schlachten mit Helium

tagesthemen 22:15 Uhr, 02.07.2014, Patrick Hünerfeld, SWR

Download der Videodatei

Mehr zu diesem Thema:

- [Haßleben: Proteste gegen Schweinemastanlage, 29.06.2014 | rbb](#)

MDR

Hörer machen Programm | 02.07.2014 Darf die Hähnchenmastanlage Stemmern gebaut werden?

Der Verbrauch von Geflügelfleisch steigt seit Jahren – mehr als elf Kilogramm Hähnchen isst jeder Deutsche pro Jahr. Irgendwo müssen die Tiere natürlich gemästet werden. Aber eine

solche Anlage direkt vor der Tür? Das will keiner – auch nicht unsere Hörerin Gabriele Siegel.

von Vera Wolfskämpf, MDR INFO

Darf der Milch- und Agrarhof Stemmern das? Über diese Frage muss das Landesverwaltungsamt entscheiden. Dort hat der Bauherr den Antrag gestellt. Nach seinem Willen soll auf den Feldern an der B246a zwischen Egelin und Magdeburg eine Hähnchenmastanlage entstehen. In sieben langgestreckten Ställen würden dann jeweils 50.000 Hähnchen gemästet.

Bauherr sieht Vorteile für die Region

Julia Weydringer vom Agrar- und Milchhof: *"Wir kennen die Region, wir kennen den Standort, auch von der Logistik und der Anbindung ist es aus unserer Sicht vorteilhaft. Und wir sind in der Börde, wo es relativ wenig Tierbesatz in Deutschland gibt. Und es geht auch darum, die Ernährung für die Region zu unterstützen und zu sichern."* Der Antrag für die Mastanlage wird derzeit beim Landesverwaltungsamt überprüft. Dabei geht es darum, welchen Einfluss der Bau auf Mensch, Tier und Umwelt hätte. Die Vorgaben macht das Bundesimmissionsschutzgesetz. Das sei die strengste Richtlinie überhaupt in Deutschland, sagt Denise Vopel, Sprecherin des Landesverwaltungsamtes: *"Dort werden Auswirkungen auf die Luft geprüft. Die Gerüche, die Abgase, der Abstand zur nächsten Wohnbesiedlung, Auswirkungen auf den Boden, sind in der Nähe Naturschutzgebiete."*

Einwände schriftlich einreichen

Diese Fragen beunruhigen auch die Anwohner rund um die Hähnchenmastanlage. Eine Bürgerinitiative befürchtet Gestank. Schließlich produzieren 350.000 Hähnchen eine Menge Mist. Der wird dann häufig als Dünger auf Äcker gebracht. Diese Sorgen können die Anwohner im Genehmigungsverfahren einbringen. Im Juni lagen alle Dokumente drei Wochen lang im Rathaus aus. Auch Michael Schmitz aus Dodendorf will seine Einwände an das Landesverwaltungsamt schicken: *"Die werden darin bestehen, dass man fragt, was ist mit diesen gesundheitlichen Keimen? Wir reden darüber, was passiert mit diesen Äckern, die in Größenordnungen verseucht werden durch den Hühnermist."*

Kommt eine Großmästerei nach Stemmern?

In der Bördeegemeinde Sülzetal will man eine Hühnermastanlage errichten. Doch die Bürger machen mobil. Sie befürchten Lärm und Gestank. Sind die Sorgen begründet? Vera Wolfskämpf. [[Audio](#)]

Letzte Entscheidung hat das Amt

Das Landesverwaltungsamt betont, dass es genau dafür die gesetzlichen Auflagen gibt. Oberstes Ziel ist: keine Gefahr für Mensch oder Umwelt. Deshalb gebe es Filter gegen Geruchsbelästigung oder Vorgaben, wie der Mist zu entsorgen ist. Wie das in Stemmern konkret aussehe, werde das Landesverwaltungsamt im endgültigen Bescheid festlegen. Zunächst können die Anwohner noch ihre Einwände bis zum kommenden Montag einreichen. Sprecherin Denise Vopel: *"Die Einwendungen werden von uns ausgewertet und mit dem*

Investor besprochen. Der hat dann die Möglichkeit, seinerseits wieder Stellung zu nehmen."
Dann entscheidet das Landesverwaltungsamt über den Bau. Wenn die Hähnchenmastanlage alle gesetzlichen Vorgaben erfüllt, müsse sie genehmigt werden. Auch entgegen dem Unbehagen der Anwohner.

Zuletzt aktualisiert: 02. Juli 2014, 05:00 Uhr

MZ

Großschlachthof in Bernburg 1438 Stimmen fehlen beim Bürgerentscheid

06.07.2014 19:08 Uhr | Aktualisiert 07.07.2014 09:02 Uhr



Die Mitglieder der Bürgerinitiative „Keine Schweinerei“, Hannelore Nickel (von links), Ilse Reichmann und Angelika Böhlk, warben am Samstag auf dem Bernburger Karlsplatz noch einmal für ihre Ziele und legten Emily Schütze einen Schweinchen-Luftballon in den Kinderwagen. (BILD: conny schreiber)

Von Torsten Adam

Die Bemühungen der Bürgerinitiative „Keine Schweinerei“ war vergebens: Obwohl ein Großteil der Wähler am Sonntag gegen den Großschlachthof in Bernburg stimmte, scheiterte das Bürgerbegehren.

[Drucken per Mail](#)

Bernburg/MZ.

Die Bürgerinitiative „Keine Schweinerei“ hat in den vergangenen Tagen noch einmal alle Kräfte mobilisiert, um die Einwohner von Bernburg für den Bürgerentscheid am Sonntag zu gewinnen. Die Aktivisten verteilten 15 000 Handzettel in den Haushalten, druckten 2000 ausführlichere Informationsblätter und warben am Samstag auf dem Karlsplatz für ihre Ziele. Das von ihr initiierte Bürgerbegehren gegen einen Großschlachthof in Bernburg ist dennoch formal gescheitert.

Schlachthof Bernburg

- Artikel: [Bernburger Schlachthof wird doch nicht gebaut](#)
- Artikel: [Wahlbeteiligung in Bernburg offenbar zu gering](#)
- Artikel: [Investor weg, Bürger stimmen trotzdem ab](#)
- Artikel: [Im Stadtrat fällt Entscheidung über Bürgerentscheid](#)
- Artikel: [Argumente stehen in der Diskussion](#)

Zwar stimmte eine deutliche Mehrheit der 7125 Wähler (83,6 Prozent) gegen ein solches Ansiedlungsvorhaben, doch die Wahlbeteiligung war mit 24,1 Prozent zu gering. Mindestens 25 Prozent Zustimmung von allen 29 587 Wahlberechtigten hätte die BI laut Gemeindeordnung benötigt, kam aber nur auf 20,1 Prozent. Absolut fehlten ihr 1438 Stimmen.

Bürgerinitiative jubelt trotzdem

Enttäuschung bei der BI? Keine Spur! BI-Sprecher Holger Böttger stieß Sonntagabend mit Mitstreitern in seinem Naturkostladen auf „das unter diesen Umständen tolle Ergebnis und die hohe Wahlbeteiligung“ an. „Der Stadtrat und der Oberbürgermeister wollten ein deutliches Zeichen und haben es bekommen. Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt einen Schlachthof ab“, fühlte Böttger die BI als moralischen Sieger.

Die Initiatoren des Bürgerbegehrens hatten die Abstimmung eigentlich verhindern wollen, weil sie nach dem Rückzug des Investors, des italienischen Fleischkonzerns Bresaole Pini, negative Einflüsse auf die Wahlbeteiligung fürchtete. Der Stadtrat sprach sich allerdings mit Zwei-Drittel-Mehrheit für die Durchführung der Bürgerbefragung durch, um sich ein generelles Meinungsbild in der Bevölkerung zu solch einem Vorhaben machen zu können.

Alternativstandort sagt ab

Wie geht es nun weiter? Der Ball liegt wieder beim Stadtrat. Er allein könnte entscheiden, ob in Bernburg ein Schlachthof errichtet wird oder nicht. Vorausgesetzt, es gäbe einen Investor. Per E-Mail und Telefon war Oberbürgermeister Henry Schütze (parteilos) am 10. Juni von Pini über die Absage der geplanten 55-Millionen-Euro-Investition informiert worden, mit der rund 2200 neue Arbeitsplätze entstehen sollten. Täglich sollten in dem Werk bis zu 26 000 Schweine geschlachtet werden. Firmenchef Piero Pini hatte seine Entscheidung mit der fehlenden Akzeptanz seines Projektes in der Bevölkerung begründet.

Zwei frühere Bürgerbegehren gescheitert

In Bernburgs Stadtgeschichte hat es vor dem gestrigen Urnengang bereits zwei Bürgerentscheide gegeben. Beide damaligen Bürgerbegehren scheiterten auch an der niedrigen Wahlbeteiligung.

1 von 3

Offen ist, ob der Italiener nun einen Rücktritt vom Rücktritt macht. Zwischenzeitlich war ihm nämlich auch am ausgewählten Alternativstandort in Nordthüringen die Tür vor der Nase zugeschlagen worden. Sollte Pini einen zweiten Anlauf in Bernburg unternehmen, stünden die Verhandlungen wieder ganz am Anfang. Denn wie Grünen-Stadträtin Hanni Musche während der Sonderstadtratssitzung in der Vorwoche mitteilte, hatte das Landesverwaltungsamt den

Ratsbeschluss vom 12. Dezember 2013, mit dem der Pini Deutschland GmbH eine zehn Hektar große Fläche im Industriegebiet West verkauft wurde, für rechtswidrig erklärt. Denn allgemeine Beratungen und Beschlüsse über den Verkauf eines kommunalen Grundstücks haben öffentlich - und nicht wie geschehen - in interner Runde stattzufinden.

Schütze hakt Schlachthof ab

An Pinis Rückkehr glaubt der Oberbürgermeister indes nicht. Schütze zeigte sich überrascht, dass immerhin jeder fünfte Wahlberechtigte gegen den Schlachthof stimmte. Auch wenn das Ziel des Bürgerbegehrens damit formal verfehlt wurde, halte er das Ergebnis für ein deutliches Signal an die Kommunalpolitik. „Für mich ist das Thema Schlachthof damit erledigt. Ich werde Pini auch nicht anrufen“, sagte er der MZ. Er werde nur erneute Verhandlungen aufnehmen, wenn ihn der neue Stadtrat damit beauftragen würde.

Volksstimme

Einwohnerversammlung stimmt die Bürgerinitiative gegen die Hähnchenmast in Stemmern zuversichtlich

1000 Einwendungen wären das Traumziel

12.06.2014 02:15 Uhr

Von Constanze Arendt-Nowak



Das Plakat mit der Aufschrift "Idylle mit Gulle" ist bereits vier Jahre alt und hat nach Ansicht von Gabriele Siegel (links) von der Bürgerinitiative und der BUND-Landesvorsitzenden Undine Kurth noch nicht an Aktualität verloren. | Foto: Constanze Arendt-Nowak

Ein holländischer Investor will in Stemmern eine große Hähnchenmasthanlage bauen. Auch während der Auslegungsfrist der Antragsunterlagen macht die Bürgerinitiative ihren Widerstand deutlich. Zur Einwohnerversammlung am Dienstagabend fanden sich viele Mitstreiter in der Altenweddingener Festhalle ein.

Altenweddingen/Stemmern | Noch bis zum 23. Juni liegen die Antragsunterlagen zu der in Stemmern geplanten Hähnchenmastanlage im Bauamt der Gemeinde Sülzetal in Osterweddingen aus. Die Frist für die Einwendungen ende, wie Gabriele Siegel als Kopf der gegen die Hähnchenmastanlage agierenden Bürgerinitiative weiß, am 7. Juli um 24 Uhr. Wenn bis dahin 1000 Einwendungen von Betroffenen aus dem Sülzetal und benachbarten Gemeinden den Antragsunterlagen entgegengesetzt werden, wäre sie glücklich.

Starke Rückendeckung aus Dodendorfer Richtung



Der Dodendorfer Michael Schmitz berichtete über bisherige Konflikte mit dem Investor. | Foto: Constanze Arendt-Nowak

Das erklärte sie am Dienstagabend auf einer Einwohnerversammlung in der Festhalle Altenweddingen, auf der die Bürgerinitiative noch einmal auf die Dringlichkeit für die notwendigen Reaktionen seitens der Bevölkerung hinweisen wollte. Schon allein die Anwesenheit von etwa 100 interessierten Bürgern auf dieser Versammlung zeigte Gabriele Siegel aber, dass sie nicht allein kämpft.

Starke Rückendeckung gab es auch aus Dodendorf. Speziell die Dodendorfer hätten nämlich, wie Michael Schmitz vom Dodendorfer Heimatverein berichtete, 2002 schon einmal einen Konflikt mit dem Investor der geplanten Hähnchenmastanlage, Gerrit Tonkens, gehabt. Damals stank in Dodendorf abgelagerter Hühnertrockenkot wahrlich zum Himmel und raubte den Dodendorfern die Luft. Michael Schmitz, der damals gemeinsam mit seinen Mitstreitern

des Dodendorfer Heimatvereins kämpfte, sprach von unerträglichem Gestank und einem Reigen, der sich jetzt in einer höheren Liga fortsetze. "Dodendorf liegt etwa dreieinhalb bis vier Kilometer Luftlinie von der geplanten Anlage entfernt", so Schmitz, der die Zuhörer motivierte, sich zu wehren. Denn: "Wenn wir das zulassen, dann darf der Investor das, und dann tragen wir auch eine Mitschuld."

"Keiner soll denken, dass wir das Ding hier haben wollen", bekräftigte Gabriele Siegel, die bereits vor vier Jahren demonstrativ auf das Problem aufmerksam gemacht hat. "Das Plakat ist bereits vier Jahre alt", sagte sie und hielt ein Schild mit der Aufschrift "Idylle mit Gülle - Danke, Herr Aeikens!" hoch. Als dieses Schild entstand, war auch Undine Kurth, sachsen-anhaltische Landesvorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), bereits in Stemmern. Seitdem hat sie zahlreiche Argumente gesammelt, die gegen die Hähnchenmastanlage für geplante 350000 Tiere sprechen.

Beide Frauen sind sich einig, dass das Vorhaben nichts mehr mit Landwirtschaft zu tun habe, denn welcher Bauer könne sich eine Investition von 4,5 Millionen Euro leisten. Undine Kurth nannte die Haltungsbedingungen in derartigen großen Anlagen zudem eine Respektlosigkeit gegenüber den Tieren.

Weitere Belastungen für Umwelt und Gesundheit

Ebenso an die Belastungen der Umwelt durch die Massenproduktion an Gülle, die dann beim Ausbringen auf den Äckern zu Überdüngung und zur Grundwasserbelastung führten, erinnerte sie. Die Verkehrsbelastung durch An- und Abtransport von Futter und Tieren sowie die Belastung durch multiresistente Keime, die der Betrieb einer solchen Anlage mit sich bringt, rückte die BUND-Landesvorsitzende außerdem in den Mittelpunkt des Interesses. "Wer dort im Umfeld wohnt, verliert an Lebensqualität. Das ist ein Grund zu sagen, hier lebe ich und ich möchte nicht durch die Rahmenbedingungen belastet werden", forderte sie die Bewohner des Sülzetales zu entsprechendem Protest auf. Alle sollten ihre eigene Betroffenheit klarmachen.

In einem Redebeitrag signalisierte der Bürgermeister der Gemeinde Sülzetal, Jörg Methner, dass auch die Gemeinde der Hähnchenmastanlage kritisch gegenüberstehe. Die Kommunalpolitiker des Sülzetales, von denen auch einige anwesend waren, haben bereits eine Willensbekundung abgegeben, dass sie die Anlage nicht wollen. Leider sei die Gemeinde bei einem sogenannten BImSch-Verfahren, so Methner, außen vor. Hier trifft das Landesverwaltungsamt die Entscheidung, ob gebaut werden darf oder nicht.

"Wir haben eine echte Chance", unterstrich Siegel trotz eines sehr kleinen Zeitfensters, das zum Durchsehen der etwa 1000-seitigen Antragsunterlagen des Investors sowie zum Formulieren der Einwendungen bleibt. Dass es durchaus Hoffnung gibt, den Bau der Anlage zu verhindern, machte Undine Kurth an einige Beispielen in Sachsen-Anhalt deutlich. Mehrere geplante Projekte sind nach entsprechendem Protest in den vergangenen Jahren von den Investoren zurückgezogen worden.

Nächste Aktion: Radeln und demonstrieren

Die Bürgerinitiative gegen die Hähnchenmastanlage in Stemmern plant unterdessen bereits die nächste Aktion. Am 21. Juni soll es eine Fahrraddemo geben, die in Magdeburg beginnt und über Dodendorf nach Stemmern führt. "Dann wollen wir die Strecke abfahren, die dann

wahrscheinlich der Hühnerkot in Richtung Wolmirsleben nehmen wird", kündigte Gabriele Siegel an und hofft auf ebenso viele Mitstreiter wie bei der Einwohnerversammlung.

Geplante Hähnchenmastanlage Stemmern

Protest gegen millionenfache Mast

16.05.2014 08:24 Uhr

Auch wenn es ruhig um die geplante Hähnchenmastanlage bei Stemmern geworden ist: Die Sache ist längst nicht vom Tisch und weiter in der Planung. In der kommenden Woche beginnt die Auslegung der Antragsunterlagen. Gabriele Siegel, die sich vor den Karren einer Stemmerschen Bürgerinitiative gespannt hat, ruft die Menschen im Sülzetal auf, vom Recht, gegen die riesige Anlage Einwände zu erheben, Gebrauch zu machen.

Von Yvonne Heyer



Gabriele Siegel (l.) übergibt Iris Gleicke rund 500 Unterschriften von Bürgern aus dem Sülzetal und Umgebung. Auch Bürgermeister Jörg Methner sind die Größe der geplanten Anlage eher kritisch. | Foto: Yvonne Heyer

Stemmern | Die Stemmeranerin Gabriele Siegel nutzte am Mittwochnachmittag die Gunst der Stunde und übergab der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium und Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Iris Gleicke, in Osterweddingen rund 500 Unterschriften von Bürgern, die seit 2009 gegen die geplante Hähnchenmastanlage Sturm laufen.

Auch wenn es in den vergangenen Jahren um die geplante Hähnchenmastanlage bei Stemmern ruhig geworden ist, hat die Agrar- und Milchhof Stemmern GmbH keineswegs das Vorhaben fallen gelassen. Im Gegenteil. Trotz der Proteste der Bevölkerung, der negativen Beschlüsse der Ortschaftsräte Stemmern und Bahrendorf sowie des Gemeinderates Sülzetal wurde von dem Stemmerschen landwirtschaftlichen Unternehmen der Antrag auf Erteilung einer Genehmigung nach Paragraph 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes gestellt.

2,8 Millionen Hähnchen pro Jahr

Beantragt wurde beim Landesverwaltungsamt als genehmigender Behörde die Errichtung und der Betrieb einer Hähnchenmastanlage mit 350000 Tierplätzen einschließlich notwendiger Nebenanlagen wie Futtersilos, Sozialgebäude, Heizöltank, Löschwasserbecken, Sanitärabwasserbehälter und Reinigungsabwasserbehälter am Standort Bahrendorf.

Gabriele Siegel will der Bevölkerung im gesamten Sülzetal deutlich machen, was eine Anlage dieser Dimension bedeutet: "350000 Stallplätze für Masthähnchen in sieben Ställen heißt schlussendlich, dass im Verlauf eines Jahres rund 2,8 Millionen Tiere durchgeschleust werden. Achtmal pro Jahr wird aus- und eingestallt. Mist, Hühnerkot fallen in Größenordnungen an, nicht zu vergessen die Emissionen von Ammoniak, Staub und Gestank und das alles nur wenige Kilometer von den Salzstellen im Sülzetal entfernt", macht die Stemmeranerin deutlich. Für den Standort bei Stemmern kommt hinzu, dass es in unmittelbarer Nähe bereits eine Kompostieranlage, eine Schweinemastanlage, eine Milchviehanlage sowie Biogasanlagen gibt. Das Grundwasser in Stemmern sei bereits stark nitratbelastet.

Bürgermeister sieht Anlage kritisch

"Eine Anlage in diesen Dimensionen bereitet mir persönlich große Bauchschmerzen. Wir müssen den Menschen in dieser Angelegenheit Gehör schenken, der Gemeinderat muss sich eine Meinung bilden", so Bürgermeister Jörg Methner. Altenweddingens Ortsbürgermeister hatte gar spontan vorgeschlagen, die Gemeinde solle sich weigern, die Antragsunterlagen auszulegen. "Das geht auf gar keinen Fall, die Bürger haben ein Recht darauf, die Unterlagen einzusehen und sich dazu zu äußern", macht Denise Vopel vom Landesverwaltungsamt deutlich.

Das Genehmigungsverfahren wird unter Beteiligung der Öffentlichkeit geführt. Das heißt, die Antragsunterlagen können eingesehen werden. Wo und wann dies möglich ist, kann dem nebenstehenden Infokasten entnommen werden. Die Auslegung beginnt am 23. Mai und endet am 26. Juni. Einwendungen gegen das Vorhaben können schriftlich vom 23. Mai bis einschließlich 7. Juli beim Landesverwaltungsamt oder bei der Stelle erhoben werden, bei der Antrag und Unterlagen zur Einsicht ausliegen, so die Pressestelle des Landesverwaltungsamtes. Pressesprecherin Denise Vopel wies gegenüber der Volksstimme darauf hin, dass besagter Antrag des Agrar- und Milchhofes und die nun beginnende Auslegung der Unterlagen noch nicht bedeute, dass das Verfahren bereits eröffnet sei.

"Wir haben den Bau der Hähnchenmastanlage beantragt und warten nun die Genehmigung und die Auflagen, die es umzusetzen gilt, ab", so Julia Weydringer von der Tonkens Agrar AG.

Pressemitteilung

**Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
(BUND)**

Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Wismarsche Straße 152

19053 Schwerin

Tel. (Zentrale): 0385 521339-0

Fax : 0385 521339-20

E-Mail : bund.mv@bund.net

Internet: www.bund-mv.de

V.i.S.d.P.: Corinna Cwielag

Schwerin / Gallin-Kuppentin, 02.Juli 2014

Hohe Belastung für Naturräume des Eldetals

BUND: Unbedenklichkeit der Mastanlage Kuppentin nicht nachgewiesen

Der zweite Erörterungstermin für die umstrittene Hähnchenmastanlage Kuppentin für 131.500 weitere Hähnchenmastplätze* bei Plau am See hat aus Sicht des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) die zu hohe Belastung für Luft, Gewässer und geschützte natürliche Lebensräume bestätigt.

Die öffentliche Anhörung zur Frage der Verträglichkeit der Industrieanlage mit den Zielen des Europäischen Naturschutzes fand am 1.7.2014 in Folge eines Gerichtsbeschlusses statt. Das Oberverwaltungsgericht Greifswald hatte Ende 2012 beschlossen, die trotz der Einwendungen von BUND und Bürgern in Betrieb genommene Anlage stillzulegen bis die unterlassene Verträglichkeitsprüfung für das EU-Schutzgebiet der Alten Elde und des Mühlenbaches vorgelegt wird.

„Die seit April 2014 vorgelegte Prüfung konnte die Unbedenklichkeit der Großanlage nicht bestätigen. Durch 6,4 Hektar Wiesenflurstücke und die Reduzierung eines der Altställe im Dorf um 12.320 von 38.580 Mastplätzen sollten die enormen Schadstoffmengen von mehr als einer Million Hähnchen im Dorf reduziert werden. Die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Minderung der Schadstoffeinträge in die Naturräume sind aber faktisch wirkungslos. Eine nachvollziehbare Rechnung dafür gibt es nicht. Dazu stellte sich heraus, dass die Wiesen schon vorhanden sind und bereits extensiv genutzt werden.“ sagt Corinna Cwielag, Landesgeschäftsführerin des BUND.

Der BUND monierte weitere Fehler in der vorgelegten Prüfung zur Berechnung und Bewertung der Schadstoffeinträge und zu geschützten Arten wie dem Fischotter. Letzterer ist durch den Schwerlastverkehr der Großanlage gefährdet. Der bei den nächtlichen Ausstellungen für 1,2 Millionen Hähnchen zu erwartende Verkehr auf der Dorfstraße betrifft auch die Anwohner durch Lärm-Störungen, Verwirbelung von Keimstaub und Erschütterungen der Wohnhäuser. Diese forderten zu Recht ein Verkehrsgutachten.

„Die vorgelegte Prüfung ist nicht ausreichend für eine Genehmigung durch die Behörde“, fasst Corinna Cwielag vom BUND die Ergebnisse der Anhörung zusammen. Der BUND erwarte umfangreiche Nacharbeiten oder die Ablehnung des Vorhabens. „Die ‚Produktion‘ von über 1,2 Millionen Broilern pro Jahr im Dorf Kuppentin sind eine zu hohe Belastung für die natürlichen Ressourcen Wasser, Boden, Gewässer, Luft und für die ansässigen Menschen.“

* Hintergrundzahlen zu Hähnchenmastanlagen und Stallplätzen in Gallin-Kuppentin:
Neuplanung: 131.500 Broilermastplätze in zwei neuen und einem bestehenden Stallneubau am Mühlenbachbogen (mal 7,5 Mastdurchgänge im Jahr = 986.250 Hähnchen im Jahr)

Altställe: seit 1992 genutzt: 38.580 Broilermastplätze (mal 7,5 Mastdurchgänge im Jahr= + 289.350 Hähnchen ebenfalls mit Wirkung auf Mühlenbach und Alte Elde und weitere Bestandteile des FFH-Gebietes.

Gesamt: = 1.275.600 Masthähnchen (Broiler) im Jahr aus Kuppentin

ZUSÄTZLICH

wird im Ortsteil Gallin, in 2.000 Meter Entfernung eine weitere neue Großanlage für 300.000 Masthähnchen je Durchgang geplant. Insgesamt sollen dort in der üblichen Mastperiode von 35 Tagen 2,25 Millionen Hähnchen pro Jahr gemästet werden. Die Wirkungen erreichen ebenfalls das FFH-Gebiet „Alte Elde“. Antragsteller ist der Landwirtschaftsbetrieb Grootes.

INSGESAMT würden in der Gemeinde Gallin-Kuppentin damit 3.525.600 Broiler pro Jahr `produziert`.

Die Gemeinde Gallin-Kuppentin hat insgesamt 494 Einwohner in fünf Ortsteilen.

Für Rückfragen: Corinna Cwielag, BUND, T. 0385 521339-12 oder 0178 5654700

--

BUND Landesverband Mecklenburg-Vorpommern
Wismarsche Straße 152
19053 Schwerin

Tel.: 03 85 / 52 13 39 0

Fax: 03 85 / 52 13 39 20

E-Mail: bund.mv@bund.net

Internet: www.bund-mv.de

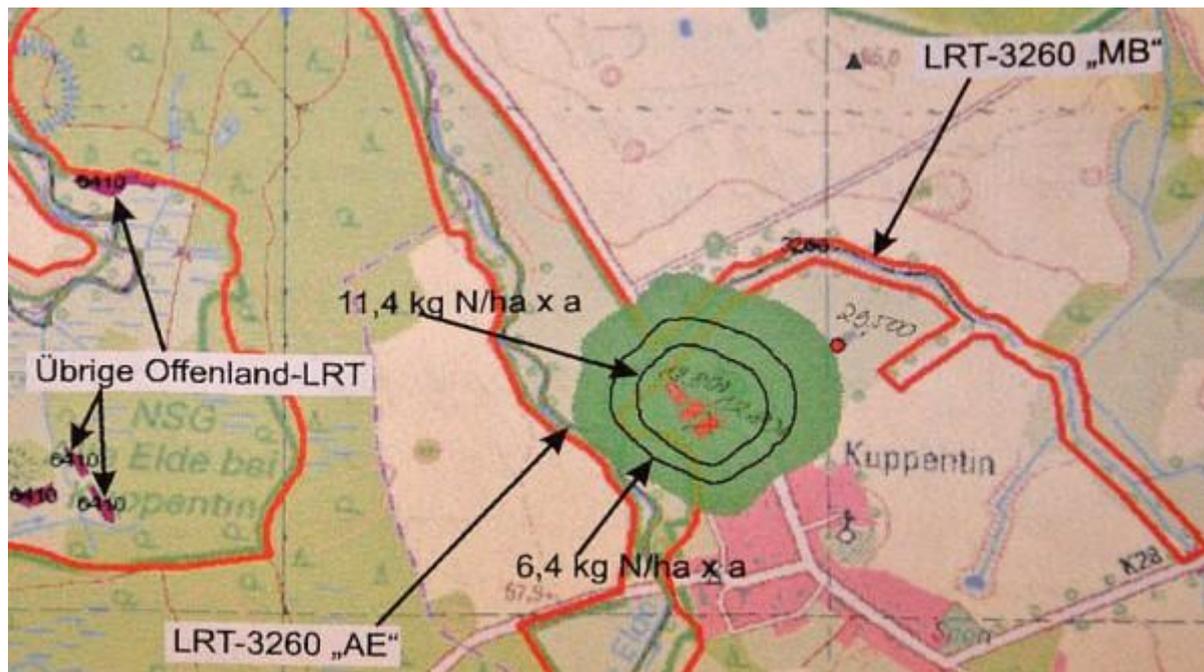
SVZ

Gallin-Kuppentin : Gutachtenschlacht um Hühnermast

vom 2. Juli 2014

Aus der Redaktion der Zeitung für Lübz – Goldberg – Plau

Nach einem Erörterungstermin zur Mastanlage Gallin-Kuppentin gibt es weiterhin Klärungsbedarf. Umweltschützer bestehen jedoch auf weitere Gutachten.



Durch Ammoniak und Stickstoff hoch belastet wird des Gebiet um die Broilermastanlagen in Kuppentin. Die roten Linien umgrenzen die FFH-Gebiete (AE=Alte Elde, MB= Mühlbach), der rote Punkt markiert den Stall mit 29 500 Mastplätzen. LRT 3260 bezeichnet den Lebensraumtyp „Natürliches und naturnahes Fließgewässer mit Unterwasservegetation“. Fotos: Ilja Baatz

1 von 1

Das jahrelange Hin und Her um die Erweiterung einer Hühnermastanlage in [Gallin-Kuppentin](#) geht weiter. Obwohl das Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt 2011 eine Betriebsgenehmigung erteilte, steht der Investor vor dem Nichts. Denn Naturschützer klagten und bekamen Recht. Ein neuer Erörterungstermin brachte kein Ergebnis – aber eine Gutachtenschlacht.

Das hatte sich Andreas Brosseit als Investor so schön vorgestellt: Seine in Kuppentin nordöstlich der Mühlenstraße (Kreisstraße 28) mit 29 500 Plätzen bestehende Broiler-Mastanlage wollte er um zwei Neubauten auf dann insgesamt 131 500 Plätze (und um ein Heizwerk) erweitern. Die dadurch erhöhte Schadstoffbelastung durch Ammoniak und Stickstoff sollte im Gegenzug durch die Verkleinerung der Altanlage innerhalb des Dorfes von 38 580 um 12 320 Mastplätze und die Bereitstellung einer 6,4 Hektar großen Extensiv-Wiesenfläche reduziert werden.

Seine Pläne reichte der Investor 2008 bei der Genehmigungsbehörde ein, dem Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt (StALU). Das Genehmigungsverfahren musste aufgrund der Anlagengröße gemäß den Bestimmungen des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) mit Beteiligung von Vertretern öffentlicher Belange durchgeführt werden. In unmittelbarer Nähe der geplanten Anlage befinden sich mit „Alte Elde“ und „Mühlbach“ gleich zwei Natura-2000- und Fauna-Flora-Habitat(FFH)-Schutzgebiete.

Im Mai 2010 beraumte das StALU einen Erörterungstermin an. Dafür lagen 322 Einwendungen vor. Bezweifelt wurde vor allem ein Gutachten mit der Aussage, dass es trotz der höheren Mastplätzahlen keine Mehrbelastung an Ammoniak und Stickstoff geben werde.

Das StALU erteilte danach eine vorläufige Baugenehmigung und im Mai 2011 dann die Betriebsgenehmigung. Daraufhin wurden die beiden Ställe gebaut und im August 2012 in Betrieb genommen.

Gegen die Genehmigungen legten sowohl die BUND-Ortsgruppe als auch der MV-Landesverband Widerspruch ein. Ihre Begründung: Die in den Genehmigungsunterlagen enthaltene FFH-Voruntersuchung reiche nicht aus, um die erheblich nachteiligen Folgen für den Erhaltungszustand der FFH-Gebiete und seiner schützenswerten Arten definitiv ausschließen zu können.

Eine derartige Voruntersuchung könne nicht als Grundlage für die Genehmigung einer Anlage dieser Größenordnung herangezogen werden. Nach drei Durchgängen der neuen Mastanlage wurde deren Betrieb vom Oberverwaltungsgericht Greifswald im November 2012 mit sofortiger Wirkung gestoppt und ein umfassendes FFH-Gutachten verlangt.

Dazu fand jetzt im Galliner Gemeindehaus unter StALU-Regie ein weiterer Erörterungstermin statt. Grundlage dafür war das FFH-Gutachten des Ingenieurbüros Dr. Wilfried Eckhof (Ahrensfelde). Dazu lagen 18 weitere Einwendungen vor. Sowohl Paul Beck als örtlicher BUND-Vertreter und Nachbar der Anlage, Ga-briele von Fuchs als Sprecherin der örtlichen Bürgerinitiative und die BUND-Landesvorsitzende Corinna Cwielag monierten etliche Fehler in der Vorgehensweise der Gutachter. So waren z. B. die Klimadaten von Marnitz zur Berechnung der Ausbreitung von Ammoniak und Stickstoff herangezogen worden, „obwohl dessen Topographie mit Kuppentin nicht vergleichbar ist“. Corinna Cwielag beantragte deshalb eine neue Berechnung, wegen der Gebäudemaße auch unter Berücksichtigung ihrer Strömungs- und Zirkulationseffekte.

Angezweifelt wurden auch die Annahmen der Gutachter zur Ausbreitung des Stickstoffs. Hierbei war mit einer Depositionsgeschwindigkeit gerechnet worden, der zufolge sich im Umfeld der Mastanlage jährlich pro Hektar elf Kilogramm Stickstoff ablagern und deshalb eine Gefährdung der FFH-Gebiete auszuschließen sei. Der [BUND](#) hingegen hatte mehr als 20 Kilogramm ermittelt, was die Belastungsgrenze für die FFH-Lebensräume überschreite und forderte deshalb eine Neuberechnung. Auch seien die bestehenden Belastungen durch die Altanlagen weder berücksichtigt noch in eine Kumulationsberechnung einbezogen worden. „Das ist fachlich nicht tragbar,“ monierte der BUND.

Zudem sei die als wirksame Reduktionsmaßnahme propagierte Einbeziehung der 6,4 Hektar großen Wiesenfläche pure Augenwischerei, denn sie werde ohnehin bereits extensiv bewirtschaftet und im Rahmen einer Naturschutzvertragsregelung sogar gedüngt.

Gegen Schluss des siebenstündigen Anhörungstermins beantragte der BUND ein Verkehrsgutachten, „denn bei vollem Betrieb werden pro Jahr aus Kuppentin fast 1,3 Millionen Broiler ausgestallt“.

MZ

Geplanter Schlachthof in Bernburg Investor weg, Bürger stimmen trotzdem ab

01.07.2014 18:40 Uhr | Aktualisiert 02.07.2014 20:25 Uhr

Von Torsten Adam

Am Sonntag sind die Bernburger aufgerufen, zum Bürgerentscheid ihre Stimme abzugeben. Trotzdem der Schlachthof-Investor seine Pläne längst verworfen hat, sollen die Bürger in der Frage entscheiden, ob sie gegen die Anlage sind.

[Drucken per Mail](#)

Bernburg/MZ.

Kaum ein Thema hat die Bevölkerung in Bernburg (Salzlandkreis) in den vergangenen Jahren so polarisiert wie die umstrittene Ansiedlung eines Großschlachthofes am Rande der Kreisstadt. Das Vorhaben ist zwar offiziell begraben, führt nun aber zu einer paradoxen Situation: Der von der Bürgerinitiative (BI) „Keine Schweinerei“ zunächst angestrebte Bürgerentscheid findet am Sonntag statt, obwohl er von den Schlachthof-Gegnern gar nicht mehr gewollt ist. Sie fürchten, dass zu wenige Bernburger zur Abstimmung gehen, weil die akute Gefahr einer Schlachthof-Ansiedlung gebannt scheint.

Damit würde das eingeleitete Bürgerbegehren scheitern und das Vorhaben wäre bei einer eventuellen Rückkehr des Investors durch die Bevölkerung nicht mehr zu verhindern.

Nur taktischer Rückzug?

Der potenzielle Investor, der italienische Fleischkonzern Pini, hatte sein Projekt zwar bereits vor vier Wochen öffentlich ad acta gelegt. Doch der Bürgerinitiative schwant, dass dies nur ein „taktischer Rückzug“ gewesen sein könnte, um die Bernburger zu beschwichtigen. Per E-Mail und Telefon hatte Oberbürgermeister Henry Schütze (parteilos) erfahren, dass die 55-Millionen-Euro-Investition nicht realisiert wird, weil der Gegenwind aus der Bevölkerung zu stark sei.

Mehr zum Thema



•

Investor gibt auf

[Bernburger Schlachthof wird doch nicht gebaut](#)



•

Gegen Schlachthof in Bernburg

[14-Jährige startet Online-Petition](#)

„Mein Entschluss ist aufgrund der beleidigenden, verbalen und schriftlichen Aussagen, Veröffentlichungen und Aktionen gefasst, die in den letzten Tagen, Wochen und Monaten gegen das Vorhaben (...) und gegen mich persönlich geführt wurden“, ließ Firmenchef Piero Pini wissen.

Die Absage kam für die Stadtväter völlig überraschend - und wurde mit Bedauern im Rathaus

aufgenommen. Denn schließlich standen 2 200 neue Arbeitsplätze und enorme Erlöse aus Steuern, Trink- und Abwasserverkauf in Aussicht.

Stadtrat stimmt für Abstimmung

Zu diesem Zeitpunkt hatte die Bürgerinitiative, insbesondere aus ethischen Erwägungen, längst mobil gegen das Projekt gemacht und mit der Sammlung von tausenden Unterschriften erfolgreich ein Bürgerbegehren angeschoben, das mit dem Bürgerentscheid am Sonntag seinen Abschluss finden sollte. Die Linke-Fraktion wollte mit einer Sonderstadtratssitzung am Dienstag den inzwischen „überflüssigen Bürgerentscheid“ wieder kippen. Vergeblich. Mit Zwei-Drittel-Mehrheit entschied der Stadtrat, die Abstimmung dennoch durchzuführen. Die Mehrheit folgte der Auffassung der Verwaltung, dass das Ergebnis der Bürgerumfrage notwendig ist, um für die Zukunft zu wissen, wie die Bernburger grundsätzlich zu einer möglichen Schlachthof-Ansiedlung stehen - egal, mit welchem Investor.

Einigkeit besteht parteiübergreifend, dass eine hohe Wahlbeteiligung erwünscht ist. Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen, dass diese bei Bürgerentscheiden in der Regel gering ist. Seit der politischen Wende hatte es in der Saalestadt zwei derartige Abstimmungen gegeben. Jeweils eine überwältigende Mehrheit der Wahlgänger hatte sich gegen den Bau einer Tiefgarage und die Schließung einer Grundschule ausgesprochen. Allerdings hatten sich so wenige Einwohner beteiligt, dass die Initiatoren nicht die nötigen 25 Prozent Ja-Stimmen aller Wahlberechtigten erreichten.

WAZ

03.07.2014 | 12:42 Uhr

Bürger wehren sich gegen Schweinemast-Betrieb in Schwerte

Bürger wollen keine Schweinemast in Schwerte. Foto: Daniel Bockwoldt

Schwerte. Ende Mai hatte sich die Bürgerinitiative gegen Tierfabriken in Schwerte gegründet — Anlass war der angeblich geplante Ausbau eines Schweinemastbetriebs im Ortsteil Reingsen. Die Gegner des Vorhabens verteilen Flyer und sammeln Unterschriften. Umweltschützer befürchten einen Trick.

Eine von Landwirt Rainer Goeken angeblich geplante Schweinemast-Anlage in Schwerte erhitzt die Gemüter in der Ruhrstadt. Eine Bürgerinitiative kämpft gegen den Mastbetrieb. Flyer und Unterschriftenlisten will die Initiative in allen Läden auslegen, die "mit dem Thema in Verbindung stehen", sagt ihr Gründer Eckhard Schmidt. 50 Mitglieder, denen der Flyer am Dienstag vorgestellt wurde, umfasse die Initiative mittlerweile — und laut Schmidt kommen täglich neue Anfragen.

"Die Initiative setzt sich aus jungen und alten Menschen, Männern und Frauen zusammen", sagt er. Und sie alle hätten verschiedene Anliegen. Den einen gehe es besonders um den Umweltschutz, den anderen um den Tierschutz, wieder anderen um die eigene Gesundheit. Landwirt überlegt noch: "Wir prüfen derzeit alles"

Dabei ist bislang noch nicht klar, welchen Antrag Landwirt Rainer Goeken überhaupt stellen

wird. Auch er selbst wollte sich dazu bislang nicht äußern. "Wir prüfen derzeit alles", sagt er. Mehr wollte er nicht verraten. Auch nicht, wie groß sein Betrieb in Reingsen am Ende überhaupt sein soll. Derzeit liegt jedenfalls weder der Stadt Schwerte noch dem Kreis Unna ein Antrag vor.

Landwirt überlegt Betriebserweiterung
3800 Schweine? Grüne befürchten Massenhaltung

3800 Schweine auf einem Bauernhof in Ergste? Massentierhaltung befürchten die Grünen. Weil ein Landwirt überlegt, seinen Betrieb zu vergrößern - und weil es eine Schweinemast in dieser Größenordnung in Schwerte so noch nicht gibt. Was ist wirklich dran an den Plänen? Wir haben bei dem Landwirt...

Für den Fall, dass der Antrag dennoch schneller eingereicht wird als vermutet, will Schmidt die Politiker vorbereiten. Deswegen haben er und seine Mitstreiter einen Offenen Brief an den Stadtrat und Bürgermeister Heinrich Böckelühr verfasst. Übergeben wollen sie ihn am 10. oder 11. Juli. "Die Entscheidung kann von der Stadt Schwerte beeinflusst werden", meint Schmidt.

Umweltschützer befürchten Trick beim Neubau

Die Umweltschützer befürchten, der Landwirt könne beispielsweise mit einem neugebauten Stall tricksen. Dann nämlich würden die weiteren Schweine nicht zu den vorhandenen addiert werden, sondern die Zählung würde bei Null beginnen. Dadurch könnte der Landwirt die Grenze der 2000 Schweine umgehen, ab der das Genehmigungsverfahren öffentlich gemacht werden würde.

Der Grüne Bundestagsabgeordnete Friedrich Ostendorff sprach sich Ende April gegen die Massentierhaltung in Schwerte aus: "Ausgerechnet in einem der idyllischsten Naherholungsgebiete wird die erste Massentierhaltungsanlage im Südkreis Unna geplant." Sie könne fast mit den durchschnittlich größten deutschen Schweinehöfen mithalten, die sich laut statistischem Bundesamt im Jerichower Land bei Magdeburg befinden.

Landwirt: "Habe laut nachgedacht"

Landwirt Goeken sagte im April, dass es noch nicht konkret sei, wie, wann und wo er seinen Betrieb erweitern wolle. "Ich habe einmal laut darüber nachgedacht, aber es nicht beschlossen." Er versuche nichts zu verstecken und zu verheimlichen, so der Bauer. Er wolle nur die Existenz seiner Familie sichern. Einen konkreten Bauantrag gebe es noch nicht "Ich finde es nicht in Ordnung, wie mit meiner Familie umgegangen wird. Wir schätzen und lieben unsere Tiere", so Goeken.

Fragenkatalog der Bürgerinitiative

Die Initiative fordert nun Antworten auf folgende Fragen zum Tier- und Umweltschutz (im Wortlaut):

Wieviel Antibiotika werden verabreicht werden und wird der Tierarzt überwacht, inwieweit Antibiotika übermäßig verabreicht werden?

Was kontrolliert das Veterinäramt, und welche Kontrollen werden wie oft und in welcher Form insgesamt seitens der Behörden vorgenommen, und wie sehen die Ergebnisse aus?

Wieviel Ammoniak wird in die Luft abgeleitet? Welche anderen Schadstoffe werden durch die Abluft abgeleitet?

Werden die Tiere ausschließlich innerhalb des Gebäudes gehalten und wird ausschließlich künstliches Licht verwendet?

Wieviel Platz haben die Tiere, und sind sie auf engstem Raum eingepfercht?

Findet eine Zwangskastration der Ferkel und Besamung der Sauen statt?

Bekommen die Tiere ohne Betäubung ihre Schwänze gekürzt?

Werden die Sauen in Kastenständen ohne Bewegungsmöglichkeiten eingezwängt, und wie lange verbringen sie in diesen extrem engen Ställen?

Wieviel Gülle wird auf den landwirtschaftlichen Flächen des Betriebes in Ergste verbracht und wurden die Gewässer/Bachläufe auf Belastung mit Nitrat untersucht?

Wie wird sichergestellt, dass eine Belastung des Elsebaches und im Naturschutzgebiet insgesamt vermieden wird?

Welche Auswirkung hat die Anlage auf die Verkehrsbelastung durch LKW beispielsweise auf der Straße Bürenbrucher Weg?

Anna Gellner

Bürger wehren sich gegen Schweinemast-Betrieb in Schwerte | WAZ.de - Lesen Sie mehr auf: <http://www.derwesten.de/staedte/schwerte/buerger-wehren-sich-gegen-schweinemast-betrieb-in-schwerte-id9551001.html#plx2067693523>

Offener Brief der Bürgerinitiative

Nächster Schritt im Kampf gegen die Schweinemast

03.07.2014 | 11:49 Uhr

Schwerte. Ende Mai hatte sich die Bürgerinitiative gegen Tierfabriken in Schwerte gegründet - Anlass war der geplante Ausbau des Schweinemastbetriebs in Reingsen. Nun gehen die Bürger noch einen Schritt weiter: Mit einem Offenen Brief versuchen sie, die Politik auf ihre Seite zu ziehen.

Und nicht nur das: Auch Flyer und Unterschriftenlisten will die Initiative in allen Läden auslegen, die "mit dem Thema in Verbindung stehen", sagt ihr Gründer Eckhard Schmidt. 50 Mitglieder, denen der Flyer am Dienstag vorgestellt wurde, umfasse die Initiative mittlerweile - und laut Schmidt kommen täglich neue Anfragen.

"Die Initiative setzt sich aus jungen und alten Menschen, Männern und Frauen zusammen", sagt er. Und sie alle hätten verschiedene Anliegen. Den einen gehe es besonders um den Umweltschutz, den anderen um den Tierschutz, wieder anderen um die eigene Gesundheit.

Landwirt überlegt noch: "Wir prüfen derzeit alles"

Dabei ist bislang noch nicht klar, welchen Antrag Landwirt Rainer Goeken überhaupt stellen wird. Auch er selbst wollte sich dazu bislang nicht äußern. "Wir prüfen derzeit alles", sagt er. Mehr wollte er nicht verraten. Auch nicht, wie groß sein Betrieb in Reingsen am Ende überhaupt sein soll. Derzeit liegt jedenfalls weder der Stadt Schwerte noch dem Kreis Unna ein Antrag vor.

Für den Fall, dass der Antrag dennoch schneller eingereicht wird als vermutet, will Schmidt die Politiker vorbereiten. Deswegen haben er und seine Mitstreiter einen Offenen Brief an den

Stadtrat und Bürgermeister Heinrich Böckelühr verfasst. Übergeben wollen sie ihn am 10. oder 11. Juli. "Die Entscheidung kann von der Stadt Schwerte beeinflusst werden", meint Schmidt.

Umweltschützer befürchten Trick beim Neubau

Die Umweltschützer befürchten, der Landwirt könne beispielsweise mit einem neugebauten Stall tricksen. Dann nämlich würden die weiteren Schweine nicht zu den vorhandenen addiert werden, sondern die Zählung würde bei Null beginnen.

Dadurch könnte der Landwirt die Grenze der 2000 Schweine umgehen, ab der das Genehmigungsverfahren öffentlich gemacht werden würde.

Grüne warnen vor Schweinemast-Anlage

Andrea Hosang, Spitzenkandidatin der Grünen, erklärte im Mai dieses Jahres bei uns im Video, warum die Grünen vor einer Schweinemast-Anlage in Schwerte warnen.

Anna Gellner

NDR

Stand: 03.07.2014 18:26 Uhr

Protest gegen Riesen-Kuhstall in Rastede

von Silke Rudolph

Einen Stall für knapp 600 Kühe will der Wahnbeker Landwirt Christian Meyer-Hullmann neben seiner Biogasanlage im Ortsteil Kleinbrok am Rande von Rastede errichten, dazu außerdem 40 sogenannte Kälber-Iglus. Doch mit seinem Vorhaben stößt der Landwirt bei vielen Rastedern auf Widerstand. Die Bürgerinitiative "Kuhdorf - Nein, danke" hat mehr als 3.500 Unterschriften gegen den geplanten Bau gesammelt und fordert vom Landkreis den Bauantrag abzulehnen.

"Diskutiert wird auch die Gefahr durch Keime"

03.07.2014 17:00 Uhr Autor/in: Silke Rudolph

Seit einem Jahr kämpft eine Bürgerinitiative gegen den Bau einer Milchviehanlage am Ortsrand von Rastede. Sprecher Thomas Neumann beschreibt die Sorgen der Anwohner.

Landwirt hält Sorgen für unbegründet

Der Landwirt sagt, dass er seinen Antrag verändert habe: Die Anzahl der Tiere sei nun um ein Drittel geringer, statt für 918 gelte der neue Antrag jetzt nur noch für 592 Rinder. Zudem

sei die Stall-Anlage nun 500 Metern von Wohnhäusern entfernt. Das meiste Futter werde im eigenen Betrieb erzeugt. Die Sorgen der Stallgegner könne er zwar nachvollziehen, aber stichhaltig und begründet seien sie nicht, so Meyer-Hullmann. Sämtliche gesetzliche Vorgaben und Grenzwerte würden laut mehrerer Gutachten eingehalten.

"Wir nehmen gerne Rücksicht auf Bedenken"

03.07.2014 17:00 Uhr Autor/in: Silke Rudolph

Landwirt Christian Meyer-Hullmann nimmt Stellung zu den Vorwürfen einer Bürgerinitiative, die sich seit einem Jahr gegen seine geplante Milchviehanlage stemmt.

Ergebnis der Bauantrags-Prüfung frühestens Ende Juli

Am kommenden Montag um 16 Uhr debattiert der Bauausschuss der Gemeinde in der Aula der KGS Rastede über den neuen Antrag. Laut Beratungsvorlage wird er dann sein Einvernehmen erteilen, sofern keine Umweltverträglichkeitsprüfung nötig ist. Der Landkreis jedenfalls hält diese nicht für notwendig, da seiner Ansicht nach die Auswirkungen auf die Umwelt nicht erheblich sind. Die Gemeinde fordert unter anderem eine Eingrünung des Geländes, einen Anschluss an die Kanalisation und eine eigens angelegte Zufahrt. Nach einiger Zeit sollen zudem die Geruchs- und Staubemissionen überprüft werden, und Meyer-Hullmann soll nachweisen, dass er das Futter für die Kühe auf seinen eigenen Flächen produziert.

Die Entscheidung über den Bauantrag fällt allerdings der Landkreis, der diesen derzeit prüft. Mit einem Ergebnis ist frühestens Ende Juli zu rechnen.

Bio-Markt-info

Ökotest berichtet über ökologische Geflügelwirtschaft

Quelle: Ökotest 7/2014



Eine ausführliche zehnteilige Reportage über **die Entwicklung der stark zunehmenden Produktion von Bio-Eiern** ist das Aufmacherthema des Heftes 7/2014. Abschreckende Bilder in biologischen Massentierhaltungen von **Heinrich Tiemann** und der **Erzeugergemeinschaft Fürstenhof** werden zu einem Wiederaufflammen der Diskussion hinsichtlich der Bestandsgrößen von Hühnerherden führen. Während die agrarindustrielle Tierhaltung mit **bis zu 12.000 Hühnern** aus wirtschaftlichen Gründen befürwortet, kommt deutliche Kritik von kleineren und mittelgroßen Tierhaltern. Sie sehen das Tierwohl nur in überschaubaren Einheiten von beispielsweise je 300 Tieren pro Herde garantiert.

Eckehard Niemann (*Bild rechts*), Sprecher der **Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)** geht davon aus, dass inzwischen die Hälfte der rund 900 Mio. Bio-Eier pro Jahr aus der Agrar-Industrie stammt. Der Preisdruck, den diese entfacht, sei enorm.

Die Konzerne bestimmten die Preise, die bäuerlichen, regional orientierten Hühnerhalter würden aus dem Markt gedrängt, so Niemann in einem Interview von Ökotest. „In den Richtlinien der EU-Bio-Verordnung gibt es gegenüber Verbands-Bio eine Menge Ausnahmeregelungen und Schlupflöcher, die die Produktion billiger machen“, so Niemann. Der Fachmann empfiehlt die aktuelle Änderung der EU-Bio-Verordnung dazu zu nutzen, den Standard auf die **Vorgaben der Bio-Verbände** anzuheben.



Ein weiterer Schwerpunkt des **Ökotest-Hefts Juli 2014** ist der Test über Handelsmarken. Dort werden **Alnatura** und **Dennree** als Bio-Anbieter den Marken **Edeka, Kaufland, Real** und **Rewe** gegenüber gestellt. Untersucht wurden jeweils fünf Grundnahrungsmittel: Milch, Reis, Pizza, Tofu und Kaffee. Die Bio-Ware schnitt nicht in allen Bereichen gut ab. Beispielsweise wurden bei beiden Anbietern von Tofu **gentechnisch verändertes Soja** nachgewiesen. **Beim Kaffee** waren erhöhte Werte von Acrylamid vorhanden. Unklar war auch, ob der Kaffee aus Fairem Handel stammte, was offenbar auf den Packungen nicht vermerkt war.

Ein Naturkosmetik-Check bescheinigte den Eigenmarken von Dennree und Alnatura bei Handcreme und Shampoo ein „sehr gut“. Die Zahnpasta wurde mit „mangelhaft“ bewertet, weil keine Fluoride enthalten sind. Dies wurde jedoch auch entsprechend gekennzeichnet. **Ökotest** hält eine Fluoridierung für notwendig, was bekanntlich einige der Verbraucher nicht so sehen. Offenbar hält Ökotest eine Wahlfreiheit des Verbrauchers in diesem Fall für nicht erforderlich.

Bestellungen des Ökotest-Heftes [hier!](#)
01.07.2014

HNA

19.06.14

Nahe Witzenhausen-Kleinalmerode sollen 12.000 Hennen künftig Bio-Eier legen

5,5 Hektar Platz für die Hühner

Kleinalmerode. Der geplante Legehennenstall für 12.000 Tiere nahe des Witzenhäuser Ortsteils Kleinalmerode stand im Blickpunkt der jüngsten Ortsbeiratssitzung. Den Bio-Stall mit Freilandhaltung möchte der Witzenhäuser Landwirt Uwe Zimmermann errichten. Er bereitet derzeit die Bauvoranfrage vor.

Zimmermann war auf Einladung von Ortsvorsteherin Angela Veit zur Sitzung gekommen und hatte viele Fragen zu beantworten. Der geplante Hühnerstall außerhalb der Ortslage in der Gemarkung „Vor dem Dorfe“ soll 95 Meter lang und 25 Meter breit werden. Für die Freilandhaltung der Hühner wird ein fünfeinhalb Hektar großes Areal am Stall eingezäunt. Die Tiere können sich dann zwischen Stall und Freigelände bewegen. Der Lkw-Verkehr sei gering, betonte Zimmermann. Alle drei Wochen werde Futter angeliefert, alle vier Wochen werde der Hühnermist abgeholt und als hochwertiger Dünger weiterverwendet. Die Bio-Eier

würden alle zwei bis drei Tage mit einem Kleinbus samt Anhänger abgeholt. Zimmermann will mit der Firma Sonnenei in Alheim-Heinebach zusammenarbeiten. Die hochwertigen Eier aus Kleinalmerode sollen regional vermarktet und zum Beispiel in den Tegut-Einkaufsmärkten verkauft werden. Zimmermann forderte dazu auf, sich den Mustergeflügelhof in Heinebach anzusehen, um eine Vorstellung davon zu bekommen, was in Kleinalmerode entstehen soll.

Lärm und Geruchsbelästigung werde es nicht geben und auch keine Fliegenplage, sagte Zimmermann: „Hühner fressen die Fliegen, das ist ja der Vorteil.“

Die Legehennen würden aus Bayern kommen, jeweils nach ein bis eineinhalb Jahren geschlachtet und dann durch neue Tiere ersetzt. Mit der Produktion von Bio-Eiern, die in Deutschland stark nachgefragt würden, will sich der Landwirt ein zweites Standbein schaffen und den Stall mindestens 20 Jahre lang betreiben. Erst dann sei nämlich alles bezahlt, erklärte Zimmermann. (ach)

PROPLANTA

3.7.2014

Grüne machen Massen-Tierhaltung transparent

Erfurt - Die Standorte von großen Schweine- oder Hühnermastbetrieben in Thüringen sind künftig auf einer Informationsseite der Grünen im Internet abrufbar.



(c) Die Grünen

Die Fraktion im Thüringer Landtag stellte am Donnerstag eine neue [Homepage](#) vor, auf der unter anderem alle Anlagen ab 1.500 Mastschweinen und 30.000 Masthähnchen aufgelistet sind.

Ziel sei es, eine Diskussion über artgerechte Tierhaltung anzustoßen, sagte Grünen-Fraktionschefin Anja Siegesmund in Erfurt. Im Freistaat gebe es allein 135 Anlagen mit jeweils mehr als 21.000 Schweinen. Sie wolle aber keine Fronten zu den Betreibern aufbauen, betonte sie. (dpa/th)

Bayerischer Rundfunk - BR

Betrug mit Lebensmittel-Siegel NEULAND-Betriebe im Zwielight

NEULAND war fast 25 Jahre mehr oder weniger das Vorzeigeprojekt für landwirtschaftliche Tierhaltung. Es hat den Anspruch, dass trotz aller ökonomischen Zwänge eine besonders tiergerechte Nutztierhaltung, die weit über gesetzlich festgelegte Standards hinausgeht, grundsätzlich möglich ist - zumindest in Marktnischen. Seit dem Frühjahr ist das NEULAND-Siegel aber ins Zwielight geraten. Auch konventionell erzeugtes Fleisch ist offenbar für teuer Geld vermarktet worden.

Von: Chris Köhler Stand: 03.07.2014

NEULAND-Betriebe im Zwielight: Von wegen "besonders artgerecht"

NEULAND ist ein Label, das in puncto Tierschutz besser sein wollte; sein Anspruch ist eine umweltschonende und tiergerechte Haltung von Nutztieren. Die Tiere, deren Fleisch unter dem Logo vermarktet werden, müssen nach den Richtlinien das ganze Jahr über im Freien herumlaufen können und sollen auf besonders artgerechter Einstreu gehalten werden, Schweine beispielsweise auf Stroh. Gestattet ist nur Futter aus der Region. Antibiotika sind im Prinzip genauso streng verboten wie das Kupieren von Hühnerschnäbeln oder Ferkelschwänzen; in der konventionellen Haltung ist das erlaubt und gängige Praxis. Außerdem wird den Tieren mehr Platz im Stall zugestanden, und die Fahrzeiten zum Schlachthof dürfen vier Stunden nicht überschreiten.

Presse deckt betrügerische Machenschaften auf

"Wir arbeiten zurzeit die in der Presse erhobenen Vorwürfe gegen NEULAND auf (...) wir haben in NRW nur noch vier Masthähnchen-Betriebe, die den regionalen Markt aufrecht erhalten werden (...) in NEULAND Süd und Nord gibt es keine NEULAND-Betriebe, die Hähnchen halten, und da wird auch nichts vermarktet. Das sind die ersten Konsequenzen, die wir von der Zucht bis Vermarktung ziehen. Das ganze NEULAND-System wird auf neue Füße gestellt, denn die Glaubwürdigkeit ist unser höchstes Gut."

Jochen Dettmer, Bundesgeschäftsführer des NEULAND-Vereins

Wird das eigentlich kontrolliert?



[zum Audio mit Informationen Notizbuch-Gespräch NEULAND-Label im Zwielight](#)

"Von wegen Fleisch aus besonders artgerechter Tierhaltung" - Thomas Schröder, der Präsident des Deutschen Tierschutzbundes, stellt sich den Fragen zum NEULAND-Skandal. [mehr - zum Audio mit Informationen: Notizbuch-Gespräch - NEULAND-Label im Zwielficht]

Ins Rollen gekommen war der Vermarktungsskandal bereits im April wegen mutmaßlicher Betrügereien des wichtigsten NEULAND-Hähnchenlieferanten aus Niedersachsen. Der betroffene Landwirt und Schlachter soll in großem Stil konventionelle Hähnchen gekauft und als angeblich artgerecht gehaltenes NEULAND-Federvieh teuer verkauft haben. Nicht zuletzt um das tatsächliche Ausmaß des Betruges aufzudecken hat der NEULAND-Verein die Staatsanwaltschaft Oldenburg eingeschaltet, die Ermittlungen laufen noch. Inzwischen aber sind auch bei mindestens einer der drei Vertriebsgesellschaften Verstöße gegen Richtlinien aufgedeckt worden. Im Fall der NEULAND Süd sollen in großem Stil und über lange Zeit zum einen konventionell produziertes Lammfleisch, zum anderen Hähnchenfleisch aus Frankreich, das von ungenehmigten, konventionellen französischen Betrieben stammte, unter dem NEULAND-Logo vermarktet worden sein.

Um Schadensbegrenzung bemüht

"Es gab eine Absprache mit NEULAND Süd, für Übergangszeit von bestimmten französischen Betrieben Geflügelfleisch, Hähnchenfleisch nach Deutschland zu bringen. Ganz einfach vor dem Hintergrund, weil wir natürlich auch eine gewisse Zeit brauchen, bis wir neue Betriebe aufgebaut haben. Und da es sich im Elsass im Prinzip um eine benachbarte Region handelt, die ja sozusagen gleich über den Rhein gesehen, haben wir dort uns zwei besonderes gute Betriebe ausgesucht, die eine Genehmigung bekommen haben, weil sie nach NEULAND-Standard produziert haben, das heißt, mit Grünauslauf. Das war auch alles abgesprochen und ist auch nicht zu beanstanden für eine Übergangsregelung. Das, was jetzt in der Presse herausgekommen ist, ist noch ein anderer Sachverhalt. Nach Auskunft des 'Südkuriers' vom 13.06. hat NEULAND Süd von SECHS Betrieben Geflügelfleisch bezogen, und bei VIER Betrieben fehlte der Grünauslauf. Und das war uns nicht bekannt, ist nicht mit uns abgesprochen worden und widerspricht auch den NEULAND-Regeln."

Jochen Dettmer, Bundesgeschäftsführer des NEULAND-Vereins

Nach Angaben des NEULAND-Vereins wird derzeit das Vertragsverhältnis mit der am Bodensee ansässigen Vertriebsgesellschaft Süd beendet - mit juristischen Auseinandersetzungen.

Der Verein

Der NEULAND-Verein ist 1988 gegründet worden. Die drei Trägerverbände des NEULAND-Vereins sind der Deutsche Tierschutzbund, der Bund für Umwelt und Naturschutz in Deutschland sowie die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft. Neben dem NEULAND-Verein, der die Richtlinien festlegt, nach denen die Landwirte wirtschaften müssen, gab es bislang drei eigenständige Neuland-Vertriebsgesellschaften: NEULAND Nord, NEULAND West und NEULAND Süd, die sich um den Ein- und Verkauf des Fleisches gekümmert haben.

Mehr über den Skandal

- [<!-- --> Radio Bremen: Fleischverband "Neuland" verschärft Kontrollen \[Radio Bremen\]](#)

- [Deutschlandfunk: Skandal um "Neuland"-Fleischsiegel \[deutschlandfunk.de\]](http://deutschlandfunk.de)



01.07.2014 12:39

Auswirkungen von Veterinärantibiotika in Gülle auf Bakterien im Ackerboden

Stefanie Hahn *Pressestelle*
[Julius Kühn-Institut](http://www.jki.de)

Wissenschaftler des Julius Kühn-Instituts beschreiben in „Trends in Microbiology“, wie Veterinärantibiotika die Zusammensetzung und Funktion der Bakteriengemeinschaft im Boden ungünstig verändern können

(Braunschweig) Wissenschaftler des Julius Kühn-Instituts (JKI) in Braunschweig erforschen die Zusammensetzung der Gemeinschaft von Bodenmikroorganismen. Sie gehen dabei auch der Frage nach, inwiefern Antibiotika und antibiotikaresistente Bakterien aus der Tierhaltung, die über Gülle in den Boden gelangen, die bakterielle Gemeinschaft beeinflussen. „Um ein mögliches Risiko für die menschliche Gesundheit abschätzen zu können, ist es notwendig, den Verbleib der Antibiotika im Boden sowie ihre Auswirkungen auf Bodenmikroorganismen, vor allem aber auf das Vorkommen und die Übertragbarkeit von bakteriellen Antibiotikaresistenzen zu kennen“, so Professorin Kornelia Smalla vom JKI. Im Rahmen der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Forschergruppe FOR566 untersuchte das Team der Mikrobiologin die Auswirkungen von Antibiotika, die mit Gülle in den Boden gelangen, auf Bodenbakterien und besonders auf das Vorkommen und die Übertragbarkeit von Antibiotika-Resistenzgenen. Ein jetzt in der Zeitschrift „Trends in Microbiology“ publizierter Übersichtsartikel fasst die aktuellen Ergebnisse der Forschergruppe und weiterer internationaler Wissenschaftler zum Themenkomplex „Schicksal und Effekte von Veterinärantibiotika im Boden“ zusammen und identifiziert weiterführende Forschungsfragen (doi: 10.1016/j.tim.2014.05.005).

Die Ergebnisse legen nahe, dass mit Antibiotika kontaminierte Gülle zumindest kurzfristig die Bakteriengemeinschaften im Boden stören und zur Erhöhung der Häufigkeit und Übertragbarkeit von Antibiotikaresistenzen führen kann. Dies könnte zur Entstehung multiresistenter Keime beitragen und letztlich zum Gesundheitsrisiko für Menschen werden. Das Schicksal der Antibiotika im Boden hängt dabei maßgeblich von ihren Substanzeigenschaften ab. So werden z. B. β -Lactam Antibiotika im Boden üblicherweise schnell abgebaut, während Tetracycline und Fluoroquinolone Monate bis Jahre im Boden verbleiben können. Eine weitere wichtige Rolle scheinen Pflanzen zu spielen, die durch ihre

Wurzeln Nährstoffe an den Boden abgeben und somit den Verbleib und die Effekte von Antibiotika im Boden beeinflussen. „Da Antibiotika in gebundener Form auch über längere Zeiträume im Boden verbleiben können und in geringen Konzentrationen kontinuierlich freigesetzt werden, sind langfristige Effekte über Zeiträume von Jahren und Jahrzehnten vorstellbar. Sie lassen sich jedoch wegen der komplexen Vorgänge im Boden nach bisherigem Wissensstand immer noch schwer abschätzen“, so das Fazit von Prof. Smalla.

Weitere Informationen:

<http://www.cell.com/trends/microbiology/abstract/S0966-842X%2814%2900114-0> - Original-Publikation Jechalke et al (2014)

[Produktion und Förderung](#) | 02.07.2014 [agrarheute.com](#) 

Studie: Antibiotikahaltige Gülle stört Boden-Bakterien

Gülle, die Veterinärantibiotika enthält, stört Bodenorganismen und erhöht die Übertragbarkeit von Resistenzen. Das sollen Forschungsergebnisse des Julius Kühn-Instituts bestätigen. Wissenschaftler des Julius Kühn-Instituts (JKI) in Braunschweig erforschen inwiefern Antibiotika und antibiotikaresistente Bakterien aus der Tierhaltung, die über Gülle in den Boden gelangen, die bakterielle Gemeinschaft beeinflussen. Die Mikrobiologen untersuchten dabei die Auswirkungen von Antibiotika besonders auf das Vorkommen und die Übertragbarkeit von Antibiotika-Resistenzgenen. Die Ergebnisse legen nahe, dass mit Antibiotika kontaminierte Gülle zumindest kurzfristig die Bakteriengemeinschaften im Boden stören und zur Erhöhung der Häufigkeit und Übertragbarkeit von Antibiotikaresistenzen führen kann.

Antibiotikasubstanzen unterschiedlich abbaubar

Das Ausbringen von antibiotikahaltiger Gülle könnte, so das Forscherfazit, zur Entstehung multiresistenter Keime beitragen und letztlich zum Gesundheitsrisiko für Menschen werden. Das Schicksal der Antibiotika im Boden hängt dabei maßgeblich von ihren Substanzeigenschaften ab. So werden beispielsweise β -Lactam Antibiotika im Boden üblicherweise schnell abgebaut, während Tetracycline und Fluoroquinolone Monate bis Jahre im Boden verbleiben können.

Langzeiteffekte vorstellbar

Eine weitere wichtige Rolle scheinen Pflanzen zu spielen, die durch ihre Wurzeln Nährstoffe an den Boden abgeben und somit den Verbleib und die Effekte von Antibiotika im Boden beeinflussen.

"Da Antibiotika in gebundener Form auch über längere Zeiträume im Boden verbleiben können und in geringen Konzentrationen kontinuierlich freigesetzt werden, sind langfristige

Effekte über Zeiträume von Jahren und Jahrzehnten vorstellbar. Sie lassen sich jedoch wegen der komplexen Vorgänge im Boden nach bisherigem Wissensstand immer noch schwer abschätzen", so das Fazit von Prof. Smalla.

Pd

NDR

Stand: 02.07.2014 15:58 Uhr

Gesundheitsrisiko durch Antibiotika in Gülle?

von Oda Lambrecht



Gülle auf den Felder kann zu mehr Antibiotika-Resistenzen führen.

In deutschen Ställen werden große Mengen Antibiotika eingesetzt. Allein im Jahr 2012 wurden rund [1.600 Tonnen an Veterinäre](#) abgegeben. Ein Teil der Wirkstoffe gelangt über die Ausscheidungen der Tiere auf die Felder. Das [Julius Kühn-Institut](#) in Braunschweig hat jetzt nachgewiesen, dass mit Antibiotika belastete Gülle Bakterien im Boden negativ beeinflussen kann.

Mehr Resistenzen durch Antibiotika in der Gülle

Die [Forschungsergebnisse](#) zeigen, dass mehr Antibiotika-Resistenzen entstehen können, und das diese häufiger übertragen werden können. Dies könnte zur Entstehung multiresistenter Keime beitragen und letztlich zum Gesundheitsrisiko für Menschen werden, warnt die Bundesbehörde. Denn wenn sich solche Keime verbreiten, können auch für den Menschen wichtige Antibiotika ihre Wirkung verlieren.

Landwirtschaftsministerium Niedersachsen droht mit Stallschließungen

Interview



"Mehr Antibiotika-Resistenzen im Boden"

Mit der Gülle gelangen Antibiotika auf die Felder. Kornelia Smalla vom Julius Kühn-Institut spricht im Interview über die möglichen Folgen für Umwelt und Menschen. [mehr](#)

Das niedersächsische Landwirtschaftsministerium erklärte gegenüber dem NDR, dass es die Ergebnisse der Studie sehr ernst nehme. Das Ziel, binnen fünf Jahren den Antibiotika-Einsatz in den Tierställen um die Hälfte zu reduzieren, sei somit wichtiger denn je, so das Landesministerium des Ministers Christian Meyer (Grüne).

Seit dem 1. Juli müssen Landwirte wegen eines [neuen Arzneimittelgesetzes](#) erfassen, wie häufig sie Antibiotika einsetzen und die Mengen an eine Datenbank melden. Das Ministerium in Hannover betonte, man wolle das neue Gesetz konsequent zum Schutz der menschlichen Gesundheit vor resistenten Keimen umsetzen und auch vor einschneidenden Maßnahmen wie Stallschließungen bei zu hohem Antibiotika-Einsatz nicht zurückschrecken.

Landwirtschaftsminister Backhaus: Ergebnisse in Ruhe auswerten

Der Landwirtschaftsminister von Mecklenburg-Vorpommern, Till Backhaus (SPD), erklärte dem NDR, ein übermäßiger Antibiotika-Einsatz dürfe nicht stattfinden. Allerdings müsse auch klar sein, dass ein Tier im Krankheitsfall unbedingt mit Antibiotika behandelt werden müsse. Die Forschungsergebnisse müssten jetzt "in Ruhe" ausgewertet werden, so der Landwirtschaftsminister. Er betonte, die Landesregierung sei auf die "Thematik von möglichen Rückständen von Antibiotika in Böden" sensibilisiert.

Backhaus: Problem betrifft auch die Humanmedizin

Der Minister erklärte zudem, es sei zu einseitig, nur auf die Landwirtschaft zu schauen. Er wolle den Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung keineswegs verharmlosen, aber dieses Problem betreffe auch die Humanmedizin und müsse deshalb ressortübergreifend gelöst werden, so Backhaus, Antibiotika-Funde seien nämlich in vielen Fällen auch auf nahegelegene Kläranlagen zurückzuführen.

Größere Gefahr durch Hühnermist und Trockenkot?

Der Deutsche Bauernverband in Berlin erklärte gegenüber dem NDR, dass man sich die Studie genau anschauen werde. Verbandssprecher Michael Lohse wies aber zugleich darauf hin, dass ja bereits Schritte zur Antibiotika-Reduzierung eingeleitet worden seien. Der

Landesverband Niedersachsen/Bremen der kleineren Bauernorganisation Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) ruft alle Verantwortlichen der Agrarbranche auf, die Ergebnisse sehr ernst zu nehmen. Die Organisation befürchtet, dass von Hühnermist- und Trockenkot eine noch größere Gefahr ausgehe aufgrund des hohen Antibiotika-Einsatzes in der Geflügelhaltung.

Recherchen der Redaktion [Panorama - die Reporter](#) haben bereits vor zwei Jahren gezeigt, dass Antibiotika aus der Tierhaltung auf die Felder gelangen. Ein Labor hatte damals Medikamentenrückstände in frisch ausgebrachter Gülle nachgewiesen. Die Exkremeante stammten aus einer niedersächsischen Schweinehaltung.

Weitere Informationen



mit Video

[Antibiotika aus der Tiermast im Grundwasser?](#)

An mehreren Stellen in Niedersachsen hat das Umweltbundesamt nach NDR Informationen Antibiotika im Grundwasser entdeckt. Das Amt fordert einen Grenzwert für Tierarzneimittel. [mehr](#)

Stand: 02.07.2014 16:09 Uhr

"Mehr Antibiotika-Resistenzen im Boden"

Mit der Gülle aus der Tierhaltung gelangen Antibiotika auf die Felder. Prof. Kornelia Smalla vom Julius Kühn-Institut in Braunschweig spricht im Interview über das Ausmaß und die möglichen Folgen für Umwelt und Menschen.

Kornelia Smalla forscht am Braunschweiger Julius Kühn-Institut unter anderem über den Gen-Austausch von Bodenbakterien.

Sie haben untersucht, wie sich Antibiotika aus der Tierhaltung, die mit der Gülle in die Umwelt ausgebracht werden, auf den Boden auswirken. Warum wollten Sie das herausfinden, warum also war dieses Forschungsprojekt aus Ihrer Sicht wichtig?

Kornelia Smalla: Antibiotika werden seit Mitte des letzten Jahrhunderts weltweit in der Tierhaltung eingesetzt. Bis zu 90 Prozent der verabreichten Antibiotika wird von den Tieren wieder ausgeschieden und gelangt über Gülledüngung auf landwirtschaftliche Flächen. Dort können sie die bakterielle Gemeinschaft im Boden beeinflussen. Was im Boden mit den Antibiotika passiert, ist noch immer nicht im Detail verstanden.

Was haben Sie herausgefunden?

Smalla: Die Ergebnisse der Recherchen zusammen mit eigenen Versuchen deuten darauf hin, dass es unter den Bakterien im Boden zumindest kurzfristig mehr Antibiotika-Resistenz-Gene gibt und diese Gene häufiger übertragen werden. Diese Resistenz-Gene liegen beispielsweise auf so genannten Plasmiden, die einen Austausch zwischen den Bakterien ermöglichen. Mit diesem Trick können sich Bakterien schnell an wechselnde Umweltbedingungen anpassen. Ebenfalls zeigen zahlreiche Studien, dass antibiotika-haltige Gülle die Zusammensetzung und Funktion von bakteriellen Bodengemeinschaften beeinflussen kann. Diese Effekte sind aber anscheinend eher vorübergehend und können nach einiger Zeit wieder verschwinden.

Welche Antibiotika kamen bei Ihren Forschungen zum Einsatz? Welche Tiere wurde mit den Arzneimitteln zuvor behandelt?

Smalla: Am Julius Kühn-Institut haben wir die Effekte der Antibiotika Sulfadiazin und Difloxacin erforscht. Dabei nutzten wir Gülle von Schweinen. Für die Versuche wurden der Gülle nachträglich genau bekannte Mengen an Antibiotika zugegeben oder die Tiere wurden mit Antibiotika behandelt und die ausgeschiedene Gülle gesammelt.

Wie bewerten Sie die Forschungsergebnisse? Welche Folgen können mehr Antibiotika-Resistenzen bei Bodenbakterien haben?

Smalla: Es ist wahrscheinlich, dass der großflächige Einsatz von Antibiotika in der Tierproduktion zu einer erhöhten Verbreitung von antibiotika-resistenten Bakterien führt. Bislang sind die dabei ablaufenden Prozesse jedoch enorm komplex und erst in Anfängen untersucht. Der Mensch steht im permanenten Kontakt mit den Bakterien seiner Umwelt. Antibiotika-belastete Gülle kann zu einer Anreicherung von Resistenz-Genen im Boden führen. Die Übertragung dieser Antibiotika-Resistenz-Gene auf Bakterien, die auf oder im Menschen vorkommen, ist grundsätzlich möglich. Daher sind weitere Forschungen notwendig, um Risiken vor allem für die menschliche Gesundheit genauer abschätzen zu können.

Wer hat das Forschungsprojekt finanziert?

Smalla: Die Arbeit am Julius Kühn-Institut wurde durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziert. Im Rahmen dieser Forschergruppe haben wir in Kooperation mit verschiedenen Universitäten und Institutionen die Effekte von Antibiotika im Boden untersucht.

Pressemitteilung AbL Niedersachsen/Bremen

Bauernorganisation AbL: Studie zu Bodenwirkungen von antibiotika-kontamierter Gülle und antibiotikaresistenten Keimen sehr ernst nehmen!

Der Landesverband Niedersachsen/Bremen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) ruft alle Verantwortlichen im Agrarbereich dazu auf, die Ergebnisse einer neuen Studie von Wissenschaftlern des Julius-Kühn-Instituts zu den Bodenwirkungen von Antibiotika und antibiotika-resistenten Keimen aus antibiotika-kontaminierter Gülle sehr ernst zu nehmen. Dies gelte vermutlich in noch stärkerem Maße für die überregional transportierten Hühnermist- und Trockenkot-Frachten aus Agrarfabriken. Zuvor habe bereits das Bundesamt für Risikobewertung (BfR) über neu auftretende Bakterien-Resistenzen in Schweine- und Hähnchenmastanlagen gegen Human-Reserve-Antibiotika berichtet. Das BfR habe zudem bereits im letzten Jahr in einer Metastudie darauf hingewiesen, dass das Auftreten antibiotikaresistenter Keime z.B. in der Schweinehaltung massiv abhängig sei von der Größe der Tierhaltungsanlagen und von der Art der Tierhaltung. Der AbL-Landesvorsitzende Ottmar Ilchmann bezeichnete Antibiotika und antibiotika-resistente Keime in der Tierhaltung als „im Kern agrarindustrielles Problem“. Angesichts des sehr hohen und oft mehrfachen Einsatzes von Antibiotika in den systembedingt antibiotika-abhängigen Agrarfabriken sei eine Agrarwende in Richtung einer artgerechten Tierhaltung in mittelständisch-bäuerlichen Strukturen überfällig.

Der AbL-Landesverband sieht sich auch durch eine weitere Untersuchung der *European Medicines Agency (EMA)* in seiner Forderung nach einer artgerechten und damit antibiotika-unabhängigen Nutztierhaltung mit Stroh und Auslauf in mittelständisch-bäuerlichen Strukturen bestätigt. Der hohe und systematische Einsatz von Antibiotika zur Kaschierung unzureichender Haltungsbedingungen vor allem in großen Tierfabriken werde von der Gesellschaft nicht mehr hingenommen. Die damit verbundene Herausbildung und Verbreitung antibiotika-resistenter Keime könne und müsse rasch durch ein europaweites Stall-Umbauprogramm angegangen werden. Das bewiesen Länder wie Schweden, Norwegen und Finnland, die – im Gegensatz zu Deutschland - seit Jahren die EU-Vorgaben einer artgerechten Tierhaltung umsetzten und auch deshalb die geringsten Antibiotika-Zahlen pro Tier in der EU vorweisen könnten – dort beschränke sich der Antibiotika-Einsatz auf die Einzelbehandlung von wenigen kranken Tieren.

Wie der *Spiegel* in kürzlich berichtet habe, lägen die Antibiotika-Verkäufe für Schlacht- und Milchtiere im Jahre 2011 (in mg je kg „behandelter Biomasse“) in Deutschland mit 211 Milligramm deutlich höher als in den meisten anderen EU-Ländern, übertroffen nur von Zypern (408 mg), Italien (370 mg) und Spanien (249 mg). Auf den folgenden Plätzen mit immerhin deutlich niedrigerem Antibiotika-Verbrauch rangierten Intensivhaltungs-Länder wie Belgien (175 mg), Frankreich (117 mg) oder die Niederlande (114 mg). Die niedrigsten Antibiotika-Zahlen liste die EMA in Norwegen (3,7 mg), Schweden (13,6 mg) und Finnland (23,8 mg).

Auch das Beispiel Dänemark mit immerhin 43 mg/kg werde im *Spiegel*-Artikel „Schweineerei im Saustall“ als positives Vorbild herausgestellt und in Verbindung gebracht mit einer klaren Erfassung jedes einzelnen Antibiotika-Einsatzes je Betrieb und Tierart, der Veröffentlichung aller Betriebe mit hohem Einsatz und mit den damit verbundenen deutlichen Sanktionen. Auch die Verschreibungspflicht und das Dispensierverbot, also des Verkaufs von Medikamenten durch die Tierärzte selber, hätten zu einer deutlichen Verringerung der Antibiotika-Verabreichung geführt. Zudem verzichteten die dänischen Veterinäre auf den Einsatz jener Antibiotika, die in der Humanmedizin wichtig seien.

Derlei Beschränkungen, so der Spiegel, gebe es in Deutschland nicht, auch die ab April 2014 geplante Novelle des Arzneimittelgesetzes enthalte keine konkreten Senkungsziele oder Sanktionen. Thomas Blaha von der Tierärztlichen Hochschule Hannover kritisiere in diesem Zusammenhang die Antibiotika-„Hochverbraucher“, man sei in Deutschland „zu lange den leichteren Weg gegangen“. Ebenso bemängelte Theodor Mantel als Präsident der Bundestierärztekammer die Kompensation schlechter Haltungsbedingungen durch hohe Medikamentengaben. Auch dadurch, so der *Spiegel*, entstünden resistente Keime, gegen die fast kein Medikament mehr wirke und die zum Beispiel eine Lungenentzündung auch für Menschen lebensbedrohlich werden lasse. Epidemiologen sähen laut Spiegel bereits ein „postantibiotisches Zeitalter“ ohne wirksame Medikamente heraufziehen.

Besondere Brisanz gewinnt all das laut AbL durch die massive Herausbildung neuartiger antibiotika-resistenter Keime nicht mehr nur in Krankenhäusern, sondern verstärkt auch in Tierhaltungsanlagen. Das Problem stehe in einem deutlichen Zusammenhang mit unzureichenden Haltungsbedingungen und der Größe der Ställe. Der wachsende Widerstand der Anwohner und von immer mehr Bürgerinitiativen im Netzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“, unterstützt durch die neue Ärzte-Initiative gegen Massentierhaltung und antibiotika-resistente Keime“ gründe insbesondere auch auf dieser Gefahr durch Emissionen und anderen Verbreitungswegen. Eine Studie der Universität Utrecht habe auch in ein Kilometer Entfernung von Tierfabriken noch eine deutliche und überdurchschnittliche Häufung von Erkrankungen festgestellt. In Deutschland gebe es zum Schutz der Anwohner zwar Grenz-Oberwerte für Geruch und Ammoniak, aber immer noch keine Schutz-Grenzwerte für die Belastung der Anwohner von großen Tierfabriken durch Keime – dieses Thema müsse der Gesetzgeber jetzt dringend angehen.

“Eine wirkliche Lösung auch dieses im Kern agrarindustriellen Problems“, so der niedersächsische AbL-Landesvorsitzende Ottmar Ilchmann, „liegt in einem raschen und EU-weiten Umbauprogramm auf eine artgerechte Tierhaltung in mittelständisch-bäuerlichen Größenordnungen mit mehr Platz, Stroh und einem zumindest beschränkten Auslauf der Tiere.“ Die EU habe bereits mit Vertragsstrafen gedroht, wenn Länder wie Deutschland nicht endlich die EU-Vorgaben eines Kupierverbots von Ringelschwänzen und Schnäbeln und eines Zugangs der Tiere zu Stroh einhielten. Der noch von der alten CDU-FDP-Landesregierung erarbeitete Niedersächsische Tierschutzplan mit einem Kupierverbot bis 2016 sei wesentlich auch eine Reaktion darauf und ein Anstoß für rasche ähnliche Schritte bundes- und europaweit. Die Beschränkungen des Bundesbaugesetzes für flächenknappe gewerbliche Megaställe müssten jetzt rasch auf sämtliche Megaställe mit mehr als 1.500 Mastschweinen, 30.000 Masthühnern oder 15.000 Legehennen oder Puten ausgeweitet werden.

6.700 Zeichen - 02.07.2014

ELITE ONLINE

Niederlande

Vorbild für die Reduzierung von Antibiotika

03.07.2014

Die Niederländer wollen anderen Ländern helfen, deren Antibiotikaeinsatz in der Nutztierhaltung zu reduzieren. Kurse die in den Niederlanden gehalten werden soll, solle Elemente für regionale und internationale Ansätze beinhalten. Dies teilte die Staatssekretärin im Landwirtschafts- und Verbraucherministerium, Sharon Alida Maria Dijkma, in der vergangenen Woche auf der internationalen Konferenz zu Antibiotika-Resistenzen in Den Haag mit.

Sie zeigte als vorbildliches Beispiel auf, dass der registrierte Antibiotika-Einsatz seit 2009 in den Niederlanden um 57 % reduziert werden konnte. Auch habe sich die anfängliche Angst des Viehsektors, dass ein verringerter Einsatz von Antibiotika zu geringeren Umsätzen führen könnte, nicht bestätigt.

Das internationale Interesse an dem niederländischen Ansatz zur Reduzierung sei groß, über 30 verschiedene Länder nahmen an der Konferenz teil. Die Konferenz sollte Ansätze für den globalen Aktionsplan gegen Antibiotika-Resistenzen schaffen, den die Weltgesundheitsorganisation im Jahr 2015 präsentieren will. (Melkvee)

AHO

20.06.2014 [Meldung versenden](#)

[Alarmierende Befunde: MRSA aus Kliniken überstehen Kläranlagen und gelangen in die Umwelt](#)

[Kläranlagen bei antibiotikaresistenten Krankenhauskeimen oft wirkungslos]

Brisbane/Southport/Maroochydore (aho) – Australische Wissenschaftler verschiedener Institute berichten in einer Publikation in der Fachzeitschrift „Journal of Applied Microbiology“ über die Tatsache, dass eine Vielzahl von antibiotikaresistente Keimen – darunter auch der Typ MRSA* (Methicillin-resistente Staphylococcus aureus) – in großen Mengen über Krankenhausabwässer in Kläranlagen gelangen, dort nicht vernichtet werden und so mit dem ablaufenden Wasser in die Umwelt gelangen.

Die Wissenschaftler konnten bei den Keimen aus Krankenhäusern Resistenzen gegen Ampicillin Amoxicillin/Clavulansäure, Gentamicin, Vancomycin, Cloramphenicol und Cefoxitin nachweisen. Einige dieser Keime überstanden ganz offensichtlich die Kläranlage mit einer Chlorierungsstufe. Einer der im „sauberen Wasser“ gefundenen Keime war sogar gegen alle neun getesteten Antibiotika resistent (1).

Ähnliche Befunde nennt das Umweltbundesamt bereits im Jahresbericht 1997. Hier heißt es auf Seite 101: „Untersuchungen des Umweltbundesamtes zeigen, dass im Ablauf einer Kläranlage noch 1.000 coliforme Keime pro Milliliter nachweisbar sind, von denen 20 % eine 6fache Antibiotikaresistenz trugen. Diese Zahlen belegen die Relevanz der Kläranlagen bei

der Verbreitung antibiotikaresistenter Bakterien in die Umwelt. In welchem Ausmaß diese antibiotikaresistenten Bakterien, durch Einleitung von Abwasser in Badegewässer bzw. durch Bewässerung mit Abwasser/Oberflächenwasser bei der landwirtschaftlichen Nutzung wieder auf den Menschen übertragen werden und damit direkt oder indirekt zur Problematik antibiotikaresistenter Bakterien bei der Behandlung von Infektionen beitragen, ist bisher wissenschaftlich nicht geklärt. Aus Vorsorgegründen ist es jedoch geboten, diesen Pfad der Ausbreitung antibiotikaresistenter Bakterien zu unterbinden“ (1).

Über vergleichbare Ergebnisse berichteten US-Wissenschaftler 2012 (3)

Die Befunde sind nicht ohne Brisanz, da polnische Wissenschaftler antibiotikaresistente Keime in Aerosolproben im Unterlauf von Kläranlagen nachweisen konnten. Es besteht nach Meinung der Experten die Gefahr, dass derartige Keime eingeatmet werden (2).

(1) Thompson JM, Gündoğdu A, Stratton HM, Katouli M.

Antibiotic resistant *Staphylococcus aureus* in hospital wastewaters and sewage treatment plants with special reference to methicillin-resistant *Staphylococcus aureus* (MRSA) ”
J Appl Microbiol. 2013 Jan;114(1):44-54.

(2) Korzeniewska E, Korzeniewska A, Harnisz, M.

Antibiotic resistant *Escherichia coli* in hospital and municipal sewage and their emission to the environment

Ecotoxicology and Environmental Safety, Volume 91, 1 May 2013, Pages 96–102

(3) Rosenberg Goldstein RE, Micallef SA, Gibbs SG, Davis JA, He X, George A, Kleinfelter LM, Schreiber NA, Mukherjee S, Sapkota A, Joseph SW, Sapkota AR.

[Methicillin-resistant *Staphylococcus aureus* \(MRSA\) detected at four U.S. wastewater treatment plants.](#)

Environ Health Perspect. 2012 Nov;120(11):1551-8. doi: 10.1289/ehp.1205436. Epub 2012 Sep 6.

* „MRSA“ steht für die Bakteriengruppe der „Methicillin-resistenten *Staphylococcus aureus*“. *Staphylococcus* (*S.*) *aureus* ist ein weit verbreitetes Bakterium, das Haut und Schleimhäute von Mensch und Tier besiedelt. Nach Angaben des Europäischen Zentrums für Krankheitskontrolle und Prävention (ECDC) tragen ca. 30 % der Menschen *S. aureus* auf der Haut. In der Regel wird die Besiedlung nicht bemerkt. Da *S. aureus* auf der Haut vorkommt, ist er auch häufig an Entzündungen von Haut und Schleimhäuten beteiligt. Die Methicillin-resistente Variante von *S. aureus* ist gegen alle so genannten Beta-Laktam-Antibiotika unempfindlich, also gegen Penicilline und Cephalosporine. Diese Antibiotika wirken bei der Behandlung einer Infektion mit MRSA nicht mehr, d.h. sie können den Infektionsverursacher nicht abtöten. (Quelle BfR, 11. November 2013)

DPA

02.07.2014 | 15:34 Uhr
Gesundheit

Bremer Krankenhäuser sehr gut bei Infektionsbekämpfung

Bei der Bekämpfung von Infektionen schneiden die Krankenhäuser im Land Bremen besser ab als der Bundesdurchschnitt. Das gelte für alle Bereiche von der Vorbeugung von Infektionen bis zur Häufigkeit von Wundinfektionen, hieß es am Mittwoch bei der Vorstellung des Bremer Krankenhausspiegels.

Bremen. Der Hygiene-Skandal in der Frühchen-Station des Klinikums Bremen-Mitte 2011 sei ein schwerwiegendes, aber isoliertes Problem gewesen, sagte Gesundheitssenator Hermann Schulte-Sasse (parteilos). Die Herkunft des Keimes habe bis heute nicht geklärt werden können.

Ein großes Problem seien MRSA-Keime (Methicillin resistente Staphylococcus aureus), die besonders bei anfälligen Krankenhauspatienten schwere Infektionen verursachen können. In Bremen seien 2012 deshalb 25 Prozent der Patienten, vor allem Risikofälle, bei der Aufnahme auf Keime untersucht und zunächst isoliert untergebracht worden. 2012 seien bei 58 000 Abstrichen 2500 Träger von MRSA-Keimen entdeckt worden. Die Kosten für die Untersuchungen tragen nach Angaben des Geschäftsführers der Bremer Krankenhausgesellschaft, Uwe Zimmer, die Kliniken.

Seit 2012 sind die Bundesländer verpflichtet, Hygieneverordnungen zu erlassen. Jedes Krankenhaus muss eine eigene Hygienekommission bilden. Schulte-Sasse erinnerte an die Vorreiterrolle Bremens. Im kleinsten Bundesland sei 1990 die erste Landeshygieneverordnung erlassen worden. Nach Ansicht des Senators wird es in den kommenden Jahren schwierig, ausreichend Fachpersonal zu bekommen. Im Klinikum Bremen Mitte würden daher Hygienefachkräfte aus- und weitergebildet.

Bremen sei das einzige Bundesland, in dem die Krankenhäuser verpflichtend mindestens alle zwei Jahre von den Gesundheitsämtern überprüft werden. "Das ist eine unmittelbare Reaktion auf die Hygienevorfälle aus dem Jahr 2011", sagte Schulte-Sasse. Lob gab es dafür von der Unabhängigen Patientenberatung. "Wir haben festgestellt, dass Bremen und die Bremer Kliniken auf den Keimskandal umfassend reagiert haben", sagte Leiterin Anette Drewes-Kirchhoff.

Der Senator empfahl den Krankenhausspiegel als ein gutes Instrument für Patienten, um im Gespräch mit ihrem Haus- oder Facharzt die beste Klinik zur Behandlung zu finden. Er biete auch den Ärzten einen Überblick, den sie vorher nicht hatten. So werden für die einzelnen Kliniken für verschiedene Erkrankungen oder Operationen Fallzahlen und Komplikationsraten aufgelistet und eingeordnet.

dpa

Pharmazeutische Zeitung - Online

USA: Neues Antibiotikum gegen MRSA zugelassen

In den USA kommt ein neues Antibiotikum gegen akute bakterielle Haut- und Hautstruktur-Infektionen auf den Markt. Zu diesen ernsten Erkrankungen (in Europa als komplizierte Haut- und Weichteilinfektionen bezeichnet) zählen unter anderem Abszesse, Geschwüre und Superinfektionen. Tedizolidphosphat soll unter anderem gegen Methicillin-resistente Staphylococcus-aureus-Bakterien

(MRSA), verschiedene Streptokokken und Enterococcus faecalis wirksam sein. Es kommt bei schweren bis lebensbedrohlichen Hautinfektionen intravenös oder oral zum Einsatz.

Tedizolidphosphat gehört wie Linezolid zu den Oxazolidinonen. Es hemmt die Proteinbiosynthese an der 50S-Untereinheit bakterieller Ribosomen. In zwei klinischen Studien mit 1315 erwachsenen Patienten linderte es bakterielle Hautinfektionen genauso effektiv wie Linezolid. Als häufigste Nebenwirkungen traten Übelkeit und Erbrechen, Kopfschmerzen, Durchfall und Benommenheit auf. Unklar ist die Sicherheit und Wirksamkeit bei Patienten mit Neutropenien, die mit alternativen Therapien behandelt werden sollten.

Die US-Arzneimittelbehörde FDA hat Tedizolidphosphat (Sivextro[®] von Cubist Pharmaceuticals) in einem beschleunigten Verfahren zugelassen und einen um fünf Jahre verlängerten Patentschutz gewährt. Auch in der EU hat der Hersteller im Februar 2014 einen Zulassungsantrag eingereicht. Eine Entscheidung wird hier in der ersten Jahreshälfte 2015 erwartet. (db)

24.06.2014 | PZ
Foto: Fotolia/Rovagnati

[Weitere Nachrichten](#)

Das könnte Sie auch interessieren

[Antibiotika 2011: Neue Wirkstoffe, aber kein Durchbruch](#)

Von Jens Schmitz und Ulrike Holzgrabe / Nachdem zur Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert die meisten unserer heute bekannten Mikroorganismen gefunden ...

[Neues Antibiotikum in den USA](#)

Das Glykopeptid-Antibiotikum Dalbavancin (DalvanceTM, Durata Therapeutics) hat von der US-amerikanischen Arzneimittelbehörde FDA die Zulassung ...

[Neues Cephalosporin gegen MRSA zugelassen](#)

Die Europäische Kommission hat dem parenteralen Antibiotikum Ceftarolininfosamil (ZinforoTM) die Zulassung erteilt. Laut Hersteller Astra-Zeneca ist es ...

WELT

Antibiotika

22.06.14

Bakterien schlagen mit voller Wucht zurück

Die Warnungen der WHO werden eindringlicher: Kleine Verletzungen, die jahrzehntelang behandelbar waren, könnten wieder tödlich enden. Antibiotika und Bakterien liefern sich ein extremes Wettrennen.

Von Annett Stein

Foto: Getty Images Mediziner gingen fest davon aus, dass das Zeitalter der Infektionskrankheiten fast schon beendet ist. Mit dem Ende des Kalten Krieges und beflügelt von der Globalisierung gab es jedoch wieder eine sprunghafte Zunahme [Bild teilen](#)
Bild teilen

Sie sind eine der größten Errungenschaften der Menschheit: Antibiotika. Etliche Millionen Leben haben sie in den vergangenen Jahrzehnten weltweit gerettet – viele davon mehr als einmal. Doch die Wunderwaffen drohen stumpf zu werden: Bakterien werden zunehmend resistent gegen die Substanzen. "Mit der alternden Gesellschaft und der wachsenden Weltbevölkerung wird das Problem nicht kleiner werden", sagt Professor Michael Kresken von der Paul-Ehrlich-Gesellschaft für Chemotherapie.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) warnte vor einigen Wochen eindringlich: Bakterielle Infektionskrankheiten könnten wie vor der Entdeckung der Antibiotika wieder etlichen Menschen den Tod bringen. Die globale Zunahme der Resistenzen sei eine der Hauptgefahren für die Gesundheit.

"Es geschieht genau jetzt in jeder Region der Welt und kann jeden treffen, in jeder Altersgruppe, in jedem Land", hieß es. WHO-Vizechef Keiji Fukuda sprach von einer drohenden Nach-Antibiotika-Ära. "Simple Infektionen und kleinere Verletzungen, die seit Jahrzehnten behandelbar waren, können erneut töten."

Gefährlich bei geschwächtem Immunsystem

Resistente Bakterien seien vor allem für Menschen mit geschwächtem Immunsystem gefährlich, erklärt Kresken. "Intensivpatienten, Organtransplantierte, Frühgeburten und Verbrennungsoffer, aber auch beatmete Patienten oder solche mit Blasen- und Venenkatheter."

Viele Operationen und Eingriffe wären ohne wirksame Antibiotika in ihrer jetzigen Form unmöglich. Immer häufiger aber versagen bei bestimmten Erregern gleich mehrere der Substanzen. Die Liste der Antibiotika, die – noch – gegen solche multiresistenten Keime wirken, ist kurz.

Noch vor 100 Jahren hatten von Bakterien verursachte Krankheiten verheerende Folgen – allein an Tuberkulose starben in Europa jährlich Zehntausende Menschen. Einem aufmerksamen Forscher verdankt die Welt, dass sich dies änderte: 1928 entdeckte der Mediziner Alexander Fleming auf einem Nährboden mit Staphylokokken, dass die Bakterien nahe eines Schimmelpilzes nicht gediehen. Aus dem Pilz – *Penicillium notatum* – wurde das erste Antibiotikum isoliert: das Penizillin.

Fünf Jahre nach Einführung wirkungslos

"Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges wurde Penizillin großflächig eingeführt", sagt Kresken. "Fünf Jahre später waren schon die Hälfte der *Staphylococcus-aureus*-Stämme resistent dagegen." Resistente Pneumokokken seien erstmals in den 60er Jahren aufgetaucht, bei den A-Streptokokken dagegen wirke Penizillin bis heute immer. "Ob und wie schnell Bakterien unempfindlich gegenüber einem Wirkstoff werden, hängt stark von der Spezies ab."

Resistenzen sind ein ganz natürliches Phänomen. "Resistente Bakterien findet man beim Eisbär am Nordpol bis zum Pinguin am Südpol", betont Kresken. Viele Mikroorganismen bilden für Bakterien giftige Substanzen, um sich zu schützen. Immer wieder gelingt es einzelnen Bakterien, diese Barriere zu überwinden: Sie werden resistent gegen die Substanz. Damit haben sie einen Überlebensvorteil und vermehren sich stärker als ihre weiterhin empfindlichen Artgenossen.

Bis in die 80er Jahre habe es kaum Probleme mit resistenten Bakterien gegeben, sagt Kresken. Viele Mediziner gingen fest davon aus, dass das Zeitalter der Infektionskrankheiten endgültig beendet ist. Mit dem Ende des Kalten Krieges und beflügelt von der Globalisierung habe es dann eine sprunghafte Zunahme gegeben. "Wenn heute in Indien ein resistentes Bakterium auftaucht, dann reist es schnell um die ganze Welt», so der Mikrobiologe. "Ist ein solcher Stamm erst mal eingeschleppt, ist er schwer wieder loszuwerden."

Gefürchtete Keime

Bei der Tuberkulose gehen nach WHO-Daten bereits etwa vier Prozent der Neuerkrankungen auf eine Erregergruppe zurück, die mit den gängigen Medikamenten nicht mehr behandelbar ist. Bei immer mehr anderen Keimen gibt es ähnliche Probleme. Gefürchtet sind zum Beispiel sogenannte MRSA, Methicillin-resistente *Staphylococcus aureus*. *S. aureus* kommt auf der Haut und in den oberen Atemwegen von etwa einem Drittel aller Menschen vor, verursacht aber meist keine Krankheitssymptome.

Bei günstigen Bedingungen oder einem schwachen Immunsystem kann das Bakterium jedoch zu lebensbedrohlichen Entzündungen und Sepsis führen. MRSA-Stämme des Bakteriums, die gegen β -Lactam-Antibiotika und oft auch gegen andere Antibiotikaklassen resistent sind, lassen sich dann nur schwer in Schach halten. Sie verursachen vor allem in Kliniken eine Vielzahl von Todesfällen.

In Brasilien erkrankte kürzlich erstmals ein Mensch an einem MRSA-Stamm, der selbst gegen Vancomycin – bisher Mittel der letzten Wahl – resistent ist. Eine Verbreitung des Stammes könne zu ernststen Problemen führen, warnten Forscher um Cesar Arias von der University of Texas Medical School in Houston im "New England Journal of Medicine".

Besiedelt mit Bakterien – aber nicht krank

Als großes Problem sehen Experten auch die ESBL-bildenden Enterobakterien an. ESBL steht für Extended-Spectrum Beta-Lactamasen. Das sind von den Bakterien gebildete Enzyme, die viele β -Lactam-Antibiotika mit breitem Wirkungsspektrum wie Penizilline und Cephalosporine spalten und damit wirkungslos machen können.

Vor allem Darm, Harnwege und obere Atemwege können mit ESBL-Bildnern besiedelt sein – ohne dass diese krank machen. Kritisch wird es erst, wenn ein Mensch an einem anderen Leiden erkrankt: Die harmlosen Bakterien können ihr Resistenz-Wissen dann an den Erreger übertragen, der dann viel schwerer zu bekämpfen ist. "Die Zahlen steigen stark", sagt Kresken. "Und anders als MRSA sind sie kein krankenhaushygienisches Problem, sondern die Patienten bringen sie schon mit in die Klinik."

Eine Studie in Bayern habe ergeben, dass dort sechs bis zehn Prozent der Bevölkerung ESBL-bildende *Escherichia coli* tragen, sagt Prof. Lothar Kreienbrock von der Tierärztlichen Hochschule Hannover. "Dieser Wert ist tendenziell auf ganz Deutschland übertragbar."

Mangel an neuen Antibiotika

In einigen anderen Ländern sei die Entwicklung weit bedenklicher, ergänzt Kresken. "In einer chinesischen Studie fanden sich bei bis zu 90 Prozent der untersuchten Medizinstudenten ESBL-*E. coli*-Bakterien." Ein weiterer Faktor macht ESBL-Bildner riskant: Es werden derzeit kaum neue Substanzen dagegen entwickelt, weil es schwierig ist, Stoffe zu finden, die die Zellwand dieser Bakterien durchdringen können und die nicht gleich zerstört oder wieder ausgeschleust werden.

Der Mangel an neuen Antibiotika ist ein grundsätzliches Problem. "Die Gewinnmargen der Pharmabranche bei der Vermarktung von Antibiotika sind in den vergangenen Jahren gefallen. Mit chronischen Krankheiten ist viel mehr Geld zu verdienen", erklärt Kresken. "Außerdem verbrauchen sich Antibiotika wegen der Resistenzen." Schließlich müssten sie sich auch noch bei jeder der kurzen Therapien gegen andere Präparate behaupten. Solche Medikamente zu entwickeln, sei daher für die großen Unternehmen der Branche nur wenig attraktiv.

Weniger Innovationen innerhalb von Jahrzehnten

Zwischen 1983 und 1992 wurden allein in den USA 30 neue Antibiotika zugelassen, von 2003 bis 2012 nur noch 7, wie Mark Woolhouse von der University of Edinburgh und Jeremy Farrar von der Forschungstiftung Wellcome Trust in London im Fachmagazin «Nature» schreiben. Vor zwei Jahren verlängerten die USA den Patentschutz für solche Wirkstoffe, um die Firmen im Land zu mehr Forschung zu animieren.

Ist diese Frist abgelaufen, steigen andere Firmen in die Produktion ein. Deren Nachahmerprodukte – sogenannte Generika – werden meist viel billiger angeboten. "Solche Antibiotika-Präparate kosten oft nur ein paar Euro, weniger als eine gute Tafel Schokolade", kritisiert Kresken. "Das sind Lebensretter – und sie werden so verramscht." Die Folgen zeige das Beispiel bestimmter Fluorchinolone: Ihr Preis sei nach Ablauf des Patentschutzes deutlich gefallen – und daraufhin die Zahl der Verschreibungen stark gestiegen. "Ein solches Breitband-Antibiotikum ist aber viel zu wertvoll für eine breite Anwendung", betont Kresken.

Immer wieder verordnen Ärzte unnötig ein Antibiotikum. Mitunter ist es aber auch der Patient, der bei Husten, Schnupfen und Heiserkeit gleich ein solches Präparat fordert. Untersuchungen zeigen, dass dies bei 90 Prozent der Atemwegsinfektionen weder sinnvoll noch nötig ist.

Deutschland im unteren Mittelfeld

Etwa 38 Millionen Antibiotikaverordnungen gibt es in Deutschland allein im ambulanten Bereich jährlich. 500 bis 600 Tonnen Antibiotika werden dabei in der ambulanten Humanmedizin eingesetzt – 85 bis 90 Prozent des Gesamtbedarfs. Im europäischen Vergleich liege Deutschland damit im unteren Mittelfeld, sagt Kresken. In Griechenland, Frankreich, Italien und Belgien würden teils mehr als doppelt so viele Antibiotika verschrieben.

Die Zahl der Verordnungen sei in den vergangenen Jahren zwar nicht nennenswert gestiegen, es würden aber immer mehr breit wirkende Antibiotika wie Cephalosporine und Fluorchinolone eingesetzt. "In skandinavischen Ländern werden solche Reserveantibiotika viel sparsamer verwendet." Auch beim Thema Vorsorge und Hygiene ließe sich deutlich

nachbessern – wie zum Beispiel die deutlich geringere Zahl an MRSA-Fällen in den Niederlanden zeigt.

Groß sind dabei die Unterschiede zwischen Kliniken, oft auch schon zwischen einzelnen Stationen einer Klinik. Hygienemaßnahmen wie das Desinfizieren der Hände bei jedem neuen Patienten sind dabei entscheidend. "Für die Krankenschwester ist das aber leider oft auch eine Zeitfrage", sagt Kresken. Oft sei am Personal gespart worden, um die Kosten zu senken. Wünschenswert seien auch mehr ansteckungsmindernde Einzelzimmer.

Resistenzen in der Anwendung am Tier

Ein dritter Ansatzpunkt neben Pharmaforschung und Humanmedizin ist die Tierhaltung. Allein in Deutschland wurden dort im Jahr 2012 rund 1600 Tonnen Antibiotika eingesetzt, heißt es im Bericht "GERMAP 2012" der Paul-Ehrlich-Gesellschaft für Chemotherapie zu Antibiotikaverbrauch und Resistenzen. Bei Tierarten, bei denen häufig Antibiotika eingesetzt werden – neben Schweinen vor allem Puten und Hähnchen – treten deutlich häufiger Resistenzen auf.

Das wirkt sich auch auf die Menschen aus, die die Tiere untersuchen: 40 Prozent aller Tierärzte, die vornehmlich Schweinebestände betreuen, tragen nach Studienergebnissen MRSA. In den Niederlanden werden Patienten darum schon bei der Aufnahme in die Klinik vorbeugend gefragt, ob sie als Tierarzt oder in einem Schlachthaus arbeiten. "Sie werden dann entsprechend isoliert und gezielt auf MRSA untersucht", erklärt Kreienbrock. Eine Studie im Zuge des Resistenz-Forschungsverbundes Reset habe kürzlich gezeigt, dass in 80 Prozent der deutschen Schweinehaltungen und in allen Geflügelbetrieben resistente Darmbakterien vorkommen. "Wird Fleisch gegart, kommt davon nichts an beim Menschen", betont der Epidemiologe. "Sushi aus Putenfleisch wäre allerdings keine so gute Idee."

"Fast ein gängiger Futterzusatz"

Inwiefern resistente Erreger aus der Tierhaltung über die jährlich 30 Millionen Tonnen auf Feldern ausgebrachte Gülle in die menschliche Nahrungskette gelangen, sei bisher nicht umfassend geklärt. Studien im Labor wiesen darauf hin, dass es über die Pflanzen einen Resistenztransfer geben kann. "Ob das unter praktischen Bedingungen tatsächlich relevant ist, wird derzeit in unserem Forschungsverbund untersucht."

Vor allem in den USA und in Asien würden Antibiotika nach wie vor als Leistungsförderer eingesetzt, erklärt Kreienbrock. "Das ist missbräuchlich schon fast ein gängiger Futterzusatz." In Deutschland sähen die Leitlinien einen vorbeugenden Einsatz nicht vor – was allerdings nicht bedeute, dass er nicht vorkomme. Seit 1. April des Jahres seien Landwirte verpflichtet, zu melden, wie viel Antibiotika sie ihren Tieren geben. "Das wird uns helfen zu klären, woran es liegt, dass in bestimmten Betrieben besonders viele Antibiotika eingesetzt werden."

Das Bewusstsein, dass mit Antibiotika sparsamer umgegangen werden muss, entwickle sich bei den Landwirten bereits, sagt Kreienbrock. "Aber es braucht immense Anstrengungen, eine Haltung so anzupassen, dass immer weniger Tiere behandelt werden müssen. Das dauert nun mal Jahre." In die Haltung dürfe möglichst wenig Kot und Dreck gelangen, der Stall müsse nach jedem Tierdurchgang leicht komplett zu reinigen und zu desinfizieren sein, Nachschub für den Stall solle möglichst nur von einem Züchter und nicht von mehreren gekauft werden. "Generell ist eine geschlossene Haltung mit möglichst wenig Außenkontakt von Vorteil."

"Reduzierung ist der richtige Weg"

Hauptziel müsse es sowohl in der Humanmedizin als auch bei der Tierhaltung sein, die Häufigkeit der Antibiotikaeinsätze weltweit zu mindern, betont Kreienbrock. "Ich bin tief überzeugt: Die Reduzierung ist der richtige Weg." Neue Reserveantibiotika zu entwickeln sei zwar wichtig. "Aber in dem Moment, in dem wir einen neuen Wirkstoff haben, haben wir auch neue Resistenzen."

Derzeit werden stündlich 20 Tonnen Antibiotika weltweit produziert, wie es in «Nature» heißt. Allein in Indien hätten sich die Antibiotikaverkäufe zwischen 2005 und 2010 verfünffacht. Bisher sei die Reaktion der Weltgemeinschaft auf die Bedrohung durch Antibiotikaresistenzen lahm, bemängeln Woolhouse und Farrar in ihrem Kommentar. Sie fordern die Einrichtung einer zwischenstaatlichen Institution ähnlich dem Weltklimarat (IPCC).

Die Problematik sei vergleichbar. "Beides sind globale Prozesse, für die vor allem der Mensch verantwortlich ist. Bei der Antibiotikaresistenz beeinflusst wie beim Klimawandel das Vorgehen eines Landes viele andere." Und die Ausrottung der Pocken zeige, wie erfolgreich eine koordinierte internationale Gesundheitskampagne sein kann. Auch Kresken sieht den Kampf gegen die Resistenzen als globale Aufgabe. "Das geht nur zusammen", betont er. Im vergangenen Jahrhundert habe sich die Lebenserwartung in Europa vor allem auch wegen der Antibiotika auf etwa 80 verdoppelt. "Dass nicht zu verlieren, muss uns etwas wert sein." dpa

ISN

30.06.2014 

Herr der Ringelschwänze mit wenig Gefolge?

Die Zeitung Welt am Sonntag hat die von Niedersachsens Landwirtschaftsminister Christian Meyer beabsichtigte Ringelschwanzprämie in einem Bericht mit dem Thema Herr der Ringelschwänze aufs Korn genommen. Redakteur Ulrich Exner arbeitet dabei sehr sachlich die Zusammenhänge auf – u.a. stellt er die berechtigte Frage: Doch profitieren auch die Tiere davon?

Andere grüne Länder folgen nicht

Besonders interessant in dem Beitrag ist die Beschreibung der Haltung der anderen Bundesländer mit grünen Agrarministerien. Zitat: Die grün geführten Landwirtschaftsministerien in Kiel, Düsseldorf und Mainz ließen auf Anfrage der ‚Welt am Sonntag‘ mitteilen, dass sie Niedersachsens Initiative nicht folgen wollten. Die Ringelschwanzprämie sei zwar ‚ein interessanter Ansatz‘, hieß es zum Beispiel in Kiel, man selbst werde allerdings am eigenen Kurs festhalten und lieber den Bau von tiergerechten Ställen fördern. Die Landestierschutzbeauftragte aus Baden-Württemberg Cornelia Jäger habe die Ringelschwanzprämie sogar als riskant bezeichnet, so die Zeitung.

Während Christian Meyer aus Sicht der ISN seiner Ideologie ohne Wenn und Aber folgt, haben seine grünen Amtskollegen bzw. Kolleginnen die Brisanz einer Ringelschwanzprämie also längst erkannt.

AbL bleibt an der Leine

Einzig die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) folgt ihrem Verbündeten, dem Minister aus der Hauptstadt an der Leine, treu und unterstützt ihn laut eigener Pressemeldung gegen Kritik an dessen Ringelschwanzprämie.

Wieder einmal wurde der schon jüngst von Minister Meyer besuchte Neuland-Betrieb Schulz gegenüber dem Welt-Redakteur Exner von der AbL als Vorbild in Sachen Kupierverzicht genannt. Zudem hätte man laut AbL-Pressemeldung sogar weitere Betriebe zur Besichtigung anbieten können. Dabei geben selbst Insider von Neuland Probleme mit Schwanzbeißen in den eigenen Betrieben zu. Warum wird die Ringelschwanzprämie von der AbL so verteidigt? Will man diese Einnahmequelle aus öffentlichen Töpfen nutzen?

Die ISN stellt dagegen klar: Keine Ringelschwanzprämie zu Lasten des Tierschutzes!

Apropos Neuland: Die ISN wartet übrigens immer noch auf die von AbL-Presseprecher Eckehard Niemann aufgeworfenen Fragen zu den Ungereimtheiten im Neuland-Programm! Wurde hier ein Maulkorb verhängt? So war die Vermutung der ISN schon damals.

Ringelschwanzprämie und Initiative Tierwohl sind zwei Paar Schuhe

Und bevor wieder das Argument kommt, der Ringelschwanzbonus im Rahmen der Initiative Tierwohl sei doch vergleichbar, entgegnet ISN-Geschäftsführer Dr. Torsten Staack: Das sind zwei Paar Schuhe. Richtig ist: Ein Schweinehalter kann den Ringelschwanzbonus von 6 € je Schwein im Rahmen der Initiative Tierwohl nur bekommen, wenn er sich stufenübergreifend und begleitet von intensiver Beratung langsam an das Thema herantastet. Erst wenn es aufgrund der Ergebnisse in kleinen Tiergruppen verantwortbar ist, kann er diesen Bonus für seinen ganzen Betrieb in Anspruch nehmen. Dann gibt es den Ringelschwanz-Bonus allerdings zusätzlich zu den übrigen Boni aus dem Kriterienkatalog. In der Summe können die Boni bei der Initiative Tierwohl sogar bei weit über 20 € je Schwein liegen und damit auch höher als der beabsichtigte niedersächsische Ringelschwanzbonus. Aber das ist nicht entscheidend - sondern vielmehr, dass die Vorgehensweise in den beiden Systemen grundverschieden ist.

Staack vergleicht die Systeme mit dem Straßenverkehr: Während die Meyersche Ringelschwanzprämie einer Fahrt mit Höchstgeschwindigkeit durch den Nebel gleich kommt, ist die Fahrgeschwindigkeit bei der Initiative Tierwohl – wie übrigens auch bei der NRW-Initiative – den Straßenverhältnissen angepasst. Welche Gefahr jeweils besteht, kann jeder selbst einschätzen.

AgrarZeitung

Kommentar

26. Juni 2014, 16:35 Uhr **Pfälzer Wein**
Brigitte Stein zum Deutschen Bauerntag

Die deutschen Ackerbauern haben gut verdient. Die deutschen Tierhalter sind mit ihrer Initiative Tierwohl auf dem Weg, Kritik auszuräumen. Die deutsche Bauernschaft scheint vor Selbstbewusstsein zu strotzen. Jeder Betrieb ist nun aufgerufen, vor Ort mit mehr aktiver Öffentlichkeitsarbeit für den Berufsstand zu werben. Der mahrende Ausspruch des DBV-Präsidenten Joachim Rukwied: „Nach der Reform ist vor der Reform“ ändert nichts an der ruhigen Zufriedenheit, die in Bad Dürkheim zu spüren war.

Der Ort im Obst-, Gemüse- und Weinbaugebiet Pfalz bot eine anschauliche Kulisse für das einzige verbliebene Klage Thema des DBV: den Mindestlohn. Wenn der Mindestlohn für Erntehelfer kommt, sei das Standortpolitik gegen den arbeitsintensiven Anbau von Sonderkulturen in Deutschland, wettet Norbert Schindler, Vertreter der Landwirtschaft vor Ort. Erdbeeren und Spargel aus Deutschland werden dann den Verbraucher so teuer zu stehen kommen, dass er lieber zu Importen greifen wird.

„Dann legen wir die Bäume um“, malt er eine drastische Drohkulisse inmitten von Obstplantagen und Weinbergen. Erzeuger in Frankreich oder, schlimmer noch, in Rumänien und Bulgarien könnten dann das Geschäft mit den Sonderkulturen machen. Die dortigen niedrigen Lohnkosten wiegen die Logistikkosten auf, wenn Einzelhandel und Verbraucher weiterhin kostenorientiert einkaufen. Die Landwirtschaft und Kulturlandschaft in der Pfalz werde sich drastisch ändern, kündigt Schindler an. Sicher kein schöner Gedanke – gerade im beschaulichen Bad Dürkheim.

Dass Veränderungen in der Kulturlandschaft allerdings zur freien unternehmerischen Entscheidung gehören, darauf hat kurz zuvor der DBV-Präsident gepocht. Er will nicht hinnehmen, dass die Politik den Grünlandumbruch unterbinden will. Veränderungen der Kulturlandschaft habe es immer gegeben. Schließlich müssten den landwirtschaftlichen Betrieben alle Möglichkeiten offenstehen, sich weiterzuentwickeln, damit Landwirtschaft auch für den Nachwuchs attraktiv bleibt. Denn der Berufsstand stehe am Arbeitsmarkt in starkem Wettbewerb zu anderen Berufsgruppen. Kein Gedanke, ob es an der geringen Entlohnung für Auszubildende liegen könnte, die ja offenbar noch unter dem avisierten Mindestlohn rangiert.

Ganz warmherzig schenkt Malu Dreyer, die Landesmutter von Rheinland-Pfalz, in ihrem Grußwort den Bauernvertretern zum Thema Mindestlohn reinen Wein ein. Allzu viele Ausnahmen könne es nicht geben: „Menschen, die harte Arbeit leisten, müssen auch entsprechend entlohnt werden.“ Dafür habe Rheinland-Pfalz und habe gerade sie persönlich als Arbeits- und Sozialministerin schon lange gekämpft. Sie bleibt dabei werbend im Tonfall und bittet herzlich um Verständnis.

Die Versammlung der Delegierten murt zwar deutlich. Von großen Proteststürmen ist die eigentlich recht zufriedene Zuhörerschaft aber weit entfernt. Bereits in der Pressekonferenz blieben die Funktionäre die Antwort schuldig, wie stark sich der Mindestlohn auf die Einzelprodukte auswirken wird. Zu unklar ist, wie viel dem Verbraucher frisches Obst und Gemüse - oder Wein - aus Deutschland wert sind.

Vermutlich wissen Rukwied und Kollegen bereits, dass auch sie ihren Mitgliedern eigentlich reinen Wein einschenken müssen: Nur eine gute Bezahlung sorgt dafür, dass der Landwirtschaft auch in Zukunft genügend motivierte Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Denn der Wettbewerb findet nicht nur auf den Absatzmärkten, sondern auch am Arbeitsmarkt statt.

Heute im Bundestag Nr. 347

1.7.2014

05. Ammoniakemissionen aus der Tierhaltung

Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/JOH) Wie sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Ammoniakemissionen seit dem Jahr 2005 entwickelt haben, will die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen mittels einer Kleinen Anfrage ([18/1899](#)) erfahren. Außerdem fragt sie, welche ökologischen und/oder gesundheitlichen Schäden das gegenwärtige Level an Ammoniakemissionen, insbesondere in der näheren Umgebung großer Mastanlagen, verursacht und mit welchen Folgekosten dieser Schäden in welchen Bereichen zu rechnen ist. Darüber hinaus erkundigen sich die Grünen nach den Maßnahmen, die Deutschland seit 2005 ergriffen hat, um die Ammoniakemissionen aus der Tierhaltung zu reduzieren.

SPIEGEL ONLINE

1.7.2014

Ranking: Das sind Deutschlands größte Familienunternehmen

Sie sind das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, doch nun leiden Deutschlands Familienunternehmen unter Wachstumsschwäche. Laut einer Studie sind ihre Umsätze 2013 kaum gestiegen. Die größten 50 Firmen und Konzerne im Überblick.

Hamburg - Deutschlands Familienunternehmen sind im vergangenen Jahr kaum noch gewachsen. Das geht aus einer Studie des Stuttgarter Instituts für Familienunternehmen (IFF) hervor, die SPIEGEL ONLINE vorliegt.

Die 50 größten deutschen Unternehmen, bei denen eine Einzelperson oder eine Unternehmerfamilie das Sagen hat, erwirtschafteten im Jahr 2013 demnach einen addierten Umsatz von 938 Milliarden Euro. Ein Jahr zuvor waren es 930 Milliarden Euro.

Familienunternehmen gelten in Deutschland als wichtiger Wirtschaftsfaktor. Nach Angaben des Bundesverbands der Deutschen Industrie sind 90 Prozent der vier Millionen deutschen Betriebe von Familien oder Inhabern geführte Firmen. Laut dem Institut für Mittelstandsforschung stellen sie mehr als die Hälfte aller Arbeitsplätze in Deutschland.

Eine Ursache für die Wachstumsflaute ist der starke Euro, durch den Mehreinnahmen in einer anderen Währung teils verlorengehen. Gerade Familienunternehmen, die in Schwellenländern wie China, Russland, Indien oder Russland 2013 stark engagiert waren, bekamen diesen Effekt zu spüren.

Eine weitere Ursache ist die Scheu der Familienunternehmen vor Übernahmen. "Viele Familienunternehmen sind derzeit noch vorsichtig, Schieflagen wie bei der Familie Merckle oder auch die höchst riskante Übernahme von [Continental](#) durch [Schaeffler](#) sind noch nicht vergessen", sagt Mark Binz, Vorstand des IFF und Partner der auf die Beratung von Familienunternehmen spezialisierten Stuttgarter Anwaltskanzlei Binz & Partner.

Trotz schwachem Umsatzwachstum stieg die Anzahl an Mitarbeitern der Top-50-Familienunternehmen im Jahr 2013 auf 3,7 Millionen Personen, ein Plus von 2,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Bei 34 Unternehmen erhöhte sich die Zahl der Beschäftigten.

[Klicken Sie auf die Bilderstrecke](#), um einen Überblick über die zehn größten Familienunternehmen Deutschlands zu bekommen.

Das sind die 50 größten Familienfirmen Deutschlands.

(Zur Sortierung klicken Sie auf die Spaltenköpfe)

| | | | | |
|----|----|--|--------|--------|
| 1 | 1 | Volkswagen ^[1] | 197007 | 192676 |
| 2 | 2 | BMW ^[1] | 76058 | 76848 |
| 3 | 4 | Schwarz-Gruppe ^[2] | 67600 | 63400 |
| 4 | 3 | Metro ^{[1][2][5]} | 65042 | 66739 |
| 5 | 5 | Aldi Nord/Süd ^[3] | 62200 | 62200 |
| 6 | 6 | Bosch-Gruppe ^[4] | 46400 | 45200 |
| 7 | 7 | Continental ^[1] | 33331 | 32736 |
| 8 | 9 | Phoenix Pharmahandel ^[2] | 21219 | 21661 |
| 9 | 11 | Fresenius ^[1] | 20331 | 19290 |
| 10 | 10 | Heraeus Holding ^[6] | 17040 | 19968 |
| 11 | 12 | Marquard & Bahls | 16977 | 18259 |
| 12 | 14 | Bertelsmann | 16356 | 16065 |
| 13 | 13 | Henkel ^[1] | 16355 | 16510 |
| 14 | 15 | Boehringer Ingelheim | 14065 | 14691 |
| 15 | 16 | HeidelbergCement ^[1] | 13936 | 14020 |
| 16 | 17 | Rethmann ^[3] | 12000 | 12000 |
| 17 | 18 | Otto Group ^[2] | 11784 | 11597 |
| 18 | 19 | Schaeffler-Gruppe | 11205 | 11125 |
| 19 | 20 | Tengelmann ^[3] | 11080 | 11080 |
| 20 | 22 | Fresenius Medical Care ^{[1][7]} | 11000 | 10741 |
| 21 | 21 | Dr. August Oetker | 10844 | 10942 |

| | | |
|--|-------|-------|
| 22 23 Merck ^[1] | 10700 | 10741 |
| 23 24 Würth | 9745 | 9985 |
| 24 25 Helm | 9666 | 9978 |
| 25 26 Maxingvest | 9603 | 9608 |
| 26 27 Liebherr | 9086 | 9090 |
| 27 30 dm-drogerie markt ^[2] | 7690 | 6872 |
| 28 29 Droege | 7600 | 7400 |
| 29 28 Benteler | 7425 | 7452 |
| 30 34 Mahle | 6941 | 6159 |
| 31 31 C&A ^{[2][3]} | 6790 | 6790 |
| 32 32 Globus Holding ^[2] | 6680 | 6460 |
| 33 37 Rossmann | 6640 | 5947 |
| 34 33 Freudenberg | 6623 | 6322 |
| 35 36 Beiersdorf ^[1] | 6141 | 6040 |
| 36 35 Knauf Gips ^[3] | 6100 | 6100 |
| 37 38 Voith ^[2] | 5728 | 5724 |
| 38 42 Tönnies | 5600 | 5000 |
| 39 39 DKV Mobility Services Group | 5500 | 5340 |
| 40 40 E/D/E | 5200 | 5310 |
| 41 41 B. Braun Melsungen | 5170 | 5048 |
| 42 45 Hella ^[2] | 4999 | 4810 |
| 43 43 Bauhaus ^[3] | 4995 | 4995 |
| 44 50 Dachser | 4990 | 4410 |
| 45 44 Theo Müller | 4900 | 4900 |
| 46 49 Brose | 4779 | 4495 |
| 47 48 Deichmann | 4600 | 4500 |
| 48 47 Wacker Chemie ^[1] | 4479 | 4635 |
| 49 51 Knorr-Bremse | 4303 | 4300 |
| 50 53 Claas Gruppe | 3825 | 3436 |

^[1] börsennotiert

^[2] Geschäftsjahr 2012/2013 bzw. 2011/2012;

^[3] Unternehmensangaben bzw. Schätzungen für das Geschäftsjahr 2012 bzw. 2011/2012

^[4] geänderte Rechnungslegung

^[5] Geschäftsjahresumstellung; Umsatz 2013 für Rumpfgeschäftsjahr 01.01. bis 30.09.2013 plus Q1 2013/2014

^[6] Produktumsatz und Edelmetall-Handelsumsatz

^[7] Angaben von Dollar in Euro umgerechnet

Quelle: Institut für Familienunternehmen; Angaben zum Teil gerundet; Stand: 17. Juni 2014

TTIP: Bauernverband fordert Zollkontingente

Tierschutz- und Umweltauflagen sind in den USA nicht streng wie in der EU und führten zu Wettbewerbsnachteilen. Daher fordert der Deutsche Bauernverband bei einem Freihandelsabkommen Zollkontingente.

Bei einer Anhörung des Agrarausschusses des Deutschen Bundestages zur Transatlantischen Freihandels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) machte Udo Hemmerling, stellvertretender Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes (DBV) deutlich, dass neben den notwendigen Standards im Verbraucher- und Umweltschutz auch der 'Produzentenschutz' beachtet werden müsse. "Tierschutz- und Umweltauflagen sind in Nordamerika nicht so kostenaufwändig wie in der EU und führen somit zu Wettbewerbsnachteilen der hiesigen Produzenten", betonte Hemmerling.

Der [DBV](#) fordere daher von der EU-Kommission, insbesondere die Sektoren "Rind-, Geflügel- und Schweinefleisch sowie Zucker" als sensibel zu definieren, so dass hier der Handel durch die Gewährung von Zollkontingenten weiter so geregelt bleibe, dass keine Marktverwerfungen eintreten.

Kanada als Vorbild

Neben diesen Risiken sieht der Bauernverband aber auch Chancen für den Export von hochwertigen, verarbeiteten landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Hierzu zählten aus deutscher Sicht vor allem Milchzeugnisse, Wurstwaren, Süßwaren und Getränke. Nach Einschätzung des Deutschen Bauernverbandes kann das Handelsabkommen 'CETA' zwischen der EU und Kanada durchaus als Vorbild dienen, wenn es um die Absicherung der EU-Standards geht. So habe Kanada im CETA-Abkommen sowohl die europäische Gesetzgebung für gentechnisch veränderte Pflanzen als auch das europäische Verbot des Einsatzes von Hormonen und Wachstumsförderern in der Tierproduktion akzeptiert. Zudem habe Kanada den Schutz von geografischen Herkunftsbezeichnungen der EU anerkannt.

Bisher geringer Agrarhandel

"Im Vergleich zur Größe der Absatzmärkte fällt der Agrarhandel zwischen Deutschland und den USA bisher noch relativ gering aus", schätzte Udo Hemmerling, stellvertretender Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes (DBV) die Ausgangslage in den bilateralen Handelsverhandlungen ein.

Im Jahr 2013 hat Deutschland aus den USA Agrargüter und Lebensmittel in Höhe von etwa 2,26 Milliarden Euro importiert. Bei den Agrarimporten aus Drittländern liegen die USA damit auf Platz zwei hinter Brasilien und vor China. Deutschland importiert aus den USA vor allem Eiweißfuttermittel, Nüsse und alkoholische Getränke. Die Agrarexporte beliefen sich auf etwa 1,6 Milliarden Euro. Die USA sind damit der zweitwichtigste Drittlandsmarkt für deutsche Agrarexporte hinter Russland und vor der Schweiz. Wichtigste Export-Produkte sind alkoholische Getränke, Kaffee, Backwaren, Milchprodukte und lebende Tiere.

- [TTIP: Schmidt sieht noch viel Verhandlungsbedarf \(18. Juni\) ...](#)
- [Bundesinstitut bewertet US-Chlorhähnchen als unbedenklich \(11. Juni\) ...](#)
- [Umfrage: Deutsche wollen keinen US-Standard bei Lebensmitteln \(14. April\) ...](#)

pd

[Bio](#) | 01.07.2014 [agrarheute.com](#) 

Bedeutet ökologischer Landbau auch eine größere Artenvielfalt?

München - Eine aktuelle Studie kommt zu dem Ergebnis, dass Ökolandbau die Artenvielfalt auf Ackerflächen fördert. Wichtig ist eine gezielte Förderung; entscheidend ist die Vielfalt der Lebensräume.

Fördern der ökologische Landbau und extensive Formen der Landnutzung die Biodiversität? Ein internationales Team untersuchte im Zeitraum von 2010 bis 2013 diese Frage anhand einer Studie in zehn europäischen und zwei afrikanischen Regionen. An der Studie war auch die Technische Universität München (TUM) beteiligt. Wie sie berichtet, lautet die Antwort: "Im Prinzip ja".

Doch sei neben der Art und Intensität der Bewirtschaftung auch die Anzahl an unterschiedlichen Lebensräumen entscheidend. Auch Öko-Betriebe müssten Artenvielfalt gezielt fördern, indem sie zum Beispiel zusätzliche artenreiche Lebensräume erhalten. Zudem sei das Vorkommen seltener oder gefährdeter Arten nicht von der ökologischen Bewirtschaftung abhängig.

Mehr auf dem Ackern, keine Unterschiede auf der Wiese

"Vom Ökolandbau profitiert die Artenvielfalt von Pflanzen und Wildbienen besonders. Die beobachteten Vorteile konzentrieren sich jedoch vor allem auf Ackerflächen“, fasst Prof. Kurt-Jürgen Hülsbergen von der TUM die Ergebnisse zusammen. Sein Lehrstuhl führte die Analysen in 16 bayerischen Milchviehbetrieben durch.

Während die Forscher auf Bio-Äckern deutlich mehr Arten fanden als auf Nicht-Bio-Äckern, war dies auf Wiesen oder in Rebkulturen nicht der Fall. Die vier Artengruppen Pflanzen, Regenwürmer, Spinnen und Wildbienen, die stellvertretend für die große Vielfalt an Lebewesen untersucht wurden, profitierten in unterschiedlichem Maß vom Ökolandbau, berichtet die TUM. Auf Öko-Flächen wurden mehr Pflanzen- und Wildbienenarten gefunden als auf konventionellen Flächen, jedoch nicht mehr Arten an Spinnen und Regenwürmern.

Randflächen verringern Unterschiede zwischen Öko und konventionell

Wurden Arten aus Randflächen wie Hecken oder Feldrändern in den Vergleich einbezogen, so verringerten sich die Unterschiede zwischen ökologischem und konventionellem Landbau. "Offenbar kommen die auf ökologischen Äckern gefundenen Arten in den übrigen Betrieben

eher in den Randbereichen vor, und die gesamte Artenzahl verändert sich deshalb kaum", erklärt Max Kainz, Leiter des Teilprojekts an der TUM.

Auch das Vorkommen seltener oder gefährdeter Arten war laut Kainz nicht von der ökologischen Bewirtschaftung abhängig.

Vielfalt an Lebensräumen entscheidet

Die Autoren der Studie kommen zu dem Schluss, dass auch der Ökolandbau zusätzliche Lebensräume brauche. Sie empfehlen die Anzahl an Lebensräumen auf den Betrieben durch Strukturelemente wie zum Beispiel Gehölze, Grasstreifen oder Brachflächen zu erhöhen. "Erstaunlicherweise fanden wir auf den Öko-Betrieben über alle Regionen hinweg nicht mehr naturnahe Lebensräume als auf den übrigen Betrieben", berichtet Kainz.

"Es zeigte sich sehr deutlich, dass die Vielfalt an Lebensräumen entscheidend für die Artenvielfalt ist", bilanziert auch Prof. Hülsbergen und ergänzt: "Die Ergebnisse der Studie unterstreichen, wie wichtig die Erhaltung und Neuschaffung von Landschaftsstrukturen ist, wie sie mit dem Greening-Programm der EU-Agrarpolitik umgesetzt werden sollen."

Wenn sich die zusätzlichen Lebensräume vom Rest der Betriebsfläche unterscheiden, zum Beispiel Hecken in Graslandbetrieben oder Krautstreifen in Ackerbaubetrieben, würden sie die gesamte Artenzahl des Betriebes stark erhöhen.

Die Studie

Die Studie untersuchte Betriebe insgesamt zwölf Regionen mit sehr unterschiedlichen natürlichen Produktionsbedingungen. In jeder Region wurden standorttypische Betriebe zufällig ausgewählt, die Hälfte davon seit mindestens fünf Jahren zertifiziert ökologisch bewirtschaftet. So wurden zum Beispiel in der Schweiz Futterbaubetriebe, in Österreich und Südfrankreich Ackerbaubetriebe, in Italien und Spanien Betriebe mit Dauerkulturen wie Wein oder Oliven und in Uganda kleinbäuerliche Selbstversorgerbetriebe untersucht.

- [Höfken und Rukwied: "Ökolandbau nicht ausbremsen" \(26. Juni\) ...](#)
- [Ohne Maßnahmen kaum mehr Artenvielfalt auf Biobetrieben \(25. Juni\) ...](#)
- [Strukturdaten 2013 Ökofläche um zwei Prozent gewachsen \(18. Juni\) ...](#)

IDOWA

Straubing-Bogen

Landwirte setzen auf Spezialisierung - Hähnchenmast inklusive

Autor: Elisabeth Ammer

Im Rahmen des Tierschutzlabels "Für Mehr Tierschutz" stehen den Tieren in einem Hähnchenmastbetrieb sowohl Sitzstangen als auch Strohbällen sowie Tageslicht zur Verfügung. (Foto: eam)

Das Leben ist moderner geworden, die Tierhaltung auch. Während zu Großelterns Zeiten auf jedem Bauernhof Pferde, Kühe, Kälber, Schweine und Hühner zu versorgen waren, wirtschaften heute viele Betriebe viehlos oder haben sich im Bereich Viehhaltung spezialisiert - auch im Landkreis Straubing-Bogen. Da viele Verbraucher aber billige Lebensmittel wollen, setzt auch in der Hähnchenmast ein Trend zu größeren Tierbeständen ein.

Mehr über die Hähnchenmast und wie sich die Landwirtschaft gewandelt hat, lesen Sie am Dienstag, 2. Juni, in Ihrem Straubinger Tagblatt/Bogener Zeitung.

VORSICHT, Freilandhaltungs-Bedrohung? :

Agrarministerium MV

Neues Tiergesundheitsgesetz beschlossen

Heute wurde das Gesetz zur Durchführung tiergesundheitsrechtlicher Bestimmungen zum Beschluss im Landtag vorgelegt. „Eine nicht zu unterschätzende Gefahr spielt das Seuchengeschehen in der Wildtierpopulation für die Einschleppung von Tierseuchenerregern in Nutztierbestände. Umso mehr kommt es auf Einhaltung von Biosicherheit und Hygiene der Haltung in unseren Nutztierhaltungen an. Andernfalls drohen uns große Schäden in der Land- und Ernährungswirtschaft“, sagte Dr. Till Backhaus, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz, heute in Schwerin.

Neben den ‚klassischen‘ Tierseuchen wie Tollwut oder die Maul- und Klauenseuche zeigen die Blauzungenkrankheit oder das Schmallenberg-Virus, dass die Gefahren für die Tierwelt weiter zunehmen. „Derzeit stellt für uns die die Afrikanische Schweinepest in Litauen, Weißrussland und Polen eine Bedrohung dar. Deshalb müssen wir im Land gut aufgestellt sein und gerade deswegen ist das neue Tiergesundheitsgesetz so wichtig“, hob Dr. Till Backhaus hervor. Darüber hinaus hat das Landesamt für Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Fischerei (LALLF) das ASP-Monitoring hierzu intensiviert. So wurde einerseits die Probenzahl stetig erhöht, so dass sie mittlerweile bereits um das Fünffache höher liegt als im Gesamtjahr 2013. „Dem LALLF kommt beim Kampf gegen die APS eine Schlüsselrolle zu, da ein schnelles Erkennen der Seuche wichtig ist. Daher haben wir den epidemiologischen Dienst auch weiter gestärkt. Hier gilt es für Jäger, Tierhalter und Veterinäre weiter höchste Wachsamkeit zu halten“, mahnte der Minister.

Das alte Bundes-Tierseuchengesetz wurde grundlegend überarbeitet und umstrukturiert. Wie bisher enthält es Richtlinien für die Bekämpfung von Tierseuchen und Anzeigepflichten sowie Bestimmungen für Impfstoffe. Dem Schwerpunkt Prävention kommt künftig allerdings eine wesentliche größere Bedeutung zu – mit dem Gesetz wurde dafür der entsprechende rechtliche Rahmen geschaffen. Der Fokus der neuen Rechtsgrundlage liegt verstärkt auf dem Aspekt Vorbeugung: Gesetzlich verankert ist nun, dass neben den Amtstierärzten ab sofort ebenfalls Veterinäringenieure, Tiergesundheitsaufseher, amtliche Fachassistenten und Bienensachverständige anzeigepflichtige Tierseuchen melden müssen. Darüber hinaus ermöglicht der erweiterte Rechtsrahmen Monitoringmaßnahmen über den Gesundheitsstatus von Tieren, Repräsentative Proben werden regelmäßig untersucht und können somit frühzeitig Indizien für Krankheitsgefahren liefern. Die Einrichtung von Schutzgebieten, in die ausschließlich Tiere mit entsprechendem Gesundheitsstatus gebracht werden dürfen, ist ein weiteres Novum des Gesetzes.

Die Tierseuchenbekämpfung liegt wiederum in der Verantwortung der Länder. Im gesetzlichen Rahmen soll vorgegeben werden, welchen Behörden Aufgaben zur Durchführung des Tierseuchenrechts des Bundes und des entsprechenden unmittelbar geltenden EU-Rechtes übertragen werden. Außerdem ist festgeschrieben, dass die Vollzugsaufgaben von Amtstierärzten wahrzunehmen sind und dass das LALLF die zuständige Untersuchungseinrichtung für die Durchführung von amtlichen Untersuchungen im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung ist. Die Tierseuchenkasse wird als Solidargemeinschaft der Tierhalter weiterhin einen wichtigen Platz im vorhandenen System einnehmen. Desweiteren wird die Einrichtung von Krisenzentren zur Bekämpfung von gefährlichen Tierseuchen beim Land und bei den Landkreisen und kreisfreien Städten vorgeschrieben. „Ich bitte daher alle Tierhalter und Veterinäre, gerade auch im Hinblick der

Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest, sich mit der neuen Materie auseinanderzusetzen“, sagte Backhaus.

Mit besten Grüßen,
Constantin Marquardt
Pressesprecher
Ministerium für Landwirtschaft,
Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern
Paulshöher Weg 1
19061 Schwerin
Tel: +49385 588 6003
Fax: +49385 588 6026
Mobil:+491709255055
Mail: c.marquardt@lu.mv-regierung.de

NWZ

28.06.2008

MITTELSTAND

Geschulte Pflücker ernten Champignons

Wiesenhof Pilzland „produziert“ jede Woche 230 Tonnen – OM-Delegation zu Gast

DAS UNTERNEHMEN HAT AUCH STEINPILZE UND PFIFFERLINGE IM PROGRAMM. DAS SUBSTRAT IST WICHTIG.

SIGRID LÜNNEMANN



Torben Kruse (l.) und Dirk Wesjohann (r.) erläuterten Albert Focke, Stefan Ortmann und dem stellvertretenden Bürgermeister Reinhold Stukenborg (v. li.) die Wiesenhof-Champignon-Produktion.

Bild: SIGRID LÜNNEMANN

VISBEKE Einen Einblick in die rasante Entwicklung der EW Group, zu deren 43 Tochterunternehmen mit 4736 Mitarbeitern in 19 Ländern weltweit auch die [Wiesenhof](#) Pilzland Gruppe gehört, hat Geschäftsführer [Dirk Wesjohann](#) jetzt einer Delegation des Verbundes Oldenburger Münsterland (OM) mit dem stellvertretenden Präsidenten [Albert Focke](#) und Geschäftsführer [Stefan Ortmann](#) an der Spitze gegeben. Mit von der Partie waren auch [Reinhold Stukenborg](#), stellvertretender Bürgermeister der Gemeinde Visbek und [Hermann Blanke](#) vom Steinbeis-Transferzentrum Oldenburger Münsterland.

Das Gesamtunternehmen wurde 1932 von [Paul Wesjohann](#) gegründet, dessen Söhne Paul-Heinz und [Erich Wesjohann](#) den Betrieb wirtschaftlich erfolgreich weiterführten. Als 1998 die „Lohmann-Wesjohann-Gruppe“ auf die Familien von Paul-Heinz und Erich Wesjohann aufgeteilt wurde, entstanden die heutige [PHW-Gruppe](#) Lohmann & Co. AG unter der Leitung von [Paul-Heinz Wesjohann](#) und die EW Group unter der Geschäftsführung von Erich Wesjohann. Heute ist die EW Group GmbH weltweit erfolgreich in den Bereichen Geflügelgenetik, Geflügelzucht, Tiergesundheit und -ernährung, Getreidelagerung sowie in der Impfstoffeier- und Lebensmittelproduktion.

Das Tochterunternehmen Wiesenhof Pilzland produziert Champignons und vermarktet zusätzlich weitere Pilzspezialitäten wie Shitakepilze, Kräuterseitlinge und Bella Gomba. Je nach Saison gibt es auch Pfifferlinge und Steinpilze.

Bei der Champignonproduktion ist Wiesenhof Pilzland Marktführer im gesamten nordwestdeutschen Raum. Die Geschäftsführer Dipl.-Ing. agr. [Dr. Torben Kruse](#) und [Thorsten Köhler](#) führten die Besucher gemeinsam mit Dirk Wesjohann durch den Betrieb. Dabei gaben sie Einblicke in den Produktionsablauf von der Substratgewinnung über die vollklimatisierten Zuchträume bis hin zum Vertrieb.

Auf 44 000 Quadratmetern werden in den drei Standorten Visbek-Rechterfeld, Hogenbögen (Landkreis Vechta) und dem brandenburgischen Tornow jede Woche 230 Tonnen braune und weiße Champignons produziert. Diese werden vorsichtig in mühsamer Handarbeit von speziell geschulten Pflückern geerntet.

Kruse betonte, dass bereits bei der Herstellung des Substrats, auf dem später die Champignons wachsen, größter Wert auf Qualität gelegt werde. Die notwendigen Rohstoffe (Stroh/Pferdemist) werden nur von ausgesuchten landwirtschaftlichen Betrieben abgenommen, die sich zur Einhaltung strenger Auflagen verpflichtet hätten.

Nach der Aufbereitung und Sterilisation des Substrats wird Pilzmyzel eingearbeitet. Auf Aluminiumstallagen wächst der Champignon unter optimalen klimatischen Bedingungen innerhalb von drei Wochen zur Erntereife heran. Da bereits leichte Schwankungen in der Qualität des Substrats erhebliche Auswirkungen auf den Wachstumsprozess hätten, sei auch bei der Champignonzucht viel Fingerspitzengefühl und Erfahrung notwendig. Nur so könne eine gleich bleibende Qualität und Produktionsmenge gewährleistet werden.

Nach der Ernte gelangen die Champignons sortiert nach Qualität und Größe in einen speziellen Kühltunnel, wo sie auf zwei bis vier Grad heruntergekühlt werden. Anschließend werden sie verpackt. Bereits am gleichen Tag wird die Frischware an den Einzelhandel ausgeliefert und spätestens am nächsten Tag im Geschäft zum Verkauf angeboten.

Vorwurf : Hof beutet Erntehelfer aus

vom 3. Juli 2014

Aus der Redaktion der Zeitung für die Landeshauptstadt

Gewerkschaft: Katastrophale Arbeitsbedingungen für Saisonarbeiter

Harte Bandagen auf dem Jobmarkt für Saisonarbeiter: Schlechte Arbeitsbedingungen in MV bringen die Ermittlungsbehörden zum Einsatz. Gegen einen Agrarhof im Großraum [Rostock](#) (Name der Redaktion bekannt) ist Anzeige wegen Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft und Wucher gestellt worden. Die Ermittlungen wurden aufgenommen, teilte eine Sprecherin des Polizeipräsidiums Rostock mit. Wie es hieß, soll der Landwirt mit Arbeitsantritt der rumänischen Saisonarbeiter u. a. deren Pässe einbehalten haben.

Das betroffene Unternehmen bestritt gegenüber unserer Redaktion die Vorwürfe. Die Pässe seien aufbewahrt worden, um die Mitarbeiter für die Krankenkasse anzumelden. Es sei niemand genötigt worden, hieß es. Auf dem Hof erhielten die Saisonarbeiter Beschäftigung und gegen Bezahlung Unterkunft und Essen.

Allerdings habe es Probleme mit den rumänischen Vermittlern gegeben. So seien die Saisonarbeiter offenbar mit falschen Versprechen nach Deutschland gelockt worden. Ihnen sei zugesagt worden, für die Feldarbeit könne man 3000 Euro im Monat verdienen. In der Ernte werde nach Akkord gearbeitet. 3000 Euro Verdienst seien kaum zu erreichen, hieß es. Zudem hätten die Arbeitsvermittler von den Rumänen neben einer Vermittlungsgebühr von 200 Euro zusätzlich Transportkosten verlangt. Auch dem Agrarhof seien entsprechende Kosten in Rechnung gestellt worden. Inzwischen seien fest angestellte Mitarbeiter des Unternehmens bedroht worden. Sie hätten Anzeige erstattet.

Schätzungen zufolge arbeiten pro Saison etwa 4000 Erntehelfer vornehmlich aus Polen, Rumänien und der Ukraine in Mecklenburg-Vorpommern – auf Spargel- und Erdbeerefeldern, bei der Salat- oder Obsternte. Schlechte Arbeitsverhältnisse für Saisonarbeiter sind offenbar kein Einzelfall: „Das ist nur die Spitze des Eisberges“, erklärte Dirk Johne von der Gewerkschaft IG BAU. Es herrschten teilweise „katastrophale Bedingungen“. Es gebe aber kaum noch Kontrollmöglichkeiten. Oft würden Betroffene aus Angst keine Anzeige erstatten.

von Torsten Roth

erstellt am 03.Jul.2014 | 07:45 Uhr

Mindestlohn: Keine generelle Ausnahme für Saisonarbeiter

Berlin - Der Bundestag hat heute die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns beschlossen. Mit breiter Mehrheit wurde das Tarifautonomiestärkungsgesetz angenommen. Was steht drin?

Das Tarifautonomiestärkungsgesetz sieht vor, einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro zum 1. Januar 2015 einzuführen. Nach der Zustimmung des Bundestags befasst sich der Bundesrat am Freitag kommender Woche mit dem gesetzlichen Mindestlohn. Es wird Zustimmung erwartet. Der Deutsche Bauernverband zeigt sich in einer ersten Reaktion im Gespräch mit agrarheute.com enttäuscht. Was steht nun drin im Gesetz, vor allem mit Blick auf die Landwirtschaft?

Gleitender Übergang bis 2017

Um den landwirtschaftlichen Betrieben Vorlaufzeit für die notwendigen Anpassungsprozesse zu lassen, ermöglicht das Gesetz einen gleitenden Übergang bis zum 1. Januar 2017. Dafür sind die Tarifvertragsparteien aufgefordert, einen Tarifvertrag mit einer stufenweisen Heranführung der Entlohnungsbedingungen an den gesetzlichen Mindestlohn auszuhandeln. Sofern kein Tarifvertrag zustande kommt, gilt der Mindestlohn bereits ab 2015 auch in der Landwirtschaft.

Die Regierungskoalition hat sich darauf verständigt, dass in diesem Fall eine Anrechnung der von den Arbeitgebern für Saisonarbeiter gewährten Kost und Logis auf den Mindestlohn möglich wäre.

Ergänzend wird durch das Tarifautonomiestärkungsgesetz die Möglichkeit der sozialversicherungsfreien kurzfristigen Beschäftigung von 50 auf 70 Tage ausgeweitet. Diese Ausweitung gilt für die Dauer von vier Jahren. "Außerdem plant die Bundesregierung Maßnahmen zum Schutz redlicher Arbeitgeber durch die Befreiung von geschuldeten Sozialversicherungsbeiträgen", betonte Bundesminister Christian Schmidt (CSU) heute in Berlin.

Dies komme in Betracht, wenn sogenannte A1-Bescheinigungen (Bescheinigungen über die anzuwendenden Bestimmungen des Sozialversicherungsrechts bei Beschäftigung von Saisonarbeitnehmern aus dem Ausland) gefälscht werden.

Keine generellen Ausnahmen für Saisonarbeiter

Im Hinblick auf die besondere Situation der landwirtschaftlichen Betriebe zeigte sich Schmidt zufrieden mit der Lösung, die nach intensiven Verhandlungen für die Branche erzielt wurde. "Mit den flankierenden Regelungen bei Saisonarbeitnehmern sorgen wir dafür, dass einerseits der Mindestlohn nicht verwässert wird und unsere landwirtschaftlichen Betriebe andererseits Planungssicherheit behalten".

Generellen Ausnahmen für Saisonarbeitnehmer erteilte Schmidt eine klare Absage: "Den Mindestlohn für Erntehelfer zu begrenzen, wäre eine rechtlich nicht haltbare Diskriminierung." Allerdings räumte Schmidt vor dem Bundestagsbeschluss im RBB-Inforadio ein, dass der Anbau von billigem Obst und Gemüse in Deutschland durch den Mindestlohn deutlich erschwert werde. "Es wird sicherlich eine Tendenz geben, dass die

billigsten Angebote vom Markt verschwinden, beziehungsweise nur von außerhalb Deutschlands dann noch bedient werden können."

DBV: 'Enttäuschung ist groß'

"Die Enttäuschung des Berufsstands über die Missachtung seiner Interessen im Mindestlohngesetz sind groß", erklärt ein Sprecher des Deutschen Bauernverbandes (DBV) in einer ersten Reaktion gegenüber agrarheute.com.

DBV-Präsident Joachim Rukwied hatte in den vergangenen Tagen mehrfach dargelegt, dass eine dauerhafte Übergangsregelung für Saisonarbeitskräfte in der [Landwirtschaft](#) und im Gartenbau dringend notwendig sei. Der [DBV](#) hatte vorgeschlagen, für diesen Personenkreis einen Mindestlohn in Höhe von 80 Prozent des allgemeinen Mindestlohns festzulegen. "Um so unter anderem Lohnunterschiede auf den Betrieben zwischen festen Mitarbeitern und Saisonmitarbeitern zu mildern", erklärte der Sprecher. Die Bundesregierung lehnt diese Forderung jedoch ab.

"Das Mindestlohngesetz in seiner jetzigen Ausführung führt zur Existenzgefährdung landwirtschaftlicher Sonderkulturbetriebe, vernichtet gezielt Arbeitsplätze im ländlichen Raum und in der Lebensmittelkette und verlagert die Erzeugung in das europäische Ausland", schlussfolgert der DBV. "Es sei denn, der Lebensmitteleinzelhandel gibt eine Preissteigerung über die Ladentheke weiter", so der Sprecher. Doch man sei "wenig euphorisch", dass das geschieht. Vielmehr befürchte der DBV, dass der Lebensmittelhandel nicht aus billiger Ware verzichtet, und sich mit entsprechender Ware aus dem Ausland versorgt.

Zoll soll 1.600 neue Mitarbeiter einstellen

Der Mindestlohn wird einmal von der Politik festgelegt - mit Verabschiedung des sogenannten Tarifautonomiestärkungsgesetzes. Danach wird er von einer Mindestlohnkommission ausgehandelt, in der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vertreten sind. Die Kommission wird 2016 das erste Mal über eine Anhebung des Mindestlohnes beraten und dann alle zwei Jahre, erklärt die amtliche Presse.

Um den Mindestlohn ausreichend kontrollieren zu können, soll der Zoll 1.600 neue Mitarbeiter einstellen. Der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn nütze auf dem Papier nichts, er müsse in der Wirklichkeit umgesetzt werden, argumentierte Nahles.

Die Lohnuntergrenze sei ein Schritt zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Die Wirtschaft kritisierte wiederholt, dass sie die Anhebung der Löhne für 3,7 Millionen Menschen ab 2015 zwischen neun und zehn Milliarden Euro koste.

- [Mindestlohn: Experten sehen Korrekturbedarf \(1. Juli\) ...](#)
- [Mindestlohn: Für Erntehelfer 'Lösungen gefunden' \(26. Juni\) ...](#)
- [Mindestlohn: Keine 80-Prozent-Regel für Saisonarbeiter? \(26. Juni\) ...](#)

Nottötung von Ferkeln: Niedersachsen gibt Erlass heraus

03.07.2014, von Regina Kremling

Das niedersächsische Landwirtschaftsministerium hat heute einen **Erlass** zur Betäubung und Tötung von nicht überlebensfähigen Ferkeln mit einem Lebendgewicht von bis zu 5 kg durch Tierhalterinnen und Tierhalter veröffentlicht. Der Erlass gilt ab sofort für Schweine haltende Betriebe in Niedersachsen. Ob andere Bundesländer nachziehen werden, ist derzeit noch nicht bekannt.

Betäubung und Entblutung

Im Erlass weist das Ministerium darauf hin, welche Maßnahmen ein Tierhalter durchführen muss, um nicht überlebensfähige Ferkel von bis zu 5 kg zu töten. So muss das Ferkel zunächst mit einem **stumpfen Schlag** auf den Kopf betäubt werden. Der stumpfe Schlag ist ausreichend kräftig und mit einem geeigneten Gegenstand auszuführen, z.B. mit einem schweren, harten Holzstock. Das heißt, dass der Gegenstand zum Kopf des Tieres geführt werden muss und nicht das Tier zum Gegenstand, z.B. zum Boden, geführt werden darf. Anschließend muss der Tierhalter den Betäubungserfolg kontrollieren.

Unmittelbar im Anschluss muss das Ferkel **entblutet** werden. Der Tötungserfolg muss dann ebenfalls kontrolliert werden. Die Herbeiführung des Todes durch Genickbruch oder durch einen weiteren stumpfen Schlag auf den Kopf sind laut dem Erlass nicht zulässig, da sie bei Ferkeln nach derzeitigem Wissensstand keine sicheren bzw. geeigneten Tötungsverfahren darstellen.

Tötung lebensschwacher Ferkel nicht zulässig!

Der Erlass weist ausdrücklich darauf hin, dass eine Tötung lediglich „lebensschwacher“ Ferkel mit einem Lebendgewicht von bis zu 5 kg grundsätzlich nicht zulässig ist. Nur **nicht überlebensfähige** Ferkel dürfen ausnahmsweise unter bestimmten Bedingungen getötet werden. Als Gründe werden beispielsweise Afterlosigkeit, eitrige Gelenkentzündungen oder andere unheilbare Erkrankungen genannt. Um eine Nottötung überhaupt durchführen zu können, muss der Tierhalter über die entsprechende Sachkunde verfügen.

Vor-Ort-Kontrollen angekündigt

Mit dem Erlass fordert das Ministerium die zuständigen **Veterinärämter** auf, die korrekte Betäubung und Tötung von Ferkeln durch Vor-Ort-Kontrollen stichprobenweise zu überprüfen. Bei Verdacht auf tierschutzwidriges Verhalten sollen einige getötete Ferkel auf die korrekte Betäubung und Tötung hin im LAVES untersucht werden.

Bereits in der vergangenen Woche hat die **Tierärztliche Vereinigung für Tierschutz (TVT)** eine Stellungnahme zur Nottötung von Ferkeln abgegeben. Der nun veröffentlichte Erlass ist in einigen wesentlichen Punkten deckungsgleich zur TVT-Stellungnahme, die Sie hier herunterladen können.

[TVT_Nottoetung_Saugferkel_Stellungnahme_Juni2014.pdf](#)

Erlass zur Nottötung: ISN empfiehlt Rücksprache mit Veterinären

04.07.2014, von Regina Kremling

. Die Interessengemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands (ISN) appelliert an alle niedersächsischen Schweinehalter, die Vorgaben des gestern vom niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums herausgebrachten Erlasses zur **Nottötung** von Ferkeln unbedingt umzusetzen und einzuhalten. Aber auch den Schweinehaltern in den anderen Bundesländern empfiehlt die ISN, unbedingt auf eine korrekte Betäubung und Tötung von nicht überlebensfähigen Ferkeln zu achten.

Angesichts der schwierigen Thematik rät die Interessenvertretung allen Ferkelerzeugern, dass sie selbst oder der Hoftierarzt sich unverzüglich beim zuständigen **Veterinäramt** erkundigen, wie das Tötungsverfahren für Saugferkel konkret durchzuführen ist. Dadurch können möglicherweise auftretende Probleme bei den angekündigten Vor-Ort-Kontrollen schon im Vorfeld deutlich reduziert werden.

Den Erlass selbst bezeichnet die ISN als eine **unbefriedigende Lösung** nach langen Diskussionen, in denen von Seiten ISN, Landvolk, praktizierenden Tierärzten und Anderen immer wieder praktikable Lösungen bei der Nottötung von Ferkeln eingefordert worden waren. Insbesondere die Schwierigkeiten einer **Entblutung** bei Saugferkeln sind in diesem Zusammenhang vielfach diskutiert worden. Ob dieses nun vorliegende Ergebnis praktikabel und zielführend ist, muss sich zeigen und darf zumindest angezweifelt werden, so die ISN weiter.

NOZ

Erlass aus Niedersachsen und NRW Tötungsvorschriften: Schwächliche Ferkel dürfen weiterleben

Vom 04.07.2014, 17:13 Uhr

0

[*empfehlen twittern teilen*](#)

[*drucken weiterleiten*](#)

Schwache Ferkel dürfen weiterleben, nur totkranke Tiere dürfen vorzeitig von ihrem Leid erlöst werden, bestimmen die Länder Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Foto: Michael Gründel

Osnabrück. Schwächliche Ferkel dürfen ab sofort nicht mehr aus wirtschaftlichen Gründen getötet werden. Das haben die Bundesländer Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen jetzt in einem Erlass betont. Zugleich machten die Behörden verbindliche Angaben dazu, wie sterbenskranke Ferkel künftig getötet werden müssen.

Damit ziehen die Ministerien Konsequenzen aus [Filmaufnahmen aus einem Stall im Landkreis Vechta](#) , die vergangenes Jahr aufgetaucht waren. Tierrechtsaktivisten hatten

dokumentiert, wie Ferkel in dem Betrieb umgebracht wurden: Mitarbeiter schlugen die Tiere mit dem Genick auf ein Gatter oder direkt auf den Boden.

Künftig dürfen nur noch nicht lebensfähige Ferkel getötet werden, nachdem sie betäubt worden sind. Eine Tötung durch Genickbruch oder Schläge auf den Boden ist damit illegal.

NRW schließt sich Niedersachsen an

Im Laufe des Freitags schloss sich das Landwirtschaftsministerium in Nordrhein-Westfalen der niedersächsischen Haltung an und gab ebenfalls einen Erlass heraus, wie die Behörde bestätigte. Die zuständigen Veterinärämter der Landkreise werden nun durch Vor-Ort-Kontrollen die Umsetzung der Vorgaben kontrollieren.

Niedersachsens Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne) sagte zu der Anordnung: „Ab sofort ist klargestellt, dass eine Tötung nur im absoluten Ausnahmefall erlaubt ist.“ Mit dem Erlass Sorge Niedersachsen für mehr Tierschutz im Stall.

Schweinehalter begrüßen Erlasse

Die Interessensgemeinschaft der Schweinehalter Deutschlands begrüßte das Vorgehen der beiden Bundesländer: „Die Landwirte haben jetzt endlich Rechtssicherheit“, sagte eine Sprecherin. Der Verband appelliere an die Tierhalter, die Vorgaben umzusetzen.

Derweil ist noch offen, ob sich die Besitzer des Stalles im Landkreis Vechta strafrechtlich verantworten müssen. Eine Sprecherin der zuständigen Staatsanwaltschaft in Oldenburg sagte unserer Zeitung, dass die Ermittlungen noch laufen

NWZ

03.07.2014

Wegesanierung

Pläne für Trecker-Maut sorgen für Wirbel

Mähdrescher und Gülletankwagen werden immer größer und schwerer. Die Wirtschaftswege sind dafür meist nicht geeignet. Jetzt suchen die finanziell knappen Gemeinden nach Lösungen – wie etwa in der Gemeinde Wardenburg.
Hans-Christian Wöste, Elmar Stephan, Vera Jansen



Landwirt Hartwig Glystan fährt mit seinem Trecker über einem Wirtschaftsweg bei Elsfleth (Niedersachsen). Durch die Zwangsmitgliedschaft der Landwirte sind die Wirtschaftswege in diesem Gebiet im Landkreis Wesermarsch, anders als in anderen Gebieten, in einem guten Zustand.

Bild: dpa

Im Nordwesten Pläne für eine Trecker-Maut sorgen in der Gemeinde Wardenburg im Landkreis Oldenburg für Aufregung. Wegen knapper Kassen der öffentlichen Hand herrscht nicht nur bei Landes- oder Bundesstraßen und Radwegen Sanierungsstau, auch die Wirtschaftswege sind in den ländlichen Regionen Niedersachsens vielerorts reparaturbedürftig. Für die Sanierung sind in der Regel die Gemeinden zuständig – und dort gibt es ganz unterschiedliche Lösungen, um an Geld für die Reparatur zu kommen.

In Wardenburg sollen in einer zweijährigen Testphase schwere landwirtschaftliche Fahrzeuge kostenpflichtige Ausnahmegenehmigungen beantragen, wenn sie tonnagebegrenzte Wirtschaftswege befahren wollen. Eine Jahresgenehmigung kostet pro Fahrzeug je nach Gewichtsklasse zwischen 191,75 und 767 Euro, eine Einzelgenehmigung für einen Tag 30 Euro. 100 Kilometer Wirtschaftswege sind von der Gemeinde in Ordnung zu halten. Eine Entscheidung will der Gemeinderat in seiner Sitzung Ende September treffen. [Jürgen Seeger](#), Landvolk-Kreisvorsitzender in Oldenburg, sieht ein Maut-Modell skeptisch. Er frage sich, wie die Gebühren durchgesetzt und kontrolliert werden sollen und „ob da am Ende etwas für die Reparatur übrig bleibt.“

Verband kümmert sich

Die Gemeinde Schiffdorf (Kreis Cuxhaven) geht andere Wege. Seit 2007 gibt es dort den Wirtschaftsverband Wesermünde, der sich um die Wirtschaftswege im Verbandsgebiet kümmert. Mitglieder sind die zu Schiffdorf gehörenden kleineren Gemeinden sowie die Eigentümer und Erbbauberechtigten der im Gebiet gelegenen Grundstücke, die alle Beiträge zahlen.

Bürgermeister [Klaus Wirth](#) (parteilos) zieht ein positives Fazit: „Die Unterhaltungskosten für die Wege zahlt die Gemeinde nach wie vor. Aber durch Hand- und Spanndienste der

Landwirte können wir mehr Wege instand halten.“ Die Kommune zahle die Schlacke und die Bauern rückten mit Trecker und Geräten an, um die Schlacke ehrenamtlich zu verteilen. Allein dadurch sei seit 2007 ein geldwerter Vorteil von rund 300 000 Euro zusammengekommen, sagte Wirth.

Modell Wesermarsch

Ganz anders läuft es in einem Gebiet im Landkreis Wesermarsch. Mit der Gebietsreform 1974 übernahm der Entwässerungsverband Moorriem-Ohmstedter [Sielacht](#) die Unterhaltung der 150 Kilometer Wirtschaftswege. Es gibt eine Benutzungs- und Gebührenordnung. Für die Landwirte besteht eine Zwangsmitgliedschaft. Die Bauern zahlen im Jahr zehn Euro pro Hektar Grundstück. Dafür dürfen sie die Wege mit landwirtschaftlichen Fahrzeugen bis zu sieben Tonnen befahren.

Ldw. Wochenblatt Westfalen-Lippe

Agrarkommunikation: Neuer Studiengang geplant

25.06.2014 . Die Agrarbranche braucht Experten, die nicht nur etwas von Landwirtschaft verstehen, sondern auch mit Medien umgehen können. Ist die Zeit reif für einen neuen Studiengang Agrarkommunikation?

Sie sprechen die gleiche Muttersprache und verstehen sich doch immer weniger: Das Verhältnis von Landwirten und Verbrauchern ist nach Ansicht vom Präsidenten des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes, Johannes Röring, von einer zunehmenden Entfremdung geprägt.

Fachwissen und Medienkompetenz

Deshalb möchte Röring einen neuen Studiengang an der Hochschule Osnabrück einrichten. Unter dem Arbeitstitel „Medien- und PR-Management in der Agrar- und Lebensmittelwirtschaft“ soll ab September 2015 landwirtschaftliches Fachwissen mit Kompetenzen im Umgang mit Medien verknüpft werden. Unterstützt wird Rörings Anliegen von seinen Amtskollegen Werner Schwarz (Schleswig-Holstein) und Werner Hilde (Niedersachsen).

„Wir brauchen Experten, die die Branche kennen und mit Medien umgehen können“, pflichtet Schwarz, der als Vizepräsident beim Deutschen Bauernverband für die Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich ist, Röring bei. Wie sein Kollege aus Westfalen-Lippe versteht auch Schwarz den Studiengang als einen Baustein von mehreren, um die Kommunikation der landwirtschaftlichen Wertschöpfungskette zu professionalisieren.

Die neu zu schaffende Professur an der Hochschule Osnabrück ist zunächst auf fünf Jahre befristet, soll aber bei Erfolg verlängert werden. Die Kosten könnten von Unternehmen der Agrar- und Ernährungswirtschaft und der Stiftung Westfälische Landschaft übernommen werden.

Der Studiengang

Im Rahmen des geplanten Masterstudienganges „Medien- und PR-Management in der Agrar- und Lebensmittelwirtschaft“ sollen pro Jahr rund 10 Studierende ausgebildet werden. Die späteren Tätigkeitsfelder für die Absolventen liegen in:

- der Unternehmenskommunikation,
- im Fachjournalismus,
- in der Öffentlichkeitsarbeit in Institutionen und Organisationen.

Lerninhalte des Studienganges sind:

- Journalistische Darstellungsformen,
- Grundlagen der Public Relations-Arbeit
- sowie Verbraucherkommunikation und Medienrecht.

Hinzu kommen Wahlmodule wie:

- Risiko- und Krisenkommunikation,
- Cross Mediamanagement,
- Betriebliches Nachhaltigkeitsmanagement
- und Methoden der Markt- und Käuferanalyse.

Auch Fach- und Führungskompetenzen runden das Studienangebot ab. Der Studiengang soll im September 2015 starten. Der Bewerbungsschluss für Studierende (Bachelor-Absolventen) wird vermutlich der 15. Juli 2015 sein. *Mss*

Unabhängige Bauernstimme, Mai 2012:

„Die Verbraucher mitnehmen zur modernen Tierhaltung...“

- Die perspektivlose Kommunikationstrategie von Agrarindustrie und Bauernverband -

„Wir stehen mit dem Rücken zur Wand und am am Pranger“. Mit „Wir“ meinen Bauernverbands-Funktionäre dabei die ganze „Branche“ - also außer Bauern auch Agrarindustrielle, Zucht- und Schlachtkonzerne. Aber nicht die Bauern stehen am Pranger, sondern die Agrarindustrie. Bauern stehen bei Umfragen auf der Beliebtheits-Skala ganz weit oben. In der „Defensive“ sind Agrarindustrie und Bauernverband. „Image-Probleme“ bedrohen nur den Bau weiterer Agrarfabriken. Unter dem Druck von Bürgern und Medien bröckelt der alte Lobby-Einfluss auf die Politik.

20 Cent pro Schwein wollten Agrarindustrie-Verbände den Landwirten für eine neue „Branchen-Kommunikations-Strategie“ abziehen. Das scheiterte schon im Ansatz an deren Protest gegen eine solche Öffentlichkeits-Kampagne - die nicht nur nutzlos wäre, sondern für eine bäuerliche Schweinehaltungs-Strategie sogar schädlich.

Wie ein schlechtes Produkt bewerben?

Keine Marketing-Strategie kann erfolgreich ein schlechtes Produkt verkaufen. Hier liegt das unauflösbare Dilemma der neuen „Branchen-Kommunikation“: Denn wie will man Akzeptanz erreichen für eine enge und antibiotika-gestützte Qualhaltung einseitig qualgezüchteter Hühner auf eigenem Kot, für die Anpassung von Tieren an Megaställe durch das Kupieren von Körperteilen, für die Verdrängung von Bauernhöfen durch Agrarfabriken, für die flächenunabhängige Fütterung mit Import-Soja und regionalen Gülle-Überschüssen oder für die Gefährdung der Gesundheit und der Umwelt durch Agrarfabriken-Emissionen?

„Realistische Bilder“ der Tierhaltung anstelle von „romantischen Werbe- und Kinderbuch-Bildern“ fordert der Bauernverband - und bebildet seine Internetseite mit Schweinen auf der Weide und mit einer ferkelstreichelnden Landfrau vor einem Kartoffelfeld. Realistische Bilder aus den Agrarfabriken sind abschreckend und werbeunwirksam. Parolen wie „Die Verbraucher mitnehmen“ (die doch gar nicht mitwollen) gehen ins Leere.

Perspektivlose Wagenburg-Polemik

So konzentrieren sich denn Bauernverband und Agrarindustrie darauf, die eigenen Reihen zusammenzuhalten und dazu Feindbilder aufzubauen. Die Bürger: angstgesteuerte Nichtswisser, landwirtschaftsferne Verhinderer oder „stadtflüchtige Romantiker“ (Bauernverbands-Vize Hilse). Die Verbraucher: Doppelzüngige Billigkäufer, deren Forderungen nach gesetzlichem Tierschutz nicht ernstzunehmen sind. Die Gegner von Agrarfabriken: emotional-polemische Verhinderer, Verteidiger von „Omas Bauernhof“ und „verbale Brandstifter“. Die Medien – Skandalisierer von „Hetzkampagnen“. Politiker mit Tierschutz- und Baurechtsplänen – aktionistische und populistische Anpasser an „Ethik-Fetischismus und Mainstream“ (Hilse). Die 23.000 Menschen in Berlin - „Berufsdemonstranten mit Bildungsschäden auf der Suche nach weiteren Demonstrationen“ (Sonnleitner). Deren Ziele: „Zurück in die Steinzeit“.

Zu „Dialog-Foren“ im gesellschaftlichen Abseits holt man sich passenden „Beistand“: Professor Andersson, demzufolge „Tiere komplett anders empfinden als Menschen“, „in einer für den Menschen nicht fassbaren Wirklichkeit“. Chemiker Pollmer mit seinem Rat, die drangvolle Enge in Schulbussen zu vergleichen mit dem großzügigeren Platzangebot in Ställen. Professor von Witzke mit seinen Thesen zur Welternährung durch hiesige Überschuss-Produktion. Unisono ertönt die Agrarindustrie-Behauptung von der Betriebsgrößen-Unabhängigkeit einer artgerechten Tierhaltung – z.B. mit Hinweis auf die Wohnqualität in großstädtischen Hochhäuser. Das geht bis zur Aussage, viele Menschen aus der Dritten Welt würden davon träumen, so gefüttert und untergebracht zu sein wie unsere Nutztiere. Vom unübersehbaren Antibiotika-Missbrauch will man ablenken mit Hinweisen auf Probleme in der Humanmedizin. Wenn alles nichts hilft, versucht man, lange Versuchs- oder Übergangs-Fristen herauszuschinden.

Bauern als Agrarindustrie-Botschafter?

Derlei Propaganda verschlechtert das Image nur zusätzlich. Deshalb sollen jetzt Bauern als „Botschafter“ für die Akzeptanz der „Branche“ eingesetzt werden. Bei Veröffentlichungen und „Tagen des Offenen Hoftors“ sollen Milchbauern und Direktvermarkter vorgezeigt werden – als Image-Retter der Branche, auch für die nicht vorzeigbaren Agrarfabriken. Fortschritte bei der Haltung der Kühe in größeren Boxenlaufställen sollen suggerieren, dass es auch in den Großmastanlagen ähnlich gut zugeht.

Bei vielen Landwirten verfängt diese Strategie noch. Viele bäuerliche Tierhalter sind in den letzten Jahrzehnten durch fehlende Preispolitik, Wachstums- und Rationalisierungsdruck, Vertragsmast, Politik und Beratung zum Einsatz von Haltungsformen gebracht worden, die

eigentlich typisch sind für eine agrarindustrielle Produktion und die jetzt durch den Widerstand gegen Agrarfabriken mit in die Kritik geraten. Deshalb ist es so wichtig, dass das Bürgerinitiativen-Motto „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ deutlich macht, dass ein Rückbau auf eine artgerechte Haltung nur in mittelständisch-bäuerlichen Strukturen unterhalb der Grenzen des Bundes-Immissionsschutz-Gesetzes mit 1.500 Schweinemast-, 560 Sauen- und 15.000 Geflügelplätzen möglich, rentabel und zukunftsfähig ist. Denn die allermeisten Betriebe liegen weit unter diesen Grenzen.

Eine klare Abgrenzung von Bauernhöfen gegenüber Agrarfabriken und der Einsatz für die eigenen bäuerlichen Interessen in den gesellschaftlichen Netzwerken – dies sichert die Akzeptanz für Bauern. Eine Streitbare und konstruktive „Kommunikation“ über diese Strategie ist jetzt angesagt: wie man die Umgestaltung auf eine artgerechte Tierhaltung in bäuerlichen Strukturen EU-weit verträglich gestaltet und wie man diese neuen Rahmenbedingungen für eine erzeugerpreis-wirksame Mengenverringering nutzt...
– Eckehard Niemann

TOP AGRAR ONLINE

Forsa-Umfrage: Moderne Landwirtschaft ist nachhaltig

04.07.2014, von Agra Europe / Alfons Deter

Die Konsumenten in Deutschland wissen um die besondere Bedeutung einer modernen Landwirtschaft und sehen sie als nachhaltig an. Das ist das Ergebnis einer im Auftrag der Fördergemeinschaft Nachhaltige Landwirtschaft (FNL) durchgeführten repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Forsa.

Fast zwei Drittel aller Befragten gaben demnach an, dass eine moderne und innovative Landwirtschaft und damit eine hochproduktive, ertragsstarke und wirtschaftlich erfolgreiche Landwirtschaft nachhaltig sein könne. Die Umfrage zeigt laut FNL zudem auf, dass die Mehrheit der rund 1 000 Befragten den Einsatz von Pflanzenschutz und Düngemittel zur Erzielung erfolgreicher Ernteergebnisse unterstützt, weshalb der Förderorganisation zufolge ein Verzicht auf diese Mittel nicht akzeptabel ist.

Deutlich sei bei der Umfrage auch geworden, dass die Befragten den Begriff „Nachhaltigkeit“ selbst nicht konkret zuordnen wollten, sondern mit der Begrifflichkeit ein Prozess beschrieben werde, der einer stetigen Weiterentwicklung unter Berücksichtigung vieler externer Faktoren unterworfen sei.

FNL-Geschäftsführer Dr. Anton Kraus betonte, die Umfrage zeige deutlich, dass viele Verbraucher die Leistungen, den Nutzen und die Notwendigkeit moderner landwirtschaftlicher Produktionsverfahren anerkennen würden und ihren Wert schätzten.

Leserkommentare

1. von **eniemann** · 04.07.2014 - 11:07 Uhr [1](#).
FNL ist ein trojanisches Pferd der Agrarindustrie

Die FNL, der Bauernverbands-Präsidenten ein landwirtschaftliches Gepräge liefern sollen, hat u.a. folgende Mitglieder: BASF, Bayer, Dow, DuPont, K+S, Syngenta und Monsanto sowie Agrargewerbe-, Chemieindustrie-, Pflanzenzucht-, Geflügel-, Tierpharma- und Futtermittelverbände. Und denen vertraut man ein Großteil der Öffentlichkeitsarbeit für Landwirte an!?

NWZ

26.06.2014

Interview

Ab Stichtag werden alle Werkvertragsarbeiter nach Tarif bezahlt

[Karsten Krogmann](#)



Peter Wesjohann,

Das Thema: Mindestlohn in der Fleischbranche **Im Interview:** Peter Wesjohann, **Zur Person:** Peter Wesjohann, 44 Jahre alt, leitet die PHW-Gruppe in Rechterfeld (Kreis Vechta). Bekannteste Marke des Familienunternehmens mit Milliarden-Umsatz ist „Wiesenhof“. PHW beschäftigt mehr als 5000 Mitarbeiter. Rund 20 Prozent davon sind auf Werkvertragsbasis angestellt.

Frage: In der Fleischindustrie soll bald ein Mindestlohn von 7,75 Euro gelten, der bis Ende 2016 schrittweise auf 8,75 Euro steigen soll. Glauben Sie, dass es damit endlich ruhiger wird in der Branche?

Wesjohann: Ich hoffe es, denn wir haben viel dafür getan. Allen voran mein Vater hat sich stark für tarifvertragliche Regelungen, die für die gesamte Branche gelten. Das war uns wichtig aus Wettbewerbsgründen. Aber ob es nun ruhiger wird, hängt nicht allein von uns ab.

Frage: Als die „Beratungsstelle für mobil Beschäftigte“ der Landesregierung und die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten unlängst vor Ihrer Tochterfirma Geestland ausländische Werkvertragsarbeitnehmer über den Mindestlohn informieren wollten, rief der Sicherheitsdienst die Polizei. Sollen nicht alle Arbeiter wissen, dass es einen Mindestlohn gibt?

Wesjohann: Vom Mindestlohn dürfen alle wissen. Die Werkvertragsarbeitnehmer werden zu dem angegebenen Stichtag nach den Kriterien im Tarifvertrag bezahlt, definitiv. Und sollten wir herausfinden, dass ein Arbeitgeber das nicht macht, dann wird er ein Problem bekommen.

Frage: Können Sie Instrumentarien entwickeln, dass das Geld auch tatsächlich bei den ausländischen Werkvertragsarbeitern ankommt?

Wesjohann: Wir werden versuchen, darauf hinzuwirken, dass die Werkvertragsbeschäftigten dann möglichst bei deutschen Arbeitgebern angestellt sind.

Frage: Sie könnten das Problem auch einfacher lösen: Sie bräuchten die Leute nur selbst feststellen . . .

Wesjohann: Es wird oft unterschlagen, dass der weitaus größte Teil unserer Belegschaft längst unter Tarifvertrag steht und schon jetzt wesentlich höhere Löhne erhält. Das ist ja auch eine Frage der Wettbewerbsfähigkeit. Man kann immer viel verlangen, und am Ende des Tages heißt es dann: Patient tot. Es hilft den festen Mitarbeitern nicht und den Werkvertragsarbeitnehmern nicht, wenn dann der Job weg ist.

Peter Wesjohann, 44 Jahre alt, leitet die PHW-Gruppe in Rechterfeld (Kreis Vechta). Bekannteste Marke des Familienunternehmens mit Milliarden-Umsatz ist „Wiesenhof“. PHW beschäftigt mehr als 5000 Mitarbeiter. Rund 20 Prozent davon sind auf Werkvertragsbasis angestellt.

[Leguminosen und Sonderkulturen](#) | 30.06.2014 [Wochenblatt](#)

Deutschland will Anbau von Eiweißpflanzen fördern

Berlin - Der Import von GV-Soja soll verringert werden.

Die deutsche Bundesregierung will bis 2017 mit insgesamt EUR 5,4 Mio. den Anbau von Eiweißpflanzen fördern. Konkret sind EUR 3 Mio. für das Jahr 2014 und EUR 2,4 Mio. für die Folgejahre vorgesehen. Der Haushaltsentwurf für das Bundeslandwirtschaftsministerium sieht im Bereich "Nachhaltigkeit, Forschung und Innovation" diese Fördersumme für den Anbau von Pflanzen wie etwa Soja- und Ackerbohnen oder Futtererbsen vor. Die Eiweißpflanzen sollen für eine verbesserte Bodenfruchtbarkeit und Kohlenstoffbilanz sorgen. Daneben leisten sie auch einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt, erklärten der agrarpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Wilhelm Priesmeier, und deren stellvertretender Sprecher in der Arbeitsgruppe Ernährung und Landwirtschaft, Johann Saathoff.

Gleichzeitig vermindere der Anbau von Proteinpflanzen die Abhängigkeiten von Importen. Rund 2 Mio. t importiertes Soja landen pro Jahr in deutschen Tiertrögen. Mehrheitlich handle es sich dabei um gentechnisch veränderte (GV) Produkte aus Südamerika. Das Fördergeld solle dazu dienen, ein Netzwerk heimischer Eiweißpflanzenbetriebe aufzubauen und Landwirte über die Arten und deren Anbau in der Fruchtfolge zu informieren, berichtet Dow Jones News. (aiz)

Kölner Stadtanzeiger

Initiative Widerstand gegen Gülle-Düngung

Erstellt 02.07.2014

Der Vortrag von Dr. Katharina Schmidt-Loske (links) im Houverather Pfarrheim informierte rund 90 Interessierte über die Problematik der massiven Gülle-Ausbringung in der Eifel. Foto: Privat

Eine Unterschriftenliste mit 1200 Unterzeichnern belegt eindrucksvoll, dass die Bürger im Kreis Euskirchen die derzeitige Düngepraxis der Landwirte nicht widerspruchslos hinnehmen wollen. In einer Versammlung wurde informiert. Von Günter Hochgürtel

Bad Münstereifel-Houverath.

Am Ende, als die Namen auf den Listen ausgezählt waren, standen über 1200 Unterschriften zu Buche. Diese Zahl belegt eindrucksvoll, dass die Bürger im Kreis Euskirchen nicht gewillt sind, die derzeitige Praxis der Landwirte beim Ausbringen von Gülle und Gärresten widerspruchslos hinzunehmen.

Der sehr engagierte Thürne-Verein, zu dem sich die Bewohner von fünf Orten im Houverather Sprengel zusammengeschlossen haben, hatte am Sonntag zu einer Informationsveranstaltung ins Pfarrheim eingeladen.

Katharina Schmidt-Loske zeigte zunächst in einer Power-Point-Präsentation auf, wie sich die Kulturlandschaft im Münstereifeler Höhegebiet verändert hat, seit Grünflächen intensiv mit den tierischen Ausscheidungen gedüngt werden. Sie kritisierte in ihrem Vortrag speziell die Ausbringung von Gülle aus Massentierhaltung oder von Gärresten aus Biogasanlagen, die aus Holland oder Norddeutschland importiert werden.

Unter den rund 100 Interessierten, die ins Pfarrheim gekommen waren, saßen auch etliche Landwirte aus dem Umgebung, die sich jedoch während der gesamten Versammlung nicht zu Wort meldeten. Der Thürne-Verein hat vor einiger Zeit eine Internetseite angelegt, von der man sich Unterschriftenlisten herunterladen kann. Sein Ziel ist es, eine möglichst breite Unterstützung aus der Bürgerschaft für eine Petition zu bekommen, die bei den Landesregierungen Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz auf die Gefahren für die Kulturlandschaft Eifel hinweisen soll.

Schutz von Brunnen besonders wichtig

„Wir werden nicht tatenlos hinnehmen, dass Gülle aus Massentierhaltung bei uns entsorgt wird“, sagte Katharina Schmidt-Loske im Gespräch mit dem „Kölner Stadt-Anzeiger“. Nach ihren Erkenntnissen sind in jüngster Zeit rund um Houverath keine 40 Tonnen schweren Gülletransporter mehr gesichtet worden. Rund um Mahlberg und den Michelsberg dagegen werde der so genannte „Wirtschaftsdünger“ nach wie vor häufig eingesetzt.

Die Houverather Initiative hat offenbar auch das Interesse von Bürgern aus dem gesamten Kreis wachgerufen, wie man den Unterschriftenlisten entnehmen kann.

Thürne-Vereinsmitglied Erwin Schäfer beleuchtete im Pfarrheim zusätzlich die rechtlichen Fragen, die bei Gülle in Sachen Haftung auftauchen können. Die Eigentümer von landwirtschaftlichen Flächen könnten zum Beispiel in Regress genommen werden, wenn ein Pächter die Wiese oder das Feld mit Gülle überdüngt und – wie am Scheurener Forsthaus geschehen – ein privater Brunnen verunreinigt wird.

„Der Schutz von öffentlichen wie privaten Brunnen ist ganz wichtig“, betonte Schmidt-Loske auf Nachfrage. Ebenso wolle man den Vertragsnaturschutz durch die Landwirte im Münstereifeler Höhegebiet nachdrücklich voranbringen.

In der Versammlung meldete sich auch die Allgemeinmedizinerin Anneliese Umlauf aus Houverath zu Wort. Sie erklärte, dass Erkrankungen von einiger ihrer Patienten möglicherweise auf eine nicht zeitgemäße Gülle-Ausbringung zurückzuführen seien. Sie werde deshalb Unterschriftenlisten in ihrem Wartezimmer auslegen, um die Petition des Thürne-Vereins zu unterstützen.

www.guelle-forum.de

KREISZEITUNG

Achim: Gülle aus Vechta für Achimer Marsch

Reichlich Gülle aus Vechta für Achimer Marsch

28.06.2014

Achim - Große Tankfahrzeuge mit Kennzeichen aus dem Raum Vechta beunruhigen Anwohner in Bierden. „Wird unsere Marsch mit Gülle von dort aufgefüllt?“ sorgte sich ein Bürger auf der jüngsten Bierdener Ortsausschuss-Sitzung. Die Kreisblatt-Nachfrage bei der zuständigen Prüfstelle der Landwirtschaftskammer in Oldenburg ergab: Alles sei ordnungsgemäß genehmigt und werde gut kontrolliert.

Wegen hoher Kupferbelastung dürfe Schlamm aus dem Achimer Klärwerk kaum noch auf landwirtschaftlichen Flächen ausgebracht werden, berichtete der angehende Bürgermeister Rainer Ditzfeld im Ausschuss. Als Ersatz gebe es daher andere Lieferanten für hiesige Landwirte. Die überbetriebliche Ausbringung von Gülle und Gärresten etwa aus Biogasanlagen an Betriebe, die noch Nährstoffbedarf haben, nehme zu, bestätigte die Landwirtschaftskammer-Prüfstelle.

Die Ausbringung werde jedoch EDV-mäßig ebenso überwacht wie durch stichprobenartige Kontrollen in betreffenden Betrieben. Seit mehreren Jahren seien diese zu genauen Angaben nicht nur über die jeweiligen Nährstoffmengen und deren Art verpflichtet, sondern müssten auch mitteilen von wo welches Material wohin geliefert und auf welchen Flächen verteilt werde. Aufgrund dieser Daten lasse sich dann rasch nachvollziehen, ob alle Angaben zueinander passen.

Der Transportauftrag selbst werde meistens an Lohnunternehmern oder andere Firmen vergeben. Die setzten dann aus wirtschaftlichen Gründen gern größere Fahrzeuge ein, um bei längeren Strecken Fahrtkosten zu sparen. Natürlich seien auch schon Verstöße entdeckt worden, räumt die Prüfstelle ein. Meistens handele es sich dabei um Fehler in der Dokumentation der Lieferungen.

Auf mögliche, nicht zulässige Bestandteile in Güllemengen angesprochen, verdeutlichte ein Vertreter der Stelle in Oldenburg zunächst, dass ein bestimmter Anteil von Fremdstoffen sogar gesetzlich erlaubt sei. Die Einhaltung von Grenzwerten werde aber natürlich überwacht. Unter anderem hatte es in Achim schon Klagen über Plastik-reste auf belieferten Feldern im Gebiet der Marsch gegeben.

Fazit: Mit Großtransportern aus dem Kreis Vechta und anderen Regionen ist weiterhin in Achim zu rechnen, zumal beide beteiligten Seiten vom Gülletourismus profitieren. Die einen werden Abfallprodukte los, für die am Entstehungsort der Platz knapp geworden ist, und die anderen erhalten wirksamen Dünger für ihre Flächen. Manche Vorbehalte nicht nur wegen der Geruchsbelästigungen, sondern auch wegen möglicher Auswirkungen auf das Grundwasser aber werden bei manchen Anwohnern sicherlich bleiben. la

Polizei rückte nachts nicht mehr aus

Gülleskandal: Beweismittel sind futsch

04.06.2014

Mitarbeiter des Landkreises Oldenburg und Polizeibeamte haben gestern das Grundstück der ehemaligen Schnapsbrennerei in Harpstedt nach be- und gegebenenfalls auch entlastenden Indizien im Zusammenhang mit der illegalen Einleitung von Gülle und Schlempe in die Natur untersucht, aber offenbar war ihnen der Verursacher zugekommen.

Harpstedt - Von Jürgen Bohlken. Ein weiteres unrühmliches Kapitel im „Harpstedter Gülle-Skandal“ ist gestern geschrieben worden: Beweismittel sind buchstäblich über Nacht verschwunden.

Nach Einbruch der Dunkelheit am späten Montagabend hatte die Kreiszeitung beim Polizeikommissariat in Wildeshausen telefonisch Anzeige wegen der illegalen Einleitung von Gülle und Schlempe aus dem ehemaligen Güllekeller bei der früheren Harpstedter Schnapsbrennerei in die Natur erstattet, die Sachlage auf der Grundlage vorliegender Fotos eines Augenzeugen beschrieben und auf die Dringlichkeit zum Einschreiten hingewiesen. Die Ordnungshüter sahen aber keine Notwendigkeit, noch in der Nacht auszurücken.

Gestern gab's dafür die Quittung: Der Verursacher hatte es – wie es scheint – offenkundig sehr eilig gehabt, Belastendes verschwinden zu lassen. Sowohl der Schlauch, durch den die braune Soße geplätschert war, als auch die für die illegale Aktion eingesetzte Tauchpumpe waren futsch. Polizeibeamte und Mitarbeiter des Landkreises entdeckten am Morgen nur noch die Gülle-Schlempe-Lache. An „verschiedenen Stellen“ auf dem Grundstück seien Schlammproben entnommen worden, vermeldete Oliver Galeotti, Pressesprecher des

Landkreises. Gefahr sei „nicht im Verzug“, konstatierte er, musste aber zugleich eingestehen, dass gar nicht bekannt sei, über welchen Zeitraum sich die Einleitung erstreckt hat. Folglich kann auch niemand wissen, wie viel „Schlamm“ tatsächlich das Erdreich verunreinigt hat.

Ob nicht Boden ausgekoffert werden müsse? Zunächst bleibe abzuwarten, was die Analyse der Proben ergebe, bremste Galeotti. Gegen unbekannt sei ein Strafverfahren eingeleitet worden, teilte er weiter mit. Im Kreishaus habe es ferner ein Gespräch mit dem neuen Eigentümer der Liegenschaft, Edelhard Brinkmann (Güllebank Weser-Ems), gegeben. Was dabei herausgekommen ist, teilte der Pressesprecher mit Hinweis auf das „laufende Verfahren“ allerdings nicht mit. Nur so viel: Es sei auch um genehmigungsrechtliche Fragen gegangen – um Genehmigungen, die „Herr Brinkmann nicht hat“.

FREIE PRESSE

Agraset investiert nach Gülle-Vorfall

Gülle aus der Schweinezuchtanlage Agraset Naundorf hat vorige Woche den Wiederbach vergiftet. Jetzt will die Firma mit neuen Rohren das Risiko eindämmen.

Königshain-Wiederau. Eine Störung im Klärsystem der Agraset-Schweinezuchtanlage in Wiederau hat am Mittwoch vergangener Woche bei Anwohnern des Wiederbaches für helles Entsetzen gesorgt. Das glasklare und saubere Gewässer, in dem sich zuletzt die Bachforellen, Elritzen und Rotfedern stark vermehrt hatten, wurde von auslaufender Gülle vergiftet. "Wir konnten zusehen, wie die Fische ums Überleben kämpften, ohne Erfolg", schrieb Steffi Paul der "Freien Presse". Anwohner alarmierten Polizei, Feuerwehr und Umweltamt. Auch eine Woche nach dem Vorfall breitete sich gestern fauliger Geruch von Ablagerungen an den Bachrändern aus. Mangels Regens und angesichts eines eher niedrigen Wasserstandes verlief sich die Gülle nur langsam.

Kommende Woche will Agraset in das Klärsystem neue Rohre einbauen lassen, um künftig auszuschließen, dass sich ein solcher Vorfall wiederholt. Agraset hatte noch am Tag des Unglücks eine Stellungnahme zur Veröffentlichung im Gemeindeblatt geschickt, die von Wiederaus Bürgermeister Johannes Voigt (CDU) in der Gemeinderatssitzung am Donnerstagabend verlesen wurde. "Ich bin zutiefst verärgert, dass so etwas passiert ist, und entschuldige mich bei den Anwohnern in aller Form", sagte Geschäftsführer Jan Gumpert der "Freien Presse".

Zu dem Vorfall habe "eine Kombination aus menschlichen und technischen Unzulänglichkeiten" geführt, sagte Gumpert. Eine Grube, die Gülle aus einem Überlaufbecken hätte aufnehmen sollen, sei nicht geleert worden und deshalb übergelaufen. Die Leerung habe zu den Arbeitspflichten eines Beschäftigten gehört. Außerdem habe sich ein Kanalisationsrohr mit einem Durchmesser von 150 Millimetern zugesetzt. Alle derartigen Rohre in der Anlage werden kommende Woche durch 400-Millimeter-Rohre ersetzt, was einen hohen fünfstelligen Eurobetrag koste, so Gumpert.

Die Anwohner des Wiederbaches sind besonders empört, weil es sich um einen wiederholten Vorfall mit Gülle handelt. Bereits früher war es an der Milchviehanlage zu einer Störung

gekommen. Einige Wiederauer vermuteten, dass Agraset Gülle "ablassen" würde. "Uns ist das furchtbar unangenehm", sagte Geschäftsführer Gumpert. "Wir können uns bei den Bürgern nur entschuldigen. Es ist unser eigener Anspruch, dass so etwas nicht passiert." Noch liege ihm keine behördliche Auswertung vor. Im Schreiben fürs Gemeindeblatt fordert Agraset etwaige Geschädigte auf, sich wegen Schadenersatzansprüchen an das Unternehmen zu wenden.

Wiederaus Bürgermeister Johannes Voigt (CDU) bewertete die Reaktion von Agraset auf Anfrage der "Freien Presse" als verantwortungsvoll, auch wenn der Vorfall nicht zu verniedlichen sei. Die Auswertung sei zeitnah erfolgt, die Agraset-Führung stand früh mit der Gemeinde im Kontakt. Eine Schadenssumme lässt sich bislang nicht beziffern. Der Bach werde nicht bewirtschaftet und nicht gehegt, bei den Fischen handele es sich um einen natürlichen Bestand, sagte Voigt.

Die Agraset Naundorf ist Arbeitgeber für rund 100 Mitarbeiter, vier davon arbeiten in der Schweinemastanlage. Der Vorfall werde auch innerbetrieblich Konsequenzen haben, kündigt Gumpert an. Die zu erneuernden Rohre zwischen Stall und Becken haben eine Länge von etwa 15 Metern, außerdem werden zwei Handschieber eingebaut. "Viel mehr kann man auf der technischen Seite nicht machen", sagte Jan Gumpert. "Wir werden dann noch sehen, was die Behörde uns auferlegt."

Der Bach plätscherte gestern durch Wiederau, als sei nichts geschehen. An einer Uferstelle an der Lunzenauer Straße lag eine tote Ringelnatter. Ein Stück stromabwärts war eine Stockente mit sieben Küken unterwegs.

erschienen am 19.06.2014 (Von Ronny Schilder)

WDR

Schadet die Landwirtschaft der Natur?: Zu viel Gülle auf den Feldern

Von Rainer Kellers

In NRW wird zu viel Gülle auf die Felder gebracht. Das schadet dem Grundwasser. SPD und Grüne im Land wollen das Problem gründlich analysieren und haben am Donnerstag (12.06.2014) eine Große Anfrage an die Landesregierung gestellt. Das politische Ziel: Strengere Regeln für die Landwirtschaft.

Das Geschäft läuft gut für Landwirte. Seit einiger Zeit bewegen sich die Lebensmittelpreise auf hohem Niveau. Weltweit steigt der Bedarf an Fleisch, Futterpflanzen und Getreide. Hinzu kommt die Nachfrage nach Biokraftstoff und Biogas. Kein Wunder, dass viele Bauern aus den Äckern herausholen, was herauszuholen ist. Was gut ist für die Landwirte, macht der Natur zu schaffen. Flächen gehen verloren, Pflanzenschutzmittel belasten Tier- und Pflanzenwelt, aus Riesenställen kommt zu viel Gülle, und diese landet in zu großen Mengen auf den Feldern. Die Folge sind Belastungen des Grundwassers, der Böden und der Luft sowie ein Rückgang der biologischen Vielfalt in Nordrhein-Westfalen.

Die Landwirtschaft hat sich stark verändert

Mehr zum Thema

- [Macht Gülle krank?: Lokalzeit aus Aachen vom 09.05.2014 \[Mediathek\]](#)
- [Zu viel Nitrat: Wohin mit der Gülle? \[Fernsehen\]](#)
- [Gülleland NRW \[WESTPOL\]](#)

Eine alarmierende Entwicklung, meinen Landespolitiker von SPD und Grünen. Doch in welchem Ausmaß die Natur unter dem Boom der Landwirtschaft leidet, ist offenbar nicht genau bekannt. SPD und Grüne jedenfalls sehen Bedarf, das Thema grundsätzlich anzugehen. In einer so genannten Großen Anfrage stellen die beiden Fraktionen 131 Fragen an die Landesregierung. Sie wollen zum Beispiel wissen, wie groß der Flächenbedarf der Landwirtschaft ist, wie viel Gülle wann und wie ausgebracht wird, wie es um die Bodenerosion bestellt ist und welche Tiere und Pflanzen durch die Landwirtschaft verdrängt werden. "Wir erwarten eine umfassende Datensammlung und Handlungsempfehlungen", sagt der Grünen-Abgeordnete Norwich Rübe am Donnerstag in Düsseldorf. Man benötige einen aktuellen Zustandsbericht über die Landwirtschaft. Diese habe sich in den vergangenen Jahren "stark verändert".

4,8 Millionen Tonnen Gülle allein im Kreis Steinfurt

Besonders augenfällig sei diese Veränderung beim Einsatz von Gülle, sagt Rübe. Die Zeiten, da in kleinen Bauernhöfen gerade so viel Gülle entstand, dass damit die eigenen Felder ausreichend gedüngt werden konnten, seien vorbei. In riesigen Tiermastbetrieben fielen große Mengen an Gülle an, viel mehr, als die Umwelt verkraften könnte. So kämen allein im Kreis Steinfurt jedes Jahr 4,8 Millionen Tonnen Gülle, Mist und Gärreste zusammen, die auf 108.000 Hektar Felder verteilt würden. Das sind mehr als 44 Tonnen je Hektar.

40 Prozent des Grundwassers stark mit Nitrat belastet

Die Böden würden dadurch im Übermaß mit Stickstoff belastet. Dieses wiederum gelange ins Grundwasser, in dem sich das gesundheitsschädigende Nitrat anreichere. Mittlerweile, so Rübe, sei das Grundwasser in vielen Regionen stark belastet - vor allem da, wo eine intensive Viehzucht betrieben werde. Laut dem Umweltbericht der Landesregierung von 2013 sind rund 40 Prozent des Grundwassers in NRW so stark mit Nitraten belastet, dass es aufbereitet werden muss, um als Trinkwasser genutzt zu werden. Besonders betroffen sind Flächen am Niederrhein und im Münsterland. Regionen nahe der Grenze zu den Niederlanden haben zusätzlich Probleme durch Import-Gülle aus dem Nachbarland.

Dass die Landwirte zu viel Gülle ausbringen will der Westfälisch-Lippische Landwirtschaftsverband - einer von zwei Bauernverbänden in NRW - gegenüber WDR.de nicht bestätigen. Sauberes Trinkwasser sei ein Anliegen auch der Landwirtschaft, sagt Hans-Heinrich Berghorn, Sprecher des Verbandes. Für Landwirte gelte der Grundsatz: Nur so viel Düngung wie nötig.

Maximale Profite für die Landwirte

Rüße und sein SPD-Kollege Frank Sundermann sind da allerdings skeptisch. Sie befürchten, dass sich die Situation in den kommenden Jahren noch verschlechtern könnte. Ohne die Ergebnisse der Großen Anfrage vorwegnehmen zu wollen, fordern die beiden Landespolitiker Maßnahmen zum Schutz der Natur. So könnte die Düngeverordnung verschärft werden. Dafür hatte sich in Berlin bereits NRW-Umweltminister Johannes Rimmel (Grüne) stark gemacht. Eine Möglichkeit wäre laut Rüße, dass Gülle nur noch im Frühjahr ausgebracht werden dürfte. Herangehen könne man auch an die Obergrenzen für Stickstoff im Boden. Bislang sei die Düngeverordnung so gestaltet, dass "maximale Profite" für die Landwirte ermöglicht werden, kritisiert Rüße. Der Bauernverband habe "immer an den entscheidenden Schrauben gedreht", damit das so bleibe. Nun aber müsse etwas geschehen, sagt Rüße. Sauberes Wasser sei wichtiger als ein Maximal-Ertrag.

Stand: 12.06.2014, 16.06 Uhr

[Produktion und Förderung](#) | 19.06.2014 [agrarheute.com](#) 

Hofreport: Reife Erdbeeren und fleißige Hühner

Salzdahlum - Auf der Domäne Salzdahlum (Niedersachsen) geht es wieder rund: Pflücker ernten die reifen Erdbeeren und Landfrauengruppen informieren sich über die Legehennenhaltung.



Johannes Weber begrüßt uns am Hofladen. Bevor wir gleich zu seinen Erdbeerfeldern fahren, geht er in den Hofladen der Domäne. Er zählt durch, wieviele Stiegen süßer Früchte heute noch gepflückt werden müssen: "Wieviel wir täglich ernten ist eine Mischung aus Erfahrung und Glück", erklärt er. Gut sei es immer, abends alles verkauft und trotzdem jeden kaufwilligen Kunden zufriedengestellt zu haben. "Aber das gelingt uns natürlich nicht immer." Was übrig bleibt, wird zu Marmelade eingekocht, die sie im Hofladen anbieten.

Verkauf nur tagfrisch

Gut 10 Hektar Erdbeeren bauen die Webers an. Die Kultur ist ein wichtiges Standbein des Betriebes. Bis zu 70 Prozent der täglichen Ernte werden in den frühen Morgenstunden gepflückt und dann erst einmal im Kühlraum untergebracht: "Wir verkaufen ausschließlich tagfrische Ernte", hält Johannes Weber fest. Die Früchte werden bis zum Verkauf auf etwa 5°C heruntergekühlt. "Wir könnten sie auch kühler lagern, dann würden sie sogar noch besser halten. Aber wenn wir sie dann aus der Kühlung holen, beschlagen die Schälchen und lassen sich schlechter verkaufen."

Jetzt fährt Johannes Weber aufs Feld. Dort sind schon zahlreiche Selbstpflücker bei der Arbeit. Für 2,50 Euro können sie sich zurzeit ein Kilo pflücken und dabei natürlich auch die eine oder andere Erdbeere schon auf dem Acker genießen. "Bis um 10 Uhr kommt oft der erste Schwung zum Pflücken, dann nochmal mittags und schließlich in den Abendstunden wieder", weiß Johannes Weber. Morgens sind das eher ältere Kunden, die auch bei nicht so gutem [Wetter](#) vorbeischaun. Wenn es allerdings am späteren Vormittag einen ordentlichen Regenguss gibt, kann es sein, dass die Kunden an dem Tag nur noch spärlich kommen, selbst wenn sich das [Wetter](#) danach wieder bessert.

500 bis 600 Kilogramm Erdbeeren werden von den Pflückern an einem Tag wie heute geerntet, bei angenehmen Temperaturen um die 20 Grad Celsius und ohne Regen. Nach ein paar Regenstunden kann es sein, dass 200 Kilogramm ausreichen. An einem guten Samstag können es aber auch 800 Kilogramm werden.

Unwetter mit Folgen

Johannes Weber geht durch den Bestand, bückt sich immer wieder, streich die Blätter zurück und schaut sich die Früchte an. In den vergangenen Tagen gab es zwei Unwetter mit Hagel und Starkregen und zwischendurch Temperaturen von bis zu 35 Grad Celsius. "Das hat natürlich auch unseren Erdbeeren zugesetzt", bemerkt Weber und zeigt die Schäden: Die Sorte Darselect hat besonders gelitten. Hagelschläge haben die Früchte verletzt. Wasserflecken sind, vermutlich verstärkt durch den Hagel, deutlich zu sehen. "Eigentlich ist diese Sorte sehr witterungsbeständig, weil sie fester ist." Weber hofft auf kühleres und trockenes Wetter, damit der Grauschimmel die verletzten Stellen nicht angreift.

Anders ist es bei der Sorte Sonata, die Hauptsorte der Domäne. Fünf Hektar sind derzeit damit bepflanzt. "Bei der Sonata hat das Laub Schutz geboten und dadurch sind die Früchte kaum beeinträchtigt."

Pflanzenschutz kundenfreundlich

Insgesamt treten Schäden durch Botrytis cinerea, den Grauschimmel, in diesem Jahr bisher nur vereinzelt auf. "Die Frage ist immer nur, wie stark und schnell kann sich der Pilz ausbreiten", sagt Weber. Er sorgt kundenfreundlich vor - mit einer Spritzung in die Blüte. Die Früchte zu behandeln ist auch möglich, aber "dann hätten wir Rückstände im Fruchtfleisch und das wollen wir als Direktvermarkter auf keinen Fall". Wie er die Flächen gedüngt hat, das behält er für sich. "Jeder Erdbeeranbauer entwickelt in Sachen [Düngung](#) seine eigene Strategie."

Insgesamt freut sich Johannes Weber über eine gute Ernte. "Ein Problem wird es aber wohl geben. Die Früchte sind alle auf einen Schlag reif und wir bekommen sie dann eventuell nicht mehr angemessen vermarktet."

Pflücken im Stundenlohn

Auf dem Weg zu den im Mai frisch bepflanzten Feldern kommen wir auf die Personalkosten für den Erdbeeranbau: "Die sind bei uns relativ hoch", erzählt Johannes Weber. "Wir pflücken nämlich nicht im Akkord, sondern im Stundenlohn." Das treibt die Kosten in die Höhe, aber es fördert auch die Fruchtqualität. Die Pflücker behandeln die Ernte schonender. So bleibt sie länger frisch und sieht besser aus. Außerdem entfernen sie faule Erdbeeren aus dem Bestand, aber eben nur, wenn man nach Stundenlohn bezahlt.

Nicht nur den Früchten tut die Bezahlung nach Stundenlohn gut. Auch die Mitarbeiter sind damit zufriedener: "Sieben Euro bekommen die Helfer ausgezahlt. Darauf kommen noch etwa 30 bis 35 Prozent Lohnnebenkosten. Dann sind wir bei 9,50 bis 10 Euro", rechnet Weber vor. Pro Stunde kostet ein Erntehelfer den Betrieb etwa zwölf Euro. Darin sind auch Sachleistungen enthalten wie Kost und Logis, Kaffee, ein Anteil am Mittagessen und Eier.

Im ersten Jahr Blüten ab

Schließlich erreichen wir die diesjährigen Pflanzungen. Etwa 30.000 Erdbeerpflanzen pro Hektar haben die Webers in diesem Mai als sogenannte Frigopflanzen auf insgesamt gut drei Hektar in den Boden gebracht. Frigopflanzen sind gefrorenen Setzlinge, die im Herbst beim Vermehrer gerodet, bis auf wenige Blätter gestutzt und bis zur Pflanzung bei -1 bis -2° Celsius gelagert wurden. "Das Pflanzbeet haben wir im frühen Frühjahr mit einem tiefen Grubberstrich vorbereitet." Zur Pflanzung sind sie nach einer Herbizidspritzung nochmal mit der Saatbettkombination über das Feld gefahren. "Wieviel Erdbeeren wir pro Jahr ernten, das schwankt um mehrere hundert Prozent, sagt Johannes Weber und lacht. "Ich sage da schon gar nichts mehr zu." Die Größe der Anbaufläche ist deshalb ein Erfahrungswert über mehrere Jahre.

Gäste besuchen Legehennen

Szenenwechsel am Nachmittag. Es gibt noch Besuch: Eine Landfrauengruppe möchte sich die Legehennen der Domäne anschauen. Johannes Weber zeigt gerne seine drei Mobilställe mit dem drei Hektar großen Freilaufgelände. Etwa 30 Besuchergruppen empfängt er im Jahr und beantwortet die vielen Fragen, die seine Kunden haben. "Unsere Gäste genießen hinterher unsere Eier noch mehr", freut sich der Landwirt. "Und wir machen so ein bisschen Werbung für uns."

Wieviele Eier legen die Hühner? Diese Frage muss Johannes Weber jedesmal beantworten. Die Legeleistung liegt im Schnitt bei 84 bis 85 Prozent, in Spitzenzeiten werden bis zu 94 Prozent erreicht. Im Winter ist die Leistung etwas niedriger wegen der kälteren Temperaturen in den Ställen.

Legeperiode extra lang

Auf der Domäne sind die Hennen für eine Legeperiode von 15 Monaten im Einsatz, das sind etwa 25 Prozent mehr als üblich: "Die Rasse Tetra, die wir nutzen, legt bis zu 15 Monate lang qualitativ gute Eier", sagt Weber. Außerdem sehen die Tiere auch bis zum Schluss noch gut

aussehen, ebenfalls ein Grund, die Legeperiode zu verlängern. In der Herde gibt es keine Probleme mit Federpicken. Nicht umsonst halten die Webers nur 1.600 Hühner in jedem der drei Mobilställe, die pro Stall eigentlich für 1.816 Tiere zugelassen sind. Und sie bieten den Tieren jeweils ein Hektar Auslauf im Freien.

Nicht zuletzt sorgen auch die Hähne in der Herde für ein besseres Sozialverhalten unter den Tieren. Die Legehennen sind ruhiger bei Anwesenheit von Hähnen. "Trotzdem nimmt die Legeleistung natürlich in den letzten drei bis vier Monaten deutlich ab", beschreibt Johannes Weber. Die Kosten pro Ei sind in der Zeit zwar etwas höher, da der Futterverbrauch gleich bleibt. "Aber durch die verlängerte Legeperiode haben wir auch den Vorteil, dass die Lücken im Eierangebot nur alle 15 Monate auftreten. Nach einem Stallwechsel fehlen uns schließlich sechs Wochen lang Eier."

Futter ohne Raps

Seine Besucher wollen auch wissen, was die Hühner fressen. Schließlich bestimmt das Futter auch die Qualität der Eier. Bei den Webers gibts ein Gemisch aus Bohnen, Weizen und Mais für den guten Eiengeschmack. Zusätzlich bekommen die Tiere Mineralfutter und Kalk. Das hält die Schale stabil. "Wir lassen Raps als Energieträger bewusst aus unserem Futter heraus. Denn: Wenn der Rapsanteil im Legehennenfutter zu hoch ist, schmecken die Eier leicht nach Fisch. Das ist gerade bei der Rasse Tetra der Fall." Johannes Weber weist darauf hin, dass gutes Futter aber auch seinen Preis hat: "Das können wir uns als Direktvermarkter leisten. Für größere Hühnerhaltende Betrieb ist das nicht finanzierbar, weil der Preisdruck einfach zu stark ist."

Weber setzt am liebsten Legemehl ein. Er hat aber auch schon Pellets ausprobiert: "Die nehmen die Hühner auch sehr gerne an. Wir haben allerdings eine recht lange Futterkette. Dadurch werden die Pellets mit der Zeit fein gemahlen. Dieses Mehl bleibt schließlich übrig und wird nicht aufgenommen." Deshalb nimmt er am liebsten grobes Mehl. Das fressen die Hühner komplett auf.

Stroh-/Sandgemisch zum Scharren

Den Kaltscharraum können die Hühner den ganzen Tag lang nutzen. "In Sachen Einstreu haben wir schon viel experimentiert." Reines Stroh, reine Hackschnitzel und purer Sand sowie feiner Kies hätten sich nicht bewährt. Derzeit nutzen sie ein Gemisch aus 1/3 Stroh und 2/3 Sand: "Den Sand mögen die Hühner gerne zum Staubbaden, um ihr Gefieder zu pflegen und das Stroh hält das Ganze locker", berichtet Johannes Weber. Wenn die Hühner von draußen Erde und Feuchtigkeit mit hereinbringen, backt die Einstreu sonst häufig zusammen. Das wird durch den Strohzusatz verhindert. Statt des Strohs könne man auch Hackschnitzel einsetzen. Die Mengen an Stroh bzw. Hackschnitzel dürfe nur nicht zu groß werden, denn: In das Stroh legen die Tiere auch gerne Eier und die Hackschnitzel fressen sie.

Die Landfrauen wollen schließlich noch in den Hofladen der Domäne, natürlich auch, um ein paar frische Eier mitzunehmen. Nach einem ausgiebigen Einkauf verabschieden sie sich. Und auch wir machen uns auf den Heimweg. Vielleicht treffen wir Johannes Weber beim nächsten Mal schon bei der Ernte an.

In unserem ersten Teil des Hofreportes von der Domäne Salzdahlum haben wir Johannes Weber bei der Bestandkontrolle auf den Acker begleitet und in seine Mobilställe geschaut. [Klicken Sie auch in den Film zu unserem ersten Besuch vor Ort ...](#)

PROPLANTA

4.7.2014

Backhaus spricht sich für Glyphosateinsatz aus

Schwerin - „Ohne den gezielten, auf das notwendige Maß beschränkten Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in der Landwirtschaft ist ein ausreichender Schutz vor Schadorganismen und die Erhaltung der Pflanzengesundheit nicht möglich.“

(c) proplanta

„Es geht um die Sicherung des Erntegutes und gleichzeitig um die Einhaltung der guten fachlichen Praxis. Daher ist eine auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basierende Diskussion notwendig“, betonte Dr. Till Backhaus, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz, gestern im Landtag.

In der Diskussion um das Verbot bzw. die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln darf nicht vergessen werden, dass als Mitglied der EU die europäische Gesetzgebung gilt und das Pflanzenschutzrecht EU-weit harmonisiert wurde. Das heißt, Zulassungen bzw. auch Verbote gelten in allen Mitgliedstaaten gleichermaßen.

„Wenn im Alleingang die Abgabe in Deutschland verboten werden sollte, ist davon auszugehen, dass auf glyphosathaltige Mittel aus den Nachbarländern zurückgegriffen wird“, so Dr. Backhaus. Die deutschen und europäischen Behörden überprüfen und bewerten regelmäßig die Risiken aller Pflanzenschutzmittel anhand fundierter fachlicher Erkenntnisse. Darunter fällt auch die Kontrolle von Glyphosat.

Der Wirkstoff erfüllt demnach die EU-Kriterien und vom Wirkstoff gehen keine Gefahren für die Gesundheit aus. Dennoch bestehen Bedenken hinsichtlich des Schutzes der biologischen Vielfalt, weshalb ein verbessertes Risikomanagement empfohlen wird. Die Schlussfolgerungen der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA und der Entscheidungsvorschlag der EU-Kommission sind zunächst abzuwarten. „Ich hoffe, dass wir dann bald Klarheit bekommen. Doch das können wir nicht hier auf Landesebene regeln“, betonte der Minister.

Nach Bundesrecht sind glyphosathaltige Pflanzenschutzmittel zur Abreifeschleunigung zugelassen, doch gehören bei regelmäßiger Anwendung nicht zur guten fachlichen Praxis. Die Anwendung kann bei feuchter Witterung vor Erntebeginn erforderlich werden, da vermehrt Unkrautdurchwuchs oder ein Auskeimen des Getreides drohen und das massive Ernteverluste oder Ernteerschwernisse zur Folge hätte. „Es geht dabei nicht nur um landwirtschaftliche Belange, sondern auch darum, dass die Versorgung mit Lebensmitteln gewährleistet ist“, so Dr. Backhaus.

Im Haus- und Kleingartenbereich ist Glyphosat nur zur Erneuerung des Rasens zugelassen, wird aber auch vorrangig auf Wegen und Garageneinfahrten angewendet, was rechtswidrig ist. Dadurch ist die Gefahr eines direkten Eintrags in die Vorflut über der Kanalisation verstärkt gegeben. „Uns allen sollte der verantwortliche Umgang mit der Umwelt zugunsten der nachfolgenden Generationen bewusst sein. Deshalb ist der Einsatz durch rechtliche Regelungen, aber auch durch kontinuierliche Aufklärung und Information über Nutzen, Risiken und die richtige Anwendung von Pflanzenschutzmitteln, auf das dringend erforderliche Maß einzuschränken“, forderte Minister Dr. Till Backhaus. (PD)

SUS ONLINE

Nährstoff-Bilanz: Der Druck wächst

01.07.2014



Die neuen DLG-Werte bringen teils Erhöhungen beim rechnerischen Nährstoff-Anfall der Tiere.

Nach langwierigen Vorarbeiten hat die DLG jetzt neue Tabellen-Werke zu den Nährstoffausscheidungen im Schweinebereich veröffentlicht. Insbesondere Betriebe mit hohen biologischen Leistungen müssen künftig – zumindest bilanziell – mit einem Anstieg der Nährstoff-Ausscheidungen rechnen. So hat die DLG die maximale Leistung im Sauenbereich von bisher 22 auf 28 abgesetzte Ferkel angehoben. In der Mast gibt es künftig auch eine neue Klasse für sehr gute Betriebe mit Tageszunahmen oberhalb von 850 g. Neu ist in der Mast auch, dass es mit Universalfutter, N- und P-reduziertem und stark N- und P-reduzierten Futter künftig drei Rationsklassen geben soll. Die Umsetzung der neuen Nährstoffausscheidungen erfolgt über die betriebliche

Nährstoffbilanz im Rahmen der Düng-Verordnung. Mit der für 2015 geplanten Novelle der Düng-VO würden dann die neuen DLG-Werte greifen. Auch beim qualifizierten Flächennachweis im Rahmen von Stallbauten sollen künftig die neuen Nährstoff-Daten zu Grunde gelegt werden. Weitere Infos hat die Landwirtschaftskammer Niedersachsen in einem Fachartikel zusammengestellt. Der Artikel kann nachfolgend heruntergeladen werden.
[Download](#)

TOP AGRAR ONLINE

Frage der Woche (Stand: 4.7.2014, 11.45 Uhr)

Erleichterungen beim Mindestlohn: Die Kosten für Verpflegung und Unterkunft von Erntehelfern sollen auf die 8,50 € Mindestlohn angerechnet werden dürfen und die sozialversicherungsfreie Zeit soll von 50 auf 70 Tage steigen. Wie finden Sie das?

- Saisonarbeiter sollten komplett vom Mindestlohn befreit werden (15 %)



- Ausnahmen sollten noch weitgehender sein (7 %)



- Ausnahmen sind so OK (25 %)



- **Bin gegen Ausnahmen (47 %)**



- Weiß nicht (6 %)



1386 Teilnehmer

TOP AGRAR ONLINE

Neue Investitionsförderung in Baden-Württemberg



Wolfgang Reimer Agrarpolitik muss sich nach den Worten des Amtschefs im baden-württembergischen Landwirtschaftsministerium, Wolfgang Reimer, an gesellschaftlichen Entwicklungen ausrichten, da nur eine breit akzeptierte Landwirtschaft auf Dauer erfolgreich sein kann. Eine besondere Rolle spielt dabei aus seiner Sicht die landwirtschaftliche Tierhaltung.

„Die grün-rote Landesregierung hat deshalb die einzelbetriebliche Investitionsförderung neu gestaltet. Künftig sind Stallbauinvestitionen dann förderfähig, wenn sie einen konkreten Beitrag zu mehr Verbraucher-, Umwelt- oder Klimaschutz leisten und über die derzeit gesetzlichen Standards hinaus zu mehr Tierwohl beitragen“, erklärte Reimer kürzlich zum Start der neuen einzelbetrieblichen Förderung im Land. Agrarinvestitionen mit staatlicher Förderung stärkten damit zugleich Tierwohl und Wettbewerbsfähigkeit, betonte Reimer.

Angaben des Stuttgarter Agrarressorts zufolge orientiert sich die neue Verwaltungsvorschrift an den Zielen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die EU-Förderperiode 2014 bis 2020. Bei Investitionen in landwirtschaftlichen Unternehmen müssten nach dem bundesweit geltenden Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) in mindestens einem der Bereiche Verbraucher-, Umwelt- oder Klimaschutz besondere Anforderungen erfüllt werden. Für Investitionen in Stallbauten seien außerdem bauliche Basisanforderungen an eine besonders tiergerechte Haltung zu erfüllen.

„Im Gegensatz zu einigen anderen Bundesländern bietet Baden-Württemberg hierzu die Basisförderung von 20 % an. Um Marktsegmente auch im Premiumbereich erschließen zu können, unterstützen wir die Erfüllung weitergehender Anforderungen an eine besonders tiergerechte Haltung mit einem Fördersatz von bis zu 40 %“, hob der Amtschef hervor.

Mit der Weiterentwicklung des Agrarinvestitionsförderungsprogramms (AFP) habe die Landesregierung die baulichen Anforderungen an Stallanlagen so festgelegt, dass Fortschritte beim Tierschutz erreicht würden und gleichzeitig die wirtschaftliche Attraktivität dieser Fördermaßnahme gegeben sei. Die Premiumstrategie werde ergänzt durch weitere Unterstützungsmaßnahmen in den Programmen Beratung und „Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl“ (FAKT).

„Marktorientierte Ansätze sind zielführender als hartes Ordnungsrecht!“

04.07.2014, von Dr. Ludger Schulze Pals



Christian Schmidt auf dem Bauerntag EEG-Novellierung, neue Düngeverordnung, Entschärfung der Superabgabe und Akzeptanzkrise der Nutztierhaltung. top agrar sprach mit Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt über die aktuellen Baustellen der Agrarpolitik.

top agrar: Herr Minister, der Bundestag hat am vergangenen Freitag wie geplant das Erneuerbare-Energien-Gesetz verabschiedet. Dennoch reißt die Kritik nicht ab, was die Biogasförderung betrifft. Jetzt muss der Bundesrat sein Votum abgeben und auch Brüssel hat noch nicht endgültig zugestimmt. Wird es noch Nachbesserungen geben?

Schmidt: Irgendwann muss ein Paket auch mal zu Ende geschnürt sein. Wenn wir es jetzt noch einmal öffnen, ist die gesamte Förderung der Erneuerbaren Energien in Gefahr. Das können wir nicht riskieren. Wichtig ist: Wir haben Planungssicherheit für unsere Landwirte erreicht. Diejenigen, die in der Vergangenheit investiert haben, können weiterhin von den ursprünglich zugesagten Konditionen ausgehen. Kleine Details, z. B. bei der Biomethanförderung, regeln wir in dieser Woche im Sinne der Betroffenen.

top agrar: Wie geht es mit der Düngeverordnung weiter?

Schmidt: Wir werden im Laufe der Sommerpause einen ersten Entwurf vorlegen. Vor wenigen Wochen hat die von mir initiierte Arbeitsgruppe Düngeverordnung unter Beteiligung aller Länder bereits das erste Mal getagt. Die Staatssekretäre der meisten Länder waren dabei. Die Ergebnisse dieses Gesprächs wurden in den Entwurf zur Neufassung der Düngeverordnung übernommen, der derzeit im BMEL abgestimmt wird. Noch vor der Sommerpause sind Gespräche in Brüssel geplant, um die EU-Kommission über den Fortgang des Verfahrens zu informieren. Darüber hinaus müssen wir allerdings auch darüber reden, ob wir begleitend zum Ordnungsrecht auch Anreizprogramme für ein effizienteres Gülle- und Düngemanagement schaffen müssen.

top agrar: Beim angestrebten USA-EU-Freihandelsabkommen TTIP haben Sie von unumstößlichen Standards gesprochen. Welche sind das?

Schmidt: Für mich steht unsere Philosophie der Prozesssicherheit außer Frage. Das heißt, von der Erzeugung über die Schlachtung bis zum Verkauf muss die Lebensmittelsicherheit durchgängig gewährleistet sein. Für uns kommt es nicht in Frage, dass wir erst am Ende des Prozesses die Schlachtkörper desinfizieren, zum Beispiel mit Chlor, so wie es die USA mit ihren Hühnchen machen, und dann zu sagen: Jetzt ist alles wieder OK. Wir müssen im ganzen

Prozess hygienisch arbeiten. Wir wollen auch kein hormonbehandeltes oder geklontes Fleisch, und wir bestehen darauf, dass wir über die Opt-Out-Regelung den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen bei uns ausschließen können. Wir wollen, dass der Verbraucher durch eine klare Kennzeichnung selbstständig wählen und entscheiden kann, ob er Produkte mit und ohne Gentechnik kauft.

Mitgliederversammlung auf dem Bauerntag top agrar: Im März 2015 läuft die Milchquote aus. Wird es noch gelingen, die Superabgabe im Hinblick auf den dann offenen Markt zu entschärfen?

Schmidt: Ich halte es für richtig, die Superabgabe über Änderungen bei der Fettkorrektur erträglicher zu gestalten. Jeder weiß, dass wir uns bei der nächsten Abrechnung bereits im offenen Markt befinden. Dafür sollten wir einen sanften Übergang schaffen. In der vergangenen Sitzung des EU-Agrarrats im Juni hat der von Spanien, Österreich und Deutschland verfeinerte Antrag der griechischen Ratspräsidentschaft eine einfache Mehrheit gefunden. Es fehlt uns aber eine qualifizierte Mehrheit (*Anm. der Red: 255 von insgesamt 345 Stimmen der 27 EU-Staaten. Deutschland hat 29 Stimmen*). Darum bemühen wir uns weiter intensiv. Ich bin aber nur begrenzt optimistisch, dass uns das noch gelingt. Trotzdem gebe ich nicht auf und kämpfe weiter für die Interessen der deutschen Milcherzeuger. Letztlich entscheidet aber der Kommissar.

top agrar: Was halten Sie eigentlich von einer zweiten Amtszeit von Dacian Ciolos als Agrarkommissar?

Schmidt: Ich kann mir keinen Agrarkommissar nach meinen Wünschen „backen“, sondern muss mit der Person auskommen, die den Posten bekleidet. Mit Dacian Ciolos habe ich in den vergangenen Monaten vertrauensvoll zusammengearbeitet. Ich gehe davon aus, dass das gute Verhältnis mit Ciolos so bleibt.

top agrar: In Deutschland wird intensiv über die Zukunft der intensiven Nutztierhaltung gestritten. Sie haben die schrillen Töne in der Diskussion kritisiert. Fühlen Sie sich dazu berufen, diese emotionale Debatte zu moderieren und zu kanalisieren?

Schmidt: Das ist mein Ziel. Ich werde eine Initiative für Tierwohl starten und die verschiedenen Gruppen an einen Tisch holen. Da werden wir sicher nicht in allen Punkten Einigkeit erzielen. Aber ich will gegen die negative Stimmung angehen. Das geht am besten mit Informationen und mit Fakten. Die aufgeregte und aufgeheizte Stimmung basiert oft auf Missverständnissen und idyllischen Vorstellungen. Mich freut sehr, dass der Tierschutzbund mit seinem Tierschutzlabel in eine andere Richtung geht. Das unterstütze ich, weil ich marktorientierte Ansätze für zielführender halte als hartes Ordnungsrecht. Nach meinem christlichen Verständnis ist mir aber auch wichtig, dass wir die Würde der Tiere achten. Ich will mit den Beteiligten darüber reden, wie wir das in Zukunft alles unter einen Hut bekommen.

top agrar: Wann startet die Initiative?

Schmidt: Im Herbst nach der Sommerpause. Die Vorbereitungen sind schon angelaufen.

AgrarZeitung

Verkaufsabsichten | 4. Juli 2014, 8:21 Uhr **Spekulationen um Plukon**
Niederländische Zeitungen berichten, der Eigner der niederländischen Plukon Food Group, dem größten Geflügelvermarkter Europas, denke über den Verkauf des Unternehmens nach.

Der Aufschwung in der Wirtschaft, hohe Zuschüsse und niedrige Zinsen scheinen die richtigen Bedingungen für einen Verkauf zu bieten, heißt es im Financieele Dagblad (FD). Es müsse aber ein Mehrwert zu erzielen sein, sagte ein Sprecher des Finanzkonzerns Gilde Buy Out gegenüber FD.

Dieser hatte den Geflügelvermarkter Anfang 2009 von der Cebeco Groep BV übernommen. Durch Übernahmen in Großbritannien sowie Deutschland war das Unternehmen rasch gewachsen und vermeldete zuletzt einen Umsatz von 1,4 Mrd. €. Im Jahr 2011 fusionierten deutsche Tochter Friki mit der Gebr. Stolle GmbH & Co. KG, Visbek, um eine bessere Marktposition in Deutschland zu erreichen.

Der Konzern schlachtet jährlich knapp sieben Millionen Masthühner - in Deutschland an den Standorten Storkow (Brandenburg), Brenz (Mecklenburg) und Gudensberg (Hessen). (hed)

Lebensmittelzeitung online

[Verkaufsgerüchte Plukon-Chef zeigt sich überrascht](#)

Freitag, 04.07.2014

Plukon-Chef Peter Poortinga reagiert auf Gerüchte über einen anstehenden Verkauf des Geflügelkonzerns überrascht. Mehrheitsanteilseigner Gilde sehe unverändert positive Perspektiven, weiter mit Plukon zu wachsen, betont der Manager. [Mehr >](#)

Berliner ZeitungBerlin

Informationen und Veranstaltungen rund um die Hauptstadt Berlin und die Region

13.06.2014

Geflügelproduzent: Neue Arbeitsplätze in Oder-Spree

Storkow –

Der Geflügelproduzent Friki Storkow GmbH erweitert seinen Standort im Landkreis Oder-Spree. Mehr als neun Millionen Euro werden in den Ausbau investiert, teilte das Potsdamer Wirtschaftsministerium am Freitag mit. Dadurch sollen auch 38 neue Arbeitsplätze entstehen, vor allem in den Bereichen Versand und Lager. In der Grillsaison arbeiten in dem Schlachtereibetrieb rund 400 Menschen.

Mehr als 750 000 Hähnchen würden wöchentlich geschlachtet, viele seien von Höfen aus der Region geliefert worden, gab Sprecherin Ulrike Rücker an. Zerlegt und verpackt gingen die Fleischteile von Storkow aus in den bundesweiten Handel.

Von der Investitionssumme würden allein drei Millionen Euro in die Bauarbeiten für zwei Hallen fließen. «Gerade im Tiefkühlbereich stoßen wir schon an Grenzen», sagte Rücker. In den letzten zehn Jahren habe es bereits mehrere Erweiterungen und Modernisierungen für insgesamt 35 Millionen Euro gegeben.

An der aktuellen Investition hat sich die Investitionsbank des Landes (ILB) mit Zuschüssen in Höhe von knapp 2,8 Millionen Euro beteiligt. Die ILB hatte zuvor bereits einen Ausbau der Friki Storkow GmbH gefördert. Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (Linke) lobte den Ausbau. Damit würde die Region für die Branche attraktiver werden. (dpa/bb)

Bio-Markt.Info

Interview zur Übernahme von IMO durch Ecocert

Autor: Karin Heinze

Quelle: Ecocert und IMO-Mitteilung

Der international tätige Zertifizierer **Ecocert** hat die **IMOs**swiss AG (Schweiz) und die **IMO GmbH** (Deutschland) zu 100 % übernommen. Nach einer intensiven Verhandlungsphase mit verschiedenen Zertifizierern ([wir berichteten](#)) hat die **Bio-Stiftung Schweiz**, Eigentümerin der **IMO Gruppe**, die strategische Entscheidung getroffen, eine starke **Partnerschaft** mit der Ecocert SA Gruppe (Frankreich), einem führenden Akteur der Bio-Branche, einzugehen, heißt es in einer Presseerklärung. Karin Heinze sprach auf der BioNord mit dem Kontrollstellenleiter Ecocert Deutschland, Walter Faßbender. Sehen Sie das Video-Interview.

In einem ersten Schritt wurde am **19. September 2013** die IMOsswiss AG an Ecocert übertragen. In einem zweiten Schritt, wurde am **1. Oktober 2013** die IMO GmbH von Ecocert SA übernommen. Die anderen **neun eigenständigen IMO Büros** in Bolivien (Lateinamerika), Brasilien, Chile, China, der Dominikanische Republik (Karibik), Indien, Kroatien, Mexiko und Türkei sind der IMOgroup AG angegliedert und **von diesen Übernahmen nicht betroffen**.

Ecocert Vizepräsident **Michel Reynaud** und der COO **Philippe Thomazo**, wurden zum Verwaltungsrat der IMOsswiss AG und **Philippe Thomazo zum neuen Geschäftsführer der IMO GmbH** ernannt. "Wir wollen die bestehenden Unternehmen erhalten und beide Marken am Markt sichern," erklärt Thomazo. "Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir zusammen mit MitarbeiterInnen und zuständigen Behörden die beste Lösung finden. Das ist für uns alle eine Herausforderung." Die von IMO ausgestellten Zertifikate und Bescheinigungen behalten

auch in Zukunft ihre Gültigkeit.

Ecocert wurde 1991 in Frankreich gegründet und hat sich zu einem **führenden internationalen Zertifizierer mit 23 Tochtergesellschaften** entwickelt, der in über 80 Ländern tätig ist.

IMO wurde vor über 20 Jahren von Rainer Bächli in der Schweiz gegründet und gehörte mit 400 Mitarbeitern in 11 unabhängigen Unternehmen ebenfalls zu einem führenden internationalen Zertifizierungsunternehmen. Durch die Übernahme entsteht das **weltweit größte Unternehmen** in diesem Sektor.

11.10.2013

Schrot & Korn 7/2014

EU bringt Bio in Gefahr

Bio-Branche fürchtet massive Rückschläge durch eine neue EU-Öko-Verordnung – und vermutet Absicht. // Leo Frühschütz

Mit deutlichen Worten hat der *Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW)* Stellung gegen den Entwurf einer neuen EU-Öko-Verordnung bezogen: „Technische und konzeptionelle Mängel“, „untaugliche Maßnahmen“, „unrealistische Zeiträume“, so klingt es in der Stellungnahme des deutschen Bio-Dachverbandes.

„Der Verordnungsvorschlag würde dazu führen, dass deutlich weniger Betriebe in Europa ökologisch wirtschaften und damit die umweltfreundlichste Form der Lebensmittelerzeugung ausbremsen“, beschreibt der *BÖLW*-Vorsitzende Felix Prinz zu Löwenstein die Folgen. Der Verband „fordert Bundesregierung sowie das EU-Parlament auf, den Entwurf in seiner jetzigen Form zurückzuweisen.“ Die Bio-Verbände der anderen EU-Staaten teilen diese Sicht. Auch die Bundesregierung und Länder im Bundesrat lehnen eine Neufassung ab.

Der scharfe Ton der Bio-Verbände hat seinen Grund. Zwei Jahre lang haben sie der Kommission Vorschläge gemacht, wie die bestehende Verordnung verbessert werden könnte. Effektivere Kontrollen, mehr Tierwohl, strengere Vorgaben für die Verarbeitung waren einige der Themen. Doch die EU-Beamten haben die Anregungen der Branche ebenso ignoriert wie Studien unabhängiger Experten. Stattdessen wollen sie die aktuelle, erst 2009 in Kraft getretene Fassung der Öko-Verordnung komplett ersetzen.

Das führe zu Rechtsunsicherheit und zahlreichen Prozessen, warnt der *BÖLW*. Die *Assoziation ökologischer Lebensmittelhersteller* vermutet, dass bei der Vorbereitung dieses Vorhabens „die Vertreter der konventionellen Agrar- und Lebensmittelwirtschaft“ Ratgeber der Kommission waren. Denn nur sie hätten ein Interesse, dem Öko-Landbau derart zu schaden. Ob sie sich durchsetzen, wird sich frühestens im Herbst zeigen, wenn das neu gewählte EU-Parlament und die neuen EU-Kommissare ihre Arbeit aufnehmen. Weitere Infos: www.schrotundkorn.de

Proplanta

Wie beeinflussen Antibiotika die Bodenorganismen?

Braunschweig - Wissenschaftler des Julius Kühn-Instituts (JKI) in Braunschweig erforschen die Zusammensetzung der Gemeinschaft von Bodenmikroorganismen.

(c) proplanta

Sie gehen dabei auch der Frage nach, inwiefern Antibiotika und antibiotikaresistente Bakterien aus der Tierhaltung, die über Gülle in den Boden gelangen, die bakterielle Gemeinschaft beeinflussen.

„Um ein mögliches Risiko für die menschliche Gesundheit abschätzen zu können, ist es notwendig, den Verbleib der Antibiotika im Boden sowie ihre Auswirkungen auf Bodenmikroorganismen, vor allem aber auf das Vorkommen und die Übertragbarkeit von bakteriellen Antibiotikaresistenzen zu kennen“, so Professorin Kornelia Smalla vom JKI.

Im Rahmen der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Forschergruppe FOR566 untersuchte das Team der Mikrobiologin die Auswirkungen von Antibiotika, die mit Gülle in den Boden gelangen, auf Bodenbakterien und besonders auf das Vorkommen und die Übertragbarkeit von Antibiotika-Resistenzgenen.

Ein jetzt in der Zeitschrift „Trends in Microbiology“ publizierter Übersichtsartikel fasst die aktuellen Ergebnisse der Forschergruppe und weiterer internationaler Wissenschaftler zum Themenkomplex „Schicksal und Effekte von Veterinärantibiotika im Boden“ zusammen und identifiziert weiterführende Forschungsfragen (doi: 10.1016/j.tim.2014.05.005).

Die Ergebnisse legen nahe, dass mit Antibiotika kontaminierte Gülle zumindest kurzfristig die Bakteriengemeinschaften im Boden stören und zur Erhöhung der Häufigkeit und Übertragbarkeit von Antibiotikaresistenzen führen kann. Dies könnte zur Entstehung multiresistenter Keime beitragen und letztlich zum Gesundheitsrisiko für Menschen werden.

Das Schicksal der Antibiotika im Boden hängt dabei maßgeblich von ihren Substanzeigenschaften ab. So werden z. B. β -Lactam Antibiotika im Boden üblicherweise schnell abgebaut, während Tetracycline und Fluoroquinolone Monate bis Jahre im Boden verbleiben können. Eine weitere wichtige Rolle scheinen Pflanzen zu spielen, die durch ihre Wurzeln Nährstoffe an den Boden abgeben und somit den Verbleib und die Effekte von Antibiotika im Boden beeinflussen.

„Da Antibiotika in gebundener Form auch über längere Zeiträume im Boden verbleiben können und in geringen Konzentrationen kontinuierlich freigesetzt werden, sind langfristige Effekte über Zeiträume von Jahren und Jahrzehnten vorstellbar. Sie lassen sich jedoch wegen der komplexen Vorgänge im Boden nach bisherigem Wissensstand immer noch schwer abschätzen“, so das Fazit von Prof. Smalla.

Original-Publikation:

Jechalke, S. et al. (2014), Fate and effects of veterinary antibiotics in soil, TIMI (Trends in Microbiology), doi: 10.1016/j.tim.2014.05.005

Link: <http://www.cell.com/trends/microbiology/abstract/S0966-842X%2814%2900114-0> (jki)

NWZ

12.06.2014

Symposium

Tierhalter debattieren Antibiotika-Einsatz

Agrar- und Ernährungsforum nimmt Tiergesundheit ins Visier

Gemeinsam sollen Lösungen für mehr Tiergesundheit gefunden werden. Die Landwirtschaft soll weiter wachsen.

[Anuschka Kramer](#)

Cloppenburg Welche Wege gibt es, den Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung zu reduzieren? Eine Frage, der Landwirte, Tierhalter und Tierärzte am Mittwoch auf Einladung des Agrar- und Ernährungsforums (AEF) Oldenburger Münsterland in der [Cloppenburger Stadthalle](#) nachgegangen sind.

Hintergrund der Debatte, geführt von [Dr. Thomas gr. Beilage](#) (Tierarzt und Landwirt), [Reinhild Benning](#) (BUND), den beiden Kreislandvolk-Vorsitzenden [Hubertus Berges](#) und [Norbert Meyer](#) sowie [Dr. Gerald Otto](#) von der Goldschmaus-Gruppe (Garrel), war das am 1. April in Kraft getretene novellierte Arzneimittelgesetz. Dieses sieht die drastische Reduzierung von Antibiotika-Verabreichungen in der Tierhaltung vor. Ab 1. Juli müssen Landwirte, die Rinder, Schweine, Hühner und Puten zur Mast halten, alle sechs Monate den Behörden melden, welche Antibiotika sie in diesem Zeitraum in welchen Mengen welcher Anzahl von Tieren verabreicht haben.

Die Regelungen soll im Kampf gegen die starke Zunahme resistenter Keime unterstützen. Diese bergen die Gefahr, dass Krankheiten wie etwa Lungenentzündung oder Durchfall in zunehmendem Maße nicht mehr behandelt werden können.

Das AEF hat sich zur Aufgabe gemacht, Möglichkeiten zur Gesundheits- und Stärkung der Tierbestände in der Region aufzuzeigen, damit antibiotische Behandlungen immer seltener erforderlich werden. Gemäß der Maxime „so wenig wie möglich, so viel wie nötig“, so AEF-Vorsitzender [Uwe Bartels](#) im anschließenden Pressegespräch.

„Es ist unerlässlich“, betonte Bartels, „dass gemeinsam nach Lösungen gesucht wird, um die Landwirtschaft im Oldenburger Münsterland nachhaltig zu stärken und weiterzuentwickeln.“ Dabei gingen Tierwohl und Tiergesundheit Hand in Hand.

Während der BUND „eine strikte Reduzierung des Antibiotika-Einsatzes um 50 Prozent“ als Ziel fordert, wie Benning betonte, setzen Bartels und seine Mitstreiter auf eine schrittweise Reduzierung. Gr. Beilage: „Wir wollen Resistenzen effektiv reduzieren, aber keiner weiß, wo das Optimum des Antibiotika-Einsatzes liegt, ob bei 50, 60 oder 20 Prozent.“

Bartels betonte: „Das Arzneimittelgesetz zeigt nicht den Weg, aber wir zeigen ihn.“ Die AEF nehme die Landwirte mit ins Boot, um gemeinsam mit ihnen Schritt für Schritt voranzugehen. „Solange es keine Trippelschritte sind“, warf Benning ein, worauf gr. Beilage erwiderte: „Es gewinnt an Fahrt, aber wir sollten uns an Ergebnissen messen lassen.“

Bartels betonte, dass die Lösungen wirtschaftlich erträglich und umsetzbar sein müssten. Vor allem kleine und mittelständische Betriebe benötigten Unterstützung, wenn Ställe für mehr Tierwohl beispielsweise umgestaltet oder die Bestände reduziert werden müssten.

In einem waren sich alle einig: Bei allen Bemühungen muss ebenfalls der Verbraucher umdenken. Denn auch wenn dieser Tierwohl und weniger Antibiotikaeinsatz fordere, greife er im Supermarkt oft nach dem billigen Fleisch. Und billig ließe sich Fleisch unter dem Aspekt von Tierwohl und Tiergesundheit nicht produzieren.

FOCUS ONLINE

Kühlung abgeschaltet 1000 Ferkel schmoren in heißem Lastwagen

Sonntag, 06.07.2014, 08:22

120

[Info](#)

[0](#)

[Drucken Versenden](#)



dpa/Philipp Schulze/Symbolbild Schweine in einem Tiertransporter.

Einen völlig überhitzten Tiertransporter mit rund 1000 Ferkeln hat die Polizei in Bayern gestoppt. Eine Autofahrerin hatte im Stau auf der A 3 bemerkt, dass es den Tieren wohl schlecht ging. Offenbar hatte der Fahrer die Kühlung abgeschaltet, um Sprit zu sparen.

Als die Beamten das Fahrzeug kontrollierten, sprang der 44-jährige Fahrer noch heraus, um schnell die Kühlung einzuschalten. Die hatte er - wohl um Sprit zu sparen - abgeschaltet. Nach Polizeiangaben herrschte im Laderaum „unerträgliche Hitze“.

Der [Lastwagen stand bei 30 Grad Außentemperatur](#) etwa eine Stunde lang in der Sonne bei Weibersbrunn im Stau und war insgesamt schon sieben Stunden unterwegs. Die Tiere seien völlig erschöpft und dehydriert gewesen.

Feuerwehr berieselte Ferkel mit Wasser

Sie hätten teilweise übereinandergelegen und selbstständig die Tränken nicht mehr erreicht. Einige Tränken funktionierten zudem nicht. Die Feuerwehr berieselte die Ferkel schließlich mit Wasser, so dass sie sich „zusehends erholten“ und auch wieder aufstehen und trinken konnten. Nach etwa zwei Stunden und mit laufender Kühlung im Lastwagen durfte der Fahrer wieder starten. Gegen ihn wird nun wegen Verstoßes gegen das Tierschutzgesetz ermittelt.

dpa

5.7.2014

Jost Maurin

Mängel bei Bio-Ananas

Weniger öko als gedacht

Pestizide, Dünger, Monokulturen: Bio-Ananas und andere Öko-Südfrüchte sind umweltschädlicher als angenommen – aber besser als konventionelle.

MUELLE taz | Edgar Corrales ist das Gesicht der guten Ananas. Mit diesem Bart rund um den Mund sieht man ihn auf Etiketten der Biofrüchte, die von seiner Farm im mittelamerikanischen Costa Rica kommen. Corrales leitet die Finca, in der ohne jene chemisch-synthetischen Pestizide und Dünger gearbeitet wird, die [das Grundwasser verseuchen](#) – aber auch dafür verantwortlich sind, dass hier jedes Jahr mehr als 2 Millionen Tonnen konventionelle Ananas wachsen können, ohne dass diese von Schädlingen zerfressen werden.

Insekten vermehren sich in feuchtwarmen Tropen oft schneller als in Europa. Wie schafft es da einer wie Edgar Corrales, wie schaffen es andere Produzenten von Südfrüchten wie Ananas, Bananen oder Melonen unter solchen Bedingungen, Bioobst zu erzeugen?

Corrales, 42, steht auf einem Feld seiner Farm in dem Dorf Muelle im Norden Costa Ricas. Er ist dicker als auf dem Foto, trägt eine Zahnsperre, die die staatliche Gesundheitsversorgung nicht bezahlt und fährt Geländelimo: Er wirkt nicht wie ein einfacher Bauer. Agraringenieur ist er und Geschäftsführer einer Tochterfirma von Dole, dem riesigen Fruchtkonzern aus den USA. Das ist schon mal die erste Überraschung: Die Bioananas stammt aus demselben Konzern wie viele konventionelle, und Corrales steht zwar jetzt – sonst allerdings nicht selbst auf dem Acker. Er lässt für sich arbeiten.

Ein Arbeiter schafft 5.500 Früchte pro Tag

Die Öko-Ananas

Der Preis: Im Schnitt kostet eine Ökoananas den Verbraucher 50 Prozent mehr als die konventionelle, mit Pestiziden behandelte Frucht. Deren Preis liegt etwa zwischen 1 und 3 Euro.

Die Farbe: Bioananas sind meist grüner, weil sie nach der Ernte nicht mit einer Chemikalie behandelt werden, die die Früchte gelb werden lässt. Gelbe Ananas sind aber nicht automatisch reifer als die grüneren Ökofrüchte.

Gerade haben Farmarbeiter eine graue Plastikfolie über das Feld gezogen und darauf Ananasschösslinge verteilt. Noch liegen die Wurzeln der jungen Pflanzen mit den harten, schmalen Blättern auf der Plane. Sie soll verhindern, dass Unkraut wächst und Erde weggeschwemmt oder weggeweht wird. Darüber haben die Männer eine Schnur gespannt, die etwa alle 30 Zentimeter geknotet ist. Mit einer Hacke sticht einer der Arbeiter unter jedem

Knoten ein Loch in die Plane, durch das er einen Schössling in die rotbraune Erde steckt. Ab jetzt wachsen die Ananas ungefähr 13 Monate – bis die Früchte geerntet werden. „5.500 Schösslinge schafft ein Arbeiter pro Tag“, sagt Edgar Corrales. 36 Hektar: Das Feld ist so groß, dass es aussieht, als ende es erst am Horizont. Ananassetzling an Ananassetzling. Und auf den Äckern nebenan: auch.

Das ist die nächste Ernüchterung: Die Landschaft ist so eintönig wie auf konventionellen Farmen ist. Im vergangenen Jahr wuchs in den Monaten nach der Ananasernte nur auf 20 Prozent der Felder eine Hülsenfrucht – die Juckbohne, wie es bei Dole heißt. Auf den meisten Äckern wird Ananas angepflanzt, nichts anderes. Eine Monokultur also, wie sie Umweltschützer verurteilen. Die Ökoverordnung der Europäischen Union etwa schreibt eine Fruchtfolge vor: dass die Pflanzenart auf einem Feld jedes Jahr wechselt – Schädlinge und Krankheiten verbreiten sich so langsamer und mehr Tier- und Pflanzenarten überleben. Ausnahmen gibt es für Wein oder Obstbäume, die lange Zeit wachsen und Erträge liefern – das gilt nicht für Ananas.

Würden Corrales' Leute die Pflanzenarten nach jeder Ernte wechseln, würde die Finca wohl weniger verdienen. Es würden auch andere Maschinen und Packstationen gebraucht – die sind teuer und Monokulturen darum lukrativer.

Ein Konferenzraum der Finca: Durch geschlossene Jalousien dringt wenig Licht, die Klimaanlage bläst kalte Luft ins Zimmer. An die Wand wird eine Powerpoint-Präsentation über den Bio-Ananasanbau geworfen. 18-mal werden die Früchte mit biologischen Pflanzenschutzmitteln gespritzt, sagen Corrales' Leute, ungefähr alle drei Wochen einmal. Alle zwei Wochen kommt Dünger dazu, ein Teil aus kompostierten Ananas- und Zuckerrohrresten. Den großen Teil liefert Mehl aus Fisch, Federn oder Blut. – Blut? „Ja, aus Schlachthäusern“, sagt Corrales. „Wir brauchen sehr viel davon: 40 Tonnen für 100 Hektar.“ Er lässt die Mehlsäcke in einer Baracke der Farm lagern. „Made in Italy“ steht auf den Verpackungen: Dole holt das Mehl aus Italien über den Atlantik nach Costa Rica – für Ananas, die dann wieder per Schiff nach Europa gelangen.

Ähnlich werden auch andere Tropenfrüchte für den Biomarkt produziert: von Großunternehmen, in Monokulturen, mit viel Pflanzenschutzmitteln und Düngern. Zwar gibt es auch Lieferanten wie die Kooperative „Ivoire Organics“ in der Elfenbeinküste: von Kleinbauern, mit Hülsenfrüchtlern zwischen Ananasreihen, mit wenig Pflanzenschutzmitteln und Düngern. Nur werden auch hier Jahr für Jahr Ananas auf demselben Feld angepflanzt. Vor allem wird das Obst von Ivoire Organics in vielen Bioläden nicht angeboten, die Kooperative baut die Frucht auf 70 Hektar an – allein Corrales' Farm hat mehr als doppelt so viel.

Ist es am Ende vielleicht besser, auf Ananas, Bananen und Melonen zu verzichten, als mit Tierblut gedüngte Biofrüchte aus einer Monokultur zu essen?

Volkert Engelsman kann sich aufregen über solche Einwände. Er ist der Chef des niederländischen Bioobst- und -gemüseimporteurs Eosta, hochgewachsen, trägt randlose Brille und weißes Hemd. Er will Bio raus „aus dem Müsligetto“, aus der Nische holen, sagt Engelsman. Unter der Marke Nature & More verkaufe das Unternehmen jede Woche fünf bis sechs Container Ökoananas in Europa. „Wir führen Krieg mit dem Einzelhandel, der nicht mehr zahlen will.“ Weniger als ein Prozent der frischen Ananas, die verkauft werden, seien bio. Mit der „Solidarität in der Wertschöpfungskette“ sei es nicht weit her. Und jetzt wird noch an den Produktionsbedingungen seiner Ananas gemäkelt.

Kein überzeugter Öko

„Das langweilt mich“, sagt Engelsman und senkt seine Stimme, damit sie gelangweilt klingt. „Es gibt überall Fundamentalisten, die erst dann etwas kaufen, wenn die Welt perfekt ist. Solche Neandertaler wird es immer geben.“ Er respektiere jeden, der einen Schritt weiter gehe als die konventionelle Agrarindustrie. Die Bioananas sei für ihn ein Beitrag, der die Landwirtschaft in Staaten wie Costa Rica umweltfreundlicher mache.

Tatsächlich ist Bio-Ananasanbau viel besser als die herkömmliche Konkurrenz. 20 Prozent weniger Treibhausgase, so Dole, werden ausgestoßen; Pestizide, wie sie Corrales auf seiner Biofarm spritzt, sind umweltverträglicher. Das wichtigste basiert auf dem Bakterium *Bacillus thuringensis* und „ist nur für Larven gefährlich“, sagt Paul van den Berge, Agraringenieur am Forschungsinstitut für biologischen Landbau. Anders als das Pestizid, das laut Dole am meisten in der konventionellen Nachbarfarm in Muelle benutzt wird: Diazinon haben die EU-Behörden überhaupt nicht zugelassen, weil sie es als „gesundheitsschädlich bei Verschlucken“ und „sehr giftig für Wasserorganismen“ einstufen. Auch die Fisch-, Blut- und Federmehle seien eine bessere Variante, erklärt van den Berge. Mineraldünger würden leichter ausgewaschen und gelangen so eher ins Grundwasser.

Und Edgar Corrales? Leitet neben seiner Biofarm für Dole eine Plantage mit Pestiziden, Dünger, dem vollen Programm. Könnte er sich auf sie beschränken, würde seine Bioananas keiner mehr kaufen, denn Corrales ist kein Öko. Er ist Geschäftsmann.

FAZ

Merkel in China

Wanderarbeiter verdienen überdurchschnittlich gut

Die Metropolen in China locken viele ehemalige Kleinbauern. Dort verdienen sie überdurchschnittlich, genießen aber weniger Rechte als die Ortsansässigen. Besonders die Kinder der Wanderarbeiter leiden unter Entwurzelung.

07.07.2014, von [Christian Geinitz](#), Peking



© REUTERS  Zwei von 270 Millionen: Wanderarbeiter in der chinesischen Provinz.

Das moderne China, das Bundeskanzlerin Angela Merkel noch bis Dienstag besucht, ist zutiefst gespalten. Offiziellen Zahlen zufolge nehmen die Gegensätze zwischen Arm und Reich, Land und Stadt zwar ab. Viele Chinesen haben trotzdem das Gefühl, dass andere von dem rasanten Aufschwung viel mehr profitieren als sie selbst. Dazu gehört das große Heer der Wanderarbeiter. Zwar verlangsamt sich dessen Wachstum. 2013 stieg die Zahl nach Angaben des Statistikamts NBS nur noch um 2,4 Prozent. Aber die schiere Größe von 269 Millionen Personen oder annähernd einem Fünftel der Gesamtbevölkerung zeigt die Dimension der Angelegenheit. Die Gruppe ist seit 2008 um 45 Millionen Menschen angewachsen, das entspricht etwa der Einwohnerschaft von Spanien.

Im Durchschnitt verdient jeder Wanderarbeiter 2609 Yuan im Monat, das sind 310 Euro. Für chinesische Verhältnisse ist das nicht wenig, zumal der Anstieg im vergangenen Jahr 14 Prozent erreichte. Die Durchschnittseinkommen betragen in der Stadt umgerechnet 267 Euro (plus 10 Prozent), auf dem Land sogar nur 88 Euro (plus 12 Prozent). Das erklärt, warum so viele Arbeitnehmer die Bürde auf sich nehmen, Hunderte, wenn nicht Tausende Kilometer entfernt von der Heimat tätig zu werden. Doch Geld allein ist nicht alles, wie Merkel am Sonntag in Chengdu erleben konnte, der Hauptstadt der Westprovinz Sichuan. Dort besuchte die Kanzlerin eine Einrichtung zur Integration von Wanderarbeiter-Kindern.

Kinder leiden unter der Entwurzelung

Die Anlaufstelle bietet Familien-, Ehe-, und psychosoziale Beratung an, für Eltern, Großeltern und auch für Lehrer. 100 Familien werden dort permanent betreut, weitere 400 Jungen und Mädchen sporadisch. Die Kinder von Wanderarbeitern leiden besonders unter der Entwurzelung. Entweder müssen sie ihre Eltern in fremde Städte begleiten, wo sie nur schwer einen Schulplatz und angemessene Betreuung finden; nicht selten sind sie den Tag über bei ihren arbeitenden Müttern, etwa an Verkaufsständen. Oder die Kleinen bleiben in den Heimatdörfern zurück, wo sich die Großeltern um sie kümmern. Vater und Mutter sehen sie nur ein- oder zweimal im Jahr zu den nationalen Ferien.

Die Wanderarbeiter, die auf Chinesisch „Nongmin Gong“ (Bauernarbeiter) heißen, unterteilen sich in zwei Gruppen. Fast zwei Drittel sind ehemalige Landwirte, die seit mehr als sechs Monaten außerhalb ihres Heimatorts arbeiten. Sie bilden die klassische Schicht der Wanderarbeiter, die vom Binnenland an die industrialisierten Küsten ziehen. Zum anderen werden auch Kräfte dazu gerechnet, die noch an ihrem Heimatort leben, dort aber nicht mehr als Bauern tätig sind, weil sie zum Beispiel in einem Gasthaus servieren. Die Unterscheidung ist wichtig, weil die sozialen Schwierigkeiten weniger für die zweite als für die erste Gruppe gelten.

Geeignetes Personal ist nur schwer zu finden

Der Bildungsgrad der Wanderarbeiter steigt. Über alle Altersklassen hinweg haben 18 Prozent die Hochschulreife oder einen technischen Abschluss. Bei den Unterdreißjährigen sind es fast 29 Prozent. Von diesen sind 13 Prozent durch eine Berufsausbildung oder andere weiterführende Schulungen gegangen. Doch in der Praxis halten die Abschlüsse oft nicht, was sie versprechen. Bei Chinas größtem Pkw-Hersteller Volkswagen etwa, dessen Produktion Merkel am Sonntag in Chengdu besuchte, müssen die Arbeiter trotz vermeintlicher Ausbildung noch einmal geschult werden. Weil es dem Unternehmen zunehmend schwerer fällt, geeignetes Personal zu finden, kümmert es sich selbst um die Berufsausbildung – nach Vorbild der Heimat Deutschland. In allen Werken in China wollen die Wolfsburger das Duale System einführen, das theoretische und praktische Ausbildung kombiniert. Die Deutsche Auslandshandelskammer bemüht sich ebenfalls darum, die Berufsausbildung nach China zu tragen, weil ihre Mitgliedsunternehmen über unqualifizierten Nachwuchs klagen.

Die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) unterhält ein Projekt, das von den deutschen Autoherstellern und Chinas Bildungsministerium getragen wird. Ziel ist es, Mechatroniker für Händlerbetriebe und Vertragswerkstätten auszubilden. Denn selbst wenn die in China gefertigten Modelle von Audi, Mercedes oder BMW genauso hochwertig sein sollten wie in der Heimat, sind Wartung und Reparatur noch nicht auf der Höhe.

Das Schicksal der Wanderarbeiter ist eng mit Chinas fortschreitender Verstädterung verknüpft. Auch dazu hat sich Merkel in Chengdu informiert. Am Sonntag eröffnete sie das „Kooperationsforum Urbanisierung China-Sichuan-Deutschland“. Deutsche Unternehmen möchten am Städtewachstum mitverdienen, etwa beim Ausbau des Nahverkehrs. Der Weltmarktführer für Tunnelbohrmaschinen, das Familienunternehmen Herrenknecht, unterhält eine eigene Fertigung in Chengdu. Mit dem Ausbau der U-Bahn in der Stadt hat der badische Mittelständler schon mehr als 90 Millionen Euro Erlöst.

Mehr zum Thema

- [Kanzlerin Merkel in China: Aufbau West im Reich der Mitte](#)
- [Merkel-Besuch in Peking: Sind die goldenen Zeiten in China vorbei?](#)
- [Merkel in Peking: Orakeln über China](#)

China erhofft sich große Wachstumskräfte von der Verstädterung. Der größte Verfechter davon ist Ministerpräsident Li Keqiang, den Merkel am Sonntag zum Abendessen in Peking traf. In den kommenden sechs Jahren sollen mindestens 90 Millionen Landbewohner in die Städte ziehen. Doch die Integration verläuft schleppend, weil die Wanderarbeiter am neuen Ort keine offizielle Haushaltsregistrierung erhalten, den so genannten Hukou. Ohne diesen sind ihnen viele Rechte verwehrt, etwa ihre Kinder zur Hochschuleingangsprüfung anzumelden. Theoretisch können sie in den Städten Anrechte auf Renten und auf andere

Sozialleistungen erwerben, in der Praxis ist das aber nur mit Abschlägen bei den Bezügen möglich. Es gibt nicht einmal ein nationales Register, weshalb kaum ein Fünftel der Wanderarbeiter rentenversichert ist. Seit langem will China das Hukou-System modernisieren, aber die Reform kommt nur schleppend voran.

[Zur Homepage](#)

Quelle: F.A.Z.

[Geflügel](#) | 07.07.2014 [agrarheute.com](#) 

Legehennenstall: Wie lässt sich die Luft verbessern?

Wie kann die Luft im Legehennenstall verbessert werden? Wie können Belastungen durch Schadgase und Keime gesenkt werden? Diesen Fragen ging das BMEL-Modellvorhaben "Landwirtschaftliches Bauen 2011-2013" nach.



Die Belastung der Stallluft in Legehennenställen kann die Gesundheit und Leistung der Legehennen, aber auch der im Stall tätigen Landwirte gefährden.

© Mühlhausen/landpixel

Wie kann die Luft im Legehennenstall verbessert werden? Wie können Belastungen durch Schadgase und Keime gesenkt werden? Diesen Fragen ging das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) in dem Modellvorhaben "Landwirtschaftliches Bauen 2011-2013" nach. Die Ergebnisse sind nun online.

In zwei Praxisbetrieben mit Freiland- und Ökohaltung erprobten Wissenschaftler der LUFA Nord-West und Berater der Landwirtschaftskammer Niedersachsen in Zusammenarbeit mit der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau Maßnahmen zur Minderung luftgetragener Belastungen im Stall.

Auf das Stallmanagement kommt es an

Anlagen zum Staubabscheiden sowie das wöchentliche Entmisten des Stallbodens und häufigeres Räumen des Kotbandes wurden auf ihr Potenzial zur Minderung der Luftbelastung untersucht. Durch sorgfältiges Stallmanagement, beispielsweise häufiges Misten, konnten die Ammoniak-Emissionen so deutlich gesenkt werden, dass auf eine Abluftreinigungsanlage für dieses Schadgas verzichtet werden könnte.

Ergebnisse des Modellvorhabens jetzt online

Darüber hinaus ließen sich mit aktiver Staubabscheide-Technik etwa 20 Prozent des Staubes aus der Stallluft entfernen. Der abgeschiedene Staub könnte anschließend trocken deponiert werden.

Die Versuchsergebnisse zeigen, dass mit diesen und anderen Maßnahmen die Belastung der Stallluft in Legehennenställen deutlich gesenkt werden kann. Dies schützt die Gesundheit von Mensch und Tier.

- [Unternehmerin des Jahres: 'Mit Ideen Kunden binden' \(5. Juli\) ...](#)
- [Niedersachsen: Sperre für Bio-Legehennenbetrieb nach Dioxinfund \(30. Juni\) ...](#)
- [Hohe Hennen-Besatzdichten in Sachsen-Anhalt \(23. Juni\) ...](#)

Die Dokumentation der Ergebnisse der aus Mitteln des Bundesministeriums für Ernährung und [Landwirtschaft](#) geförderten Studie stehen - inklusive der Beschreibung der Versuche und der eingesetzten Technik - unter www.ktbl.de in der Rubrik Tierhaltung/Huhn/Legehennen zum kostenfreien Herunterladen bereit.